

Palästina

INTIFADA

The title 'INTIFADA' is written in large, bold, black capital letters. A horizontal line of barbed wire runs across the top of the letters. A stick figure is drawn on the right side of the barbed wire, appearing to be climbing or cutting through it. The background behind the letters is a stylized map of Palestine in red and white.

Nummer 16 Juni 2004 Preis: € 2,-
Solidarität mit Palästina



**„Muqāwama“
heißt Widerstand**

Lasst Gaza nicht sterben!

Die jüngste Offensive der israelischen Armee im Gazastreifen wird von unabhängigen Beobachtern mit jener im Flüchtlingslager Jenin vor zwei Jahren verglichen. Sie war die verheerendste für den Gazastreifen seit Beginn der Intifada im Herbst 2000. Unterschiedlichen Angaben zufolge wurden an die sechzig Menschen getötet, die meisten davon Zivilisten. Dutzende Häuser wurden zerstört, oftmals ohne die Bewohner vorzuwarnen. Bei den Obdachlosenzahlen sprechen manche Quellen von mehr als tausendfünfhundert.

Ende Mai verlautbarten offizielle israelische Quellen, dass die Operation eingestellt würde. Der militärische Nutzen sei zu klein, der politische Schaden für das Ansehen Israels zu groß. Allerdings würde man die Operation jederzeit wieder aufnehmen, sollte das für notwendig erachtet werden.

Die jüngste israelische Offensive im Gazastreifen lehrt zweierlei: Erstens, dass alles Gerede der Sharon-Regierung von einem Abzug der Besatzungstruppen aus Gaza nichts als medienwirksame Lügen waren. Zweitens, dass keine wie auch immer geartete Form der Teilsouveränität für die Palästinenser einen gerechten und dauerhaften Frieden sichern wird können. Sharons Pläne vor und nach der Offensive zielten darauf ab, den Gazastreifen unter dem Vorwand der Selbstverwaltung von der Außenwelt abzukoppeln. Ziel war es nicht, ihn in die Souveränität zu entlassen, sondern ihn, noch mehr als er es bereits ist, zu einem Gefängnis zu machen. Seine Einwohner und vor allem der palästinensische Widerstand sollten in diesem Gefangenenlager von wenigen Quadratkilometern langsam verrecken. Und nach einem Scheinabzug der israelischen Armee würde die Weltöffentlichkeit davon auch keine Notiz mehr nehmen.

Damit dies nicht geschieht, ist es nicht nur notwendig die palästinensischen Forderungen nach voller

Selbstbestimmung zu unterstützen, sondern auch die Legitimität des Widerstandes gegen die Besatzung. Vor allem aber ist es notwendig, darauf

hinzuweisen, dass nur ein demokratischer Staat mit gleichen Rechten für alle Bewohner eine dauerhafte Lösung sein kann.

Inhalt

Folter für Menschenrechte	4
Die Radikalisierung der Realität	7
Zur Debatte um die Form der palästinensischen Selbstbestimmung	
Zerstörung und Demütigung	10
Militäroperationen der israelischen Armee jenseits der Medienaufmerksamkeit	
Keine US-Provinz am Tigris	11
Marionettenregime im Irak vorerst gescheitert Verfassungsgebende Nationalversammlung Klassenkampf im Irak?	
Die Schlacht von Falluja	17
Interview mit Abduljabbar al-Kubaysi	
„Der irakische Volksaufstand gibt uns in Europa Auftrieb“	19
Interview mit Subhi Toma	
Muqtada und die Nase des Kamels	20
Zur Rolle des Iran im Irak	
Söldner im Irak	22
„Als Iraker den Irak befreien“	24
Interview mit dem Journalisten Gerhard Tuschla	
Weiter Gefängnis für Abna' al-Balad	25
Kurzmeldungen	26
Repression gegen Antimperialismus	28
Verhaftungen von antimperialistischen AktivistInnen	
Brief aus dem Gefängnis	29
Antimperialisten sind keine Terroristen	31
Einig gegen Recht und Freiheit	33
Die „zeitgleiche Operation“ vom 1. April 2004	
Gegen Repression und „Schwarze Listen“	35
Internationaler Kongress am 12. Juni 2004 in Florenz	
Das Antimperialistische Sommerlager 2004.....	36
Assisi (Italien), 2.–6. August 2004	
Widerstand und Hoffnung	37
Aufruf für das Antimperialistische Lager	
Internationaler Aktionstag für den irakischen Widerstand	38
25. September 2004	
Resistanbul 2004	40
Gegen den Nato-Gipfel in Istanbul, 28.–29. Juni 2004	
Brandherd Nahost oder: Die geduldete Heuchelei	41
Eine Veranstaltung mit Felicia Langer	
Benny Morris	42
Ein israelischer Historiker mit der Mentalität der europäischen Siedler	
Kontakt und Abo	46

Folter für Menschenrechte

Völkerrecht und Meinungsfreiheit als Opfer des „Anti-Terror-Krieges“

Die Folterfotos aus dem irakischen Gefängnis Abu Ghraib gingen um die Welt und lösten einen Skandal aus. Abu Ghraib potenzierte die Bedeutung von Guantánamo, machte es der Öffentlichkeit im Westen unmöglich den Kopf weiterhin in den Sand zu stecken. Doch Abu Ghraib ist nur die Spitze des Eisbergs. Was darunter vorgeht, weitgehend abseits der großen Medien, ist der Abbau jener Rechtsnormen und demokratischer Grundrechte, die der Westen zu verteidigen vorgibt. Dieser Demokratieabbau findet auch im Westen selbst statt.

Die Gräuelt von Abu Ghraib und Guantánamo

Die Fotos von Abu Ghraib belegen, unabhängig davon, welche Personen letztendlich zur Verantwortung gezogen werden, dass die US-Besatzung zum Mittel der Folterung wehrloser irakischer Gefangener greift. Wie systematisch diese Folterungen erfolgten, ob sie ausschließlich dem Zweck des Gefügigmachens der Inhaftierten, oder auch schlicht der Erniedrigung mit erhoffter Breitenwirksamkeit dienen, ist bis dato nicht geklärt. Die Wahrscheinlichkeit spricht allerdings gegen die Annahme von EinzeltäterInnen aus den niedrigen Dienststrängen, sondern deutet vielmehr auf Verantwortlichkeiten der höheren Grade und des US-Geheimdienstes hin. Von Bedeutung ist auch die Rolle der sogenannten „Contractors“, also von Angestellten privater Dienstleistungsbetriebe wie der US-amerikanischen Firmen Caci oder



Titan, die im Auftrag der US-Armee als „Befrager“ oder „Übersetzer“ in den irakischen Gefängnissen arbeiten. Sie unterstehen nicht dem Kodex der Militärjustiz und bis heute ist unklar, ob sie sich an die Vorschriften der Militärs halten müssen.

Auch im Gefangenenlager im US-Stützpunkt Guantánamo auf Kuba sind nach Angaben der US-Armee dreißig „Contractors“ beschäftigt. Auch die Fotos aus Guantánamo zeigen Zustände, die sich zweifellos nicht im Rahmen der Genfer Konventionen bewegen. Der rechtliche Status der dort schon mehr als zwei Jahre Inhaftierten ist bis heute nicht geklärt. Um ihnen die Rechte von Kriegsgefangenen verweigern zu können, werden sie von der US-Militärbehörde als „feindliche Kämpfer“ bezeichnet. Das impliziert die Unmöglichkeit zu andernfalls sowohl in den USA als auch international garantierten Rechtsmitteln der Verteidigung zu greifen.

Sprachen schon die Bilder aus Guantánamo eine deutliche Sprache, so ist es der westlichen Medienöffentlichkeit spätestens seit den Fotos aus Abu Ghraib unmöglich, die Augen weiter zu verschließen. Die Botschaft der Fotos ist unmissverständlich. Ihre Sprengkraft liegt in ihrem Symbolgehalt: Der Widerspruch zwi-



schen propagiertem Anspruch der US-Ideologie und der Realität der US-Außenpolitik könnte kaum klarer ausgedrückt werden. Wer Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu verteidigen vorgibt, bedient sich der

systematischen Folter und Erniedrigung wehrloser Menschen.

Abu Ghraib hat dem demokratischen Selbstverständnis der USA und ihrer westlichen Verbündeten einen schweren Schlag versetzt. Derartige Praktiken, so heißt es, seien mit amerikanischen Werten unvereinbar. Doch tatsächlich wird im Zuge des vermeintlichen Kriegs gegen den Terror die Untergrabung internationaler Rechtsnormen und der Abbau demokratischer Grundrechte viel stärker, breiter und tiefergehender betrieben, als dies gemeinhin wahrgenommen wird. Abu Ghraib ist nur die Spitze eines Eisbergs. Abseits der Medienaufmerksamkeit sind davon auch längst die westlichen Gesellschaften selbst betroffen.

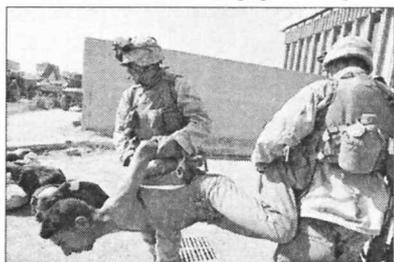
Krieg nach außen

Der Krieg nach außen ist mit einem Krieg nach innen verbunden. Beide unterhöheln das, was sie zu verteidigen vorgeben. In Konzeption und Ausführung missachtet der sogenannte Krieg gegen den Terrorismus die Normen des Völkerrechts und legt damit die Grundlage für dessen



allmähliche Unterhöhung und Delegitimierung. Die Aggressionsschläge gegen Afghanistan und den Irak wurden bar jeder Rechtsgrundlage ausgeführt, denn das Völkerrecht erlaubt Angriffskriege nur im Bedrohungsfall. Der Propagandafeldzug, der die militärische Besatzung des Irak als dessen Befreiung und jene Palästinas als israelisches Sicherheitsbedürfnis rechtfertigt, soll vergessen machen, dass laut

geltendem Völkerrecht Widerstand – auch bewaffneter – von Seiten der Bevölkerung eines besetzten Landes rechtens ist. Hingegen wird dieser Widerstand samt und sonders in die Kategorie des Terrorismus verwiesen. Auch die Bestrebungen der besetzten Völker des Irak und Palästinas nach Selbstbestimmung – ein weiteres international verbrieftes Recht – erfahren sukzessive eine mediale Neudefinition: Was einst legitimes Ansinnen nach Freiheit von Besatzung war, ist jetzt terroristischer Hass. Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe von Maßnahmen, die das Völkerrecht klar verbietet, bisweilen auch als Kriegsverbrechen einstuft. Dazu zählen Kollektivstrafen gegen die Zivilbevölkerung der besetzten Gebiete, Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, Verweigerung medizinischer Versorgung, Häuserzerstörungen, Landnahme, Aussiedlungen – die Liste ist lang. All diese Maßnahmen wendet die israelische Armee gegen die palä-



stinensische Bevölkerung an. Sanktionen der sogenannten internationalen Gemeinschaft musste sie jedoch noch nie befürchten. Im Gegenteil, im Kampf um die mediale Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Westen gelingt es der israelischen Politik immer mehr, die angestrebte Darstellung dieser Maßnahmen als legitime Mittel zur Verteidigung legitimer israelischer Sicherheitsinteressen auch durchzusetzen.

Krieg nach innen

Der Krieg nach innen, also der rapide Abbau demokratischer Grundrechte in den westlichen Gesellschaften selbst, findet unter noch geringerer Medienaufmerksamkeit statt als der verzweifelte Überlebenskampf der unterdrückten Völker. Grund dafür ist die Tatsache, dass sich die Repressi-

onswut der „Terrorjäger“ bislang nur gegen Randgruppen der westlichen Bevölkerungen gerichtet hat. Arabische und muslimische Menschen in den USA und Großbritannien, aber auch in anderen europäischen Ländern, sind insbesondere seit dem 11. September 2001 vermehrt Opfer von polizeilicher Verfolgung ohne rechtliche Grundlage, von Verweigerung demokratischer Grundrechte bis hin zur Internierung in fragwürdigen Lagern (so geschehen in Großbritannien), ganz abgesehen vom stetig anwachsenden und medial geschürten Alltagsrassismus.



Auf Gesetzebene bedeutete die Einführung von Listen angeblich terroristischer Organisationen oder Individuen eine massive Einschränkung der Meinungsfreiheit und Freiheit der politischen Organisation. Die USA und die Europäische Union führen solche Listen, wobei die europäische juristisch auf wackeligen Beinen steht. Tatsächlich gibt es bislang in keinem europäischen Staat eine Rechtsgrundlage für eine derartige Liste, weshalb sie bis dato auch nur von der Europäischen Kommission geführt wird. Diese wiederum ist in dieser Angelegenheit dem Europäischen Parlament nicht weisungsgebunden. Damit entzieht sich diese Form europäischer „Anti-Terror-Politik“ jedweder zumindest potenziellen demokratischen Kontrolle durch die europäischen Bevölkerungen.

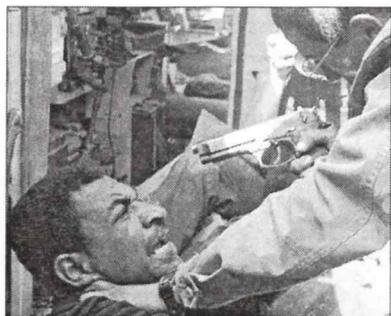
Ebenso fragwürdig wie die Rechtsgrundlage der Schwarzen Listen ist auch ihr Inhalt. Das Gros der aufgelisteten Organisationen sind Befreiungsbewegungen unterdrückter Völker aus der Dritten Welt, wie

etwa die Volksfront für die Befreiung Palästinas (PFLP), die Nachfolgeorganisationen der kurdischen PKK, die Revolutionäre Volksbefreiungsfront aus der Türkei (DHKC-P) oder



die Kolumbianischen Revolutionären Volksbefreiungskräfte (FARC). Stellte es das demokratische Selbstverständnis der europäischen Länder in den vergangenen Jahrzehnten außer Frage diese Bewegungen als terroristisch zu bezeichnen, geschweige denn ihre Mitglieder zu verfolgen, im Gegenteil gewährte es vielen von ihnen eine gewisse Sympathie für ihre Anliegen, so hat Bush' Krieg gegen den Terror hier eine Kehrtwende eingeläutet. Der Kampf dieser Völker gegen Unterdrückung und Rechtlosigkeit gilt nicht mehr als legitim, weil er, wenn nicht ausschließlich, so doch auch mit der Waffe in der Hand durchgeführt wird. Geltendes Völkerrecht zieht gegen westliche Machtinteressen den Kürzeren.

Doch nicht nur die Befreiungsbewegungen selbst, auch deren politische Unterstützung ist den westlichen Gesellschaften bereits Anlass zur Verfolgung – den demokratischen Grundrechten jeder bürgerlichen Demokratie zum Trotz. Ein Beispiel dafür ist die Welle polizeilicher Repression, mit der Anfang April auf europäischem Niveau gegen vermeintliche Mitglieder der DHKP-C sowie gegen Aktivistinnen und Aktivisten der Antiimperialistischen Koordination vorgegangen



wurde. Während den vermeintlichen Mitgliedern der DHKP-C Terrorismus vorgeworfen wird, lautet die Anklage gegen die italienischen Antiimperialisten auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation sowie Unterstützung derselben. In der Türkei hält seit dem Putsch 1980 das Militär die Zügel in der Hand und foltert nach wie vor Tausende von politischen Häftlingen in seinen Gefängnissen. Die politische und menschliche Solidarität mit Dissidenten dieses Regimes, die in der Türkei verfolgt werden und das Land verlassen mussten, stand für die italienischen Antiimperialisten außer Frage. Dass sie zusätzlich durch hartnäckiges Engagement in Solidarität mit dem irakischen Widerstand von sich hören machten, war anscheinend vor dem Hintergrund des „Anti-Terror-Krieges“ nach innen Anlass genug, sie zu verhaften und tagelang in Isolationshaft zu belassen. In der Türkei wurden im Zuge dieser konzentrierten europäischen Anti-Terror-Aktion Dutzende von Aktivisten von legalen Kultur- und Menschenrechtsvereinen bzw. regimiekritischen Medien inhaftiert, ihre Büros durchsucht und verwüstet.

Dieser Fall zeigt, wie dünn inzwischen der Boden der Rechtsstaatlichkeit auch in den europäischen Ländern geworden ist. Die demokra-



tischen Grundrechte des Individuums wie Meinungsfreiheit, Organisations- und Religionsfreiheit, werden als politisch-rechtliche Grundlage der westlichen Staaten und ideologisch-kultureller Stolz ihrer Geistesstradition angesehen, doch sie werden im Notfall beiseite geräumt,



wenn es darum geht, den Machtanspruch der westlichen Gesellschaften zu verteidigen.

Stachel im Fleisch

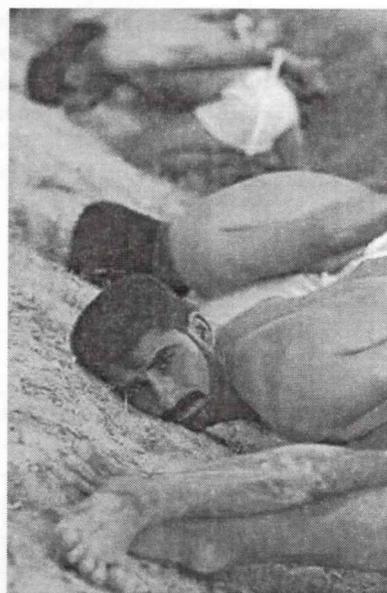
Der „Anti-Terror-Krieg“ nach außen hat in den vergangenen beiden Jahren in erster Linie dazu gedient, die Kollateralschäden der imperialistischen Globalisierung zu befrie-



den. Unliebsame Regime wie das afghanische und das irakische mussten hinweg gefegt werden, um den unumschränkten Herrschaftsanspruch der US-amerikanischen Weltmacht

zu befestigen. Doch die Gewalt und Erniedrigung, die dieser Anti-Terror-Krieg für viele Völker der Welt bedeutet, hat zu einer Zuspitzung und Radikalisierung der Gegensätze geführt. Die selbsternannten Befreier sind in der arabisch-islamischen Welt so verhasst wie noch nie zuvor.

Hingegen war der Terrorkrieg nach innen bislang weitaus erfolgreicher. Auch wenn die Ablehnung der US-Aggression gegen den Irak in den europäischen Gesellschaften und selbst in den USA breit war, so wurde die westliche Politik und Vorherrschaft insgesamt nicht in Frage gestellt. Die Folterszenen aus Abu Ghraib sind hier ein merklicher Störfaktor. Das amerikanische Selbstverständnis, das sich als Inbegriff einer demokratischen Gesellschaft mit so-



liden humanitären Grundwerten ansieht, ist merklich angekratzt. Insofern bleibt zu hoffen, dass der Terrorkrieg nach innen, der Abbau demokratischer Grundrechte, der Angriff auf Meinungsfreiheit, die Einschränkung politischer Organisationsfreiheit, die selbe Ablehnung erfährt wie der nach außen.

Margarethe Berger

Die Radikalisierung der Realität

Beitrag zur notwendigen Wiederaufnahme der Debatte um die Form der palästinensischen Selbstbestimmung

Seit der zweiten Intifada, dem Aufstand des palästinensischen Volkes gegen die nach Jahren der Verhandlungen evidente zionistische Weigerung, einen gerechten Frieden durch die Schaffung eines souveränen palästinensischen Staat zu akzeptieren, eskaliert Israel mit unfassbarer Brutalität seine Kolonialpolitik. Auch die Regierung Bush hat in einer kürzlichen Erklärung offen die israelische Expansions- und Vernichtungspolitik gutgeheißen.

Beides ist kein fundamentaler Wandel in der Politik gegenüber den Palästinensern bzw. im ewig treuen Verhältnis der USA zu Israel, ihrem zentralen Verbündeten in der Region. Dennoch stellt diese Situation für die Palästinenser und die Solidaritätsbewegung die alte Frage nach der Form des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes und dem Verhältnis zum Staat Israel neu. Die Debatte soll von folgender Grundhypothese ausgehen: Die Radikalisierung der Politik des Unrechts gegen die Palästinenser drängt, um der Realität gerecht zu werden, zu einer radikalen Formulierung der palästinensischen Befreiung.

Prinzipielles und Historisches

Politischem Handeln und politischem Urteil liegen immer grundlegende Ziele und Prinzipien zugrunde. Ein Prinzip emanzipatorischer und demokratischer Politik ist das Recht auf Selbstbestimmung als Voraussetzung für Völkerverständigung und Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen Staaten. Aus diesem Kriterium, das der Solidaritätsbewegung mit Palästina zugrunde liegt, ist das Streben des palästinensischen Volkes in seiner Essenz fortschrittlich. Aus der historischen Fortschrittlichkeit des Kampfes der Palästinenser und der prinzipiellen Unterstützung all jener, die diesen Kampf führen, leitet sich jedoch nicht mit Notwendigkeit ab, dass auch die Form und Richtung dieses Kampfes bzw. der Politik seiner Akteure in jedem Moment der politischen Realität gerecht wird, die den

Weg der Umsetzung des Rechts auf Selbstbestimmung vorgibt. Vielmehr war die Politik der palästinensischen Führung über Jahre auf ein Erreichen ihres historischen Rechts innerhalb und im Konsens mit einer imperialistischen Architektur gerichtet, die dem Selbstbestimmungsrecht widerspricht, und nicht auf eine diesem Gegensatz entsprechende antiimperialistische Formulierung der Selbstbestimmung.

Vom selben Prinzip der Gleichberechtigung der Völker ausgehend, ist der Zionismus als eine Form des Kolonialismus, der Eroberung und Unterwerfung anderer Völker, essenziell reaktionär und anti-emanzipatorisch. Es finden sich entsprechend in der Geschichte des israelischen Staates und des Zionismus politische Konstanten der Unterdrückung, unabhängig von deren mehr oder weniger radikalen Umsetzung durch die jeweilige politische Führung Israels. Das Bündnis mit den westlichen Kolonialmächten, seit der Staatsgründung vor allem mit den USA, als Kontrollinstanz in einer neuralgischen Region für die Dominanz des Westens, liegt der staatlichen Existenz und Raison d'être Israels zugrunde. Dennoch hat der zionistische Staat als extrem ideologisches Projekt Eigeninteressen und eine Eigendynamik, die den USA nicht immer in ihren strategischen Vorstellungen zur Kontrolle des arabischen Raumes entsprechen. Der Zionismus hat so etwa die präventive Kriegs- und Eroberungspolitik vorexerziert und die amerikanischen Träume von einer

prowestlichen Befriedung der Palästinenser erschwert, noch bevor mit Bush diese Politik zur internationalen Doktrin wurde. Die koloniale Expansion Israels ist eine weitere, selbst während der Verhandlungen mit der palästinensischen Führung nie beendete Konstante israelischer Politik. Diese Kolonialpolitik zeigt sich abwechselnd in der Form der Vertreibung und Liquidierung sowie der Separation der Palästinenser in autonome Apartheidgebiete und Ghettos, in denen unter militärischer Kontrolle Israels die Selbstkontrolle der Kolonisierten praktiziert wird. Schließlich sei noch die ausschließende Nationsdefinition genannt, die die reaktionäre Essenz des zionistischen Staates ausmacht. Nicht der Staatsbürger ist das Souverän, sondern das jüdische Volk, was notwendigerweise alle anderen, wie die in Israel lebenden Palästinenser, zu Menschen zweiter Klasse verurteilt.

Geschwächt, aber nicht zerstört

Ein Sieger, wie die USA im Kalten Krieg, ist kompromissbereit. Er lebt im Delirium, dass seine imperiale Herrschaft allen Glück und Zufriedenheit bringe, der Kampf unnötig geworden sei – und diejenigen, die ihn fortführen daher nur Fanatiker und Terroristen sein können – und die Normalisierung und Stabilisierung der imperialen Dominanz oberstes Ziel sei. Die mit Oslo eingeleitete Befriedungspolitik des Westens traf mit einer günstigen Konjunktur in Israel und Palästina selbst zusammen. Die Arbeiterpartei an der Regierung bevorzugte die (koloniale) Option der Separation gegenüber der Vertreibung und Liquidierung – was selbstverständlich nichts mit der Akzeptanz eines souveränen palästinensischen Staates zu tun hatte. Die palästinensische Führung war mit dem Niedergang der Befreiungsbewegun-

gen und des „realen Sozialismus“ sowie durch ihre Opposition gegen den US-Krieg im Irak auf der internationalen Bühne geschwächt. Als einzige Option schien der Verhandlungstisch zu bleiben, an den man sich aus der Position der Schwäche gezwungen sah und man verkaufte dankbar jedes scheinbare Zugeständnis dem eigenen Volk als siegreiche Etappe zum eigenen Staat.

Die gesamten 90er Jahre waren von dieser illusionären Hoffnung der palästinensischen Führung charakterisiert: Die zionistische Option der kolonialen Separation in Verbindung mit autonomer Selbstkontrolle der Palästinenser sei ein Schritt im Kampf um Selbstbestimmung, nicht eine intelligente Form der Fremdbestimmung. Die Kampfkraft der PLO wurde von der Verhandlungsschwäche und Verwaltungskorruption der Palästinensischen Nationalbehörde (PNA) abgelöst und die Spaltung der palästinensischen Bewegung war unvermeidlich. Der Ausbruch der zweiten Intifada zeigte jedoch eines deutlich: Trotz des (vorläufigen) Sieges über die palästinensische politische Führung, die in einem „Kompromiss“ gelähmt wurde, der keiner war, wurde das nationale Streben des palästinensischen Volkes nach Selbstbestimmung nicht vernichtet. Es ist eben eine Illusion des westlichen Siegestaumels, dass seine Herrschaft die ganze Welt zu zufriedenen und gleichen Marktteilnehmern machen kann und jedes kollektive Ziel unnötig wird. Diese Illusion musste durch die Realität des neoimperialistischen Projekts, seiner Logik des Elends und der Entwürdigung, untergraben werden und das unerfüllte Emanzipationsstreben der Palästinenser nach nationaler Befreiung wieder auf den Weg des Kampfes führen.

Modernisierung und Regimewechsel

Die USA mussten also einsehen, dass die Befriedung der ehemaligen Führungsgruppe des palästinensischen Freiheitskampfes nicht ausreichte, um das tief verankerte Streben nach einer freien palästinensischen Nation

im Volk auszulöschen. Da kein Imperium jedoch zur Selbstkritik und zum Rückzug bereit ist, war die amerikanische Anpassung der Linie ein Vorstoß, das Projekt der „Modernisierung und Demokratisierung“ von ganz Westasien (des Nahen Ostens) zu realisieren. Nicht allein die politische Integration der Führung reiche aus, sondern es gehe um eine tiefgehende Transformation der arabischen Welt in politischer, wirtschaftlicher, ideologischer und kultureller Hinsicht, um eine Amerikanisierung der Araber. Dieser zweite Schritt nach der Neutralisierung der politischen Führung scheint in einem Panorama eskalierenden Konfliktes jedoch unmöglich, vor allem seit der Invasion und dem Widerstand im Irak. Zu sehr haben die USA und Israel die Auseinandersetzung zugespitzt, selbst ihre Ideologen konstatieren in oberflächlicher Beobachtung einen „Kampf der Kulturen“, der einem Konsens des „American Way of Life“ als Ende der Geschichte entgegensteht. Als zentrales Element der US-Strategie der Modernisierung bleibt letztlich nur mehr die imperialistische Essenz des „Regimewechsels“ übrig. Im Zuge der Roadmap lancierten die USA die Notwendigkeit einer Reform bzw. Demokratisierung der PNA, da Arafat trotz der eisernen Ketten, die ihn an die unterwürfige Verhandlungsstrategie binden, nicht in der Lage und nicht bereit war, Grundelemente des nationalen palästinensischen Projekts wie das Rückkehrrecht aufzugeben. Die diktierte Reform der PNA mit Abu Mazen und Muhammad Dahlan als Zuständige für innere Sicherheit brachte – kurzfristig – eine Verhandlungsführung an die Spitze, die den amerikanischen Vorstellungen von Demokratie entsprach: eine Führung, die nicht dem souveränen Willen des eigenen Volkes verantwortlich ist, sondern dem Souverän USA. Das palästinensische Problem wurde und wird in der internationalen Arena auf ein „Sicherheitsproblem Israels“ und ein „Terrorproblem der Palästinenser“ reduziert. Dementsprechend sollte die reformierte Führung in ers-

ter Linie eine Entwaffnung und Niederschlagung der Intifada erreichen, den einzigen konkreten Schritt der Roadmap. Abu Mazens Versuch eines einseitigen Waffenstillstands der Palästinenser wurde jedoch von der zionistischen Eskalation, der Opposition der kämpfenden Organisationen und der Mehrheit des palästinensischen Volkes sowie der Zuspitzung des Konfliktes im Irak zunichte gemacht.

Der fortgesetzte Widerstand der Intifada und der bewaffnete Befreiungskampf im Irak haben die Hoffnung nach einer reibungslosen Implementierung des Projekts der Modernisierung begraben. Die USA sehen ihr Ziel der akzeptierten Dominanz scheitern und lassen einer militarisierten Politik des Massakers und der Besatzung freien Lauf. Dem entspricht Bushs Zustimmung zur Apartheidmauer genauso wie die Akzeptanz der Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren der palästinensischen Führer und politischen Kader (mehr als 200 führende Politiker verschiedener palästinensischer Gruppierungen wurden während der zweiten Intifada ermordet), der neuen Form des Regimewechsels.

Israel ist von Verhandlung und Separation zu einer neuen brutalen Eroberungs- und Vernichtungsoffensive übergegangen. Der „einseitige Rückzugsplan“ von Sharon aus dem Gazastreifen – überkompensiert durch einen mit der Apartheidmauer begonnenen und auszuweitenden Landraub weiter Gebiete des Westjordanlandes – zeigt mit Rafah vor den Augen der Welt seinen Sinn: die Verwandlung von Gaza in ein Lager, in dem die Menschen langsam sterben sollen. Einige „Außenposten“, kleine Siedlungen, die strategisch unbedeutend sind, sollen geräumt werden, um die militärisch wichtigen Siedlungen zu stärken. Und um alles abzurunden, soll das Ghetto Gaza mit Hilfe von Experten aus den USA, Großbritannien, Ägypten und Jordanien überwacht werden.

Eine notwendige Diskussion

Verhandlung und Liquidierung, Autonomie und Vertreibung, Oslo und

„einseitiger Rückzug“. Die Konstante bleibt, unabhängig von der in Europa mehr oder weniger goutierten Form, die Verweigerung des palästinensischen Selbstbestimmungsrechtes. Es ist diese Realität, die die Debatte um die Möglichkeit der Zweistaatenlösung und ihrer Alternative, des einheitlichen Staates Palästina auf seinem ganzen historischen Territorium, erzwingt, mehr als ideologische Prinzipien, Wünsche oder Hoffnungen. Die Chancen auf eine Zweistaatenlösung standen nie besser als bei den Osloer Friedensverhandlungen, aber es ging nie um zwei Staaten, sondern um einen Staat Israel und eine dem Moment angepasste Form der Beherrschung der Palästinenser durch Selbstkontrolle und eingeschränkte Souveränität. Die Zeiten der Befriedungsverhandlungen sind nach 15 Jahren imperialer Globalisierung vorbei. Der Imperialismus hat sich normalisiert und zu der einem Imperium entsprechenden Politik des globalen, präventiven und permanenten Krieges gefunden. Die Politik von Bush ist weniger radikal oder fanatisch, als vielmehr den Gegebenheiten einer durch soziale und nationale Unterdrückung geprägten, konfliktgeladenen Welt angepasst. Das Problem liegt in der palästinensischen Führung und ihrer widersprüchlichen Rolle. Arafat ist nach wie vor eine Symbolfigur des palästinensischen Widerstands und ein Hindernis für die israelische Politik, doch seine politische Existenz hängt an einer unmöglich gewordenen Lösung, denn der Schein von Oslo ist nach mehr als einem Jahrzehnt verschwunden und das wahre Ziel ist ganz offensichtlich geworden. Doch dieses Ziel – die Selbstaufgabe der Palästinenser als Volk mit einem Recht auf Selbstbestimmung – ist für die Mehrheit inakzeptabel.

Wenn also das Prinzip der palästinensischen Selbstbestimmung anerkannt wird, scheint heute nur seine antiimperialistische Umsetzung einen Hauch von Realismus bewahrt zu haben, ein einheitlicher Staat Palästina auf seinem historischen Territorium und eine Überwindung

des kolonialen Projekts Israel. Dass eine solche Politik radikaler Emanzipation ein friedliches Zusammenleben der Völker und Religionen in einem gemeinsamen Staat der Freiheit und Gleichheit anstrebt, muss wohl nur gegenüber den antiarabischen Israelpropagandisten und ihrem rassistischen Bild von arabisch-moslemischen Barbaren betont werden. Wieweit und in welcher konkreten Form dieser Wunsch Realität wird, entscheidet einzig und alleine der Kampf selbst und die Fronten in diesem Konflikt. Er alleine schafft die Grundlagen für die Möglichkeit oder Unmöglichkeit der Verständigung zwischen den um ihre Freiheit kämpfenden Unterdrückten und den heute mehrheitlich an den Unterdrückterstaat gebundenen Israelis. Die einzige Sicherheit ist, dass nur durch einen mächtigen palästinensischen Widerstand – durch die Einheit der Organisationen der Intifada und das Zusammentreffen mit dem arabischen Widerstand gegen den Imperialismus – Selbstbestimmung für Palästina denkbar bleibt.

Gernot Bodner

Gernot Bodner ist außenpolitischer Redakteur der Zeitschrift *Bruchlinien*.

Zerstörung und Demütigung

Militäroperationen der israelischen Armee jenseits der Medienaufmerksamkeit – Tag für Tag

Seit Beginn der Neuen Intifada werden im gesamten Westjordanland laufend Militäroperationen durchgeführt. Städte werden von der israelischen Armee besetzt, nach einer gewissen Zeit ziehen die Truppen wieder ab, und dieser „Abzug“ wird von der israelischen Regierung als Zeichen für ihre Friedensbereitschaft dargestellt und vom Rest der Welt als solches anerkannt.

So geht es, wie in diversen anderen Städten des Gazastreifens und des Westjordanlands, auch in Nablus zu. Seit September 2000 lebt man auch in Nablus ständig mit der Frage im Hinterkopf, wann die Armee wohl das nächste Mal einmarschieren wird um Hass, Tod, Zerstörung und Demütigung zu hinterlassen. Nablus ist, wie gesagt, nur ein Beispiel für die grausame Art und Weise, in der der Tsahal („Israelische Verteidigungsarmee“) vorgeht. Man kann kaum noch Anzeichen dafür finden, dass diese Operationen gezielt gegen als terroristisch bezeichnete Gruppierungen gerichtet sind. Fakten belegen, dass die Menschen, die unter diesen illegalen Vorstößen zu leiden haben, hauptsächlich Unschuldige sind: Frauen, Kinder, alte und gebrechliche Menschen, aber natürlich auch junge Männer, was allein noch kein Beweis dafür ist, dass sie Terroristen sind, so wie es oft dargestellt wird.

Um nur ein – relativ aktuelles – Beispiel für einen solchen Vorstoß hervorzuheben, sollte man die Militäroperationen nennen, die im Dezember 2003 / Januar 2004 in Nablus stattgefunden haben. Beim Einmarsch der Armee am 26. Dezember wurde eine Ausgangssperre in vielen Teilen der Stadt – darunter auch in der Altstadt und im Flüchtlingslager Balata – verhängt. Eine Straßensperre teilte die Stadt in zwei Teile, sodass die Bewegungsfreiheit noch um ein weiteres Stück eingeschränkt wurde. Die israelische Regierung rechtfertigte diesen Einmarsch wie üblich mit dem „Recht auf Selbstverteidigung“.

Doch die Ereignisse gingen mal wieder weit über die Grenzen der Selbstverteidigung hinaus: Wohnhäuser und historische Gebäude wurden zerstört, Menschen wurden bei Zusammenstößen zwischen der Armee und Widerstand leistenden Palästinensern getötet und schwer verletzt, ganze Familien wurden gezwungen ihre Häuser zu verlassen und für die Dauer der Operation auf der Straße zu leben und weitere Wohnhäuser wurden evakuiert und zu Militärstützpunkten umfunktioniert. Alle Zufahrtsmöglichkeiten nach Nablus wurden abgeriegelt und nur mehr humanitäre Lieferungen durchgelassen, wodurch der lebenswichtige Handel lahmgelegt wurde. Es fehlte an Grundnahrungsmitteln für die Bevölkerung, wodurch es zu Hungersnot kam. Erst nach längeren Verhandlungen mit dem Militär konnten Hilfsorganisationen Brot unter der Bevölkerung verteilen. Zusätzlich zu dem Mangel an lebenswichtigen Gütern litten die Menschen unter der Kälte: Die Zerstörung mancher Wohnhäuser hatte viele obdachlos gemacht, oder zumindest die Fenster ihrer Wohnungen zerstört. So war ein großer Teil der Bevölkerung dem Winter ausgesetzt und damit gezwungen sich durch offene Feuer zu wärmen.

Bereits während der Invasion im März/April 2002 hatte die Unesco die Altstadt von Nablus als einen „herausragenden universellen Schatz“ des Weltkulturerbes bezeichnet. Dieses wurde während der Operationen auch teilweise komplett zerstört oder beschädigt. Trotz Aufforderungen der Unesco wurde auf Baudenkmäler wie den Qasr Abd al-Hadi keine Rücksicht genommen.

Ein weiterer Aspekt dieser Militäroperationen in Nablus ist der juristische: es kam zu Verstößen gegen wichtige Prinzipien des internationalen humanitären Rechts, wie zum Beispiel das Recht auf Hilfeleistung, das dem

palästinensischen Volk verweigert wurde. Demnach ist die Besatzungsmacht verpflichtet die Menschen mit den notwendigsten Gütern zu versorgen, was in diesem Fall nicht geschah. Auch das Prinzip der Verhältnismäßigkeit wurde missachtet: Laut Artikel 57 der Genfer Konvention müssen die zivile Bevölkerung und zivile Objekte verschont bleiben. Zerstörte Wohnhäuser, kulturelle Gegenstände und getötete Zivilisten bezeugen die Nichteinhaltung dieser international anerkannten Gesetze.

Die Militäroperation – sowie auch sämtliche andere Vorstöße der israelischen Armee in Nablus und anderen palästinensischen Gebieten – sind demnach sowohl gesetzlich als auch menschlich verwerflich.

Doch traurigerweise ist dies nur eines von vielen Beispielen für die menschenverachtende Politik Israels in den Autonomiegebieten. Diese scheint keine Grenzen zu kennen: Ermordungen von Funktionären, Polizisten, Frauen, Kindern und Jugendlichen sind zwar mit Sicherheit einige der schlimmsten Beispiele, die die Vorgangsweise des Tsahal belegen, aber sie sind nicht die einzigen. Welche Normalität bleibt noch im Leben eines Kindes, das vom Militär daran gehindert wird in die Schule zu gehen? Was soll eine Familie, deren Haus ohne ersichtlichen Grund abgerissen wurde, tun? Wovon soll ein Bauer leben, dem man sein Land enteignet und seine Bäume entwurzelt? Und welche Hoffnung soll im Leben eines Menschen bleiben der mit ansehen muss, wie seine Familie mishandelt und ermordet wird? All das sind konkrete Situationen, wie sie alltäglich in Palästina geschehen. Und als ob das alles nicht genügen würde, kommen auch noch die Demütigungen durch Soldaten hinzu, die die Menschen ertragen müssen, die Verhaftungen von Kindern, und die Gleichgültigkeit der ganzen Welt gegenüber dieser Art von Leben.

Keine US-Provinz am Tigris

Marionettenregime im Irak vorerst gescheitert

Der irakische Volksaufstand zeigt, wie groß das Potenzial des Widerstands gegen die militärische Besatzung unter US-Führung ist. Doch die Bedeutung einer vereinigten Front der Widerstandskräfte bleibt die dringendste Notwendigkeit um die amerikanischen Pläne für einen US-hörigen Irak zu verhindern.

Bereits im Herbst 2003 dämmerte es den USA, dass der von ihnen installierte Regierungsrat (IGC) seine Aufgabe, nämlich eine glaubwürdige neokoloniale Fassade für die US-Herrschaft abzugeben oder zumindest zur Bildung einer solchen beizutragen, nicht erfüllen werde können. Für den Großteil der Iraker blieb der IGC inakzeptabel und schlicht ein willfähiges Instrument der Besatzungsmacht. Etwaige anfängliche Hoffnungen waren schnell zerstoßen. Selbst ein großer Teil der gesellschaftlichen Eliten, die aufgrund ihres Wunsches nach Eingliederung in die kapitalistische Weltwirtschaft zur Kollaboration neigen, lehnt den Regierungsrat ab.

Gleichzeitig hat der militärische Widerstand feste Wurzeln gefasst. Während die Besatzer öffentlich ganz im Nazi-Jargon weiter von Banditen, Kriminellen und Verbrechern sprechen, lassen sie sich von ihren Geheimdiensten berichten, dass die Unterstützung und Legitimität des bewaffneten Widerstands im Wachsbegriffen sei.

Es bedarf also seitens der Invasoren neuer, tiefgreifender politischer Maßnahmen um einerseits den Widerstand zurückzudrängen und andererseits ein irakisches Regime zu schaffen, das auf der Basis der Integration der Eliten und zumindest passiven Duldung eines Teils der Bevölkerung ihnen die indirekte Herrschaft abzusichern in der Lage wäre. Pompös wurde daher die „Machtübergabe“ für 1. Juli 2004 angekündigt. Flankierende Maßnahmen waren der Entwurf einer Verfassung und die In-Aussicht-Stellung von Wahlen.

Doch die vollmundigen Ankündigungen erwiesen sich bald als alter Wein in neuer Schläuchen. Um

in einer Situation des Aufstiegs des Widerstands das Ruder herumreißen zu können, bedürfte es substanzieller Zugeständnisse, die einen gewichtigen Teil der Eliten zur Kollaboration bewegen können. Da die USA diese kategorisch verweigern, kann jetzt schon gesagt werden, dass der Schuss nach hinten los gehen und nur noch mehr Wasser auf die Mühlen des Widerstands leiten wird.

Übertragung der Souveränität – eine Farce

Der teils von US-Juristen geschriebene Verfassungsentwurf wurde selbst vom IGC nur kühl aufgenommen. Letztlich wurde in allen wichtigen Punkten der status quo fixiert, so dass die für den 1. Juli geplante „Übergabe der Souveränität“ schon jetzt als Farce erkennbar ist. Es handelt sich schlicht um eine Umbenennung des IGC.

Ursprünglich hatten die USA vorgesehen, den IGC ein „Status of Forces Agreement“ unterzeichnen zu lassen, wie sie es mit vielen von ihnen abhängigen Dritte-Welt-Staaten

unterhalten. Darin spricht üblicherweise das Dritte-Welt-Land die Einladung an die US-Streitkräfte aus, im Land Stützpunkte zu errichten und zu operieren. Die Ratifikation dieses Abkommens war zur Bedingung des Inkrafttretens der Übergangsverfassung und der „Machtübergabe“ gemacht worden. Doch selbst der von den USA handverlesene Regierungsrat verweigerte sich. So musste in die Verfassung ein Passus aufgenommen werden, der die irakischen Streitkräfte unter das direkte Kommando der USA stellt – ein offen koloniales Prärogativ.

Auch hinsichtlich der Regelung des Status der Kurden mussten die USA zurückstecken. Da die gegenwärtige Kurdenführung ihr einziger treuer Verbündeter bleibt, der über Rückhalt in der eigenen Bevölkerung verfügt, versuchten sie ihr möglichst weit entgegenzukommen ohne dabei die Türkei zu verprellen. Dagegen wehrte sich der IGC. Zwar wurde ein föderales System festgeschrieben, das ohne konkrete Regelungen jedoch toter Buchstabe bleiben wird.

Die in Aussicht gestellten Wahlen bleiben indes das wichtigste Instrument zur Legitimierung eines Pro-US-Regimes. Doch Washington weiß nur zu gut, dass selbst bei massiven Manipulationen nach dem Vor-



bild der von ihnen mit dem Prädikat „Demokratie“ ausgestatteten latein-amerikanischen autoritären Regime, die pro-amerikanischen Kräfte einer sicheren Niederlage entgegengehen.

Im ursprünglichen Verfassungsentwurf war noch ein Modus enthalten, der diese Quadratur des Kreises bewerkstelligen sollte. Gut kontrollierte lokale Körperschaften („caucuses“), oft nach ethnizistischen Gesichtspunkten zusammengestellt, sollten Wahlmänner bestimmen. Ein von ihnen gewähltes nationales Gremium sollte dann ein Wahlgesetz verabschieden. Mittels eines gehörigen Aufschubs bis in das Jahr 2005 erhoffte sich Washington genug Zeit herauszuschinden um die notwendigen Manipulationen durchführen zu können.

Doch dagegen rief im Januar 2004 der bedeutende schiitische Kleriker Ayatollah al-Sistani zu Protestdemonstrationen für baldige freie Wahlen auf. Dem Aufruf leitsteten Hunderttausende Folge. Das bedeutet keineswegs, dass der Klerus zum Widerstand übergegangen wäre. Im Gegenteil, solange Wahlen unter militärischer Besatzung stattfinden, können sie niemals frei sein. Für al-Sistani und seine Umgebung ging es neben einem Schuss vor den Bug der Besatzer gleichzeitig auch darum, dem Widerstand die einzig wirksame Forderung, nämlich die nach sofortigen allgemeinen und gleichen Wahlen, entgegenzusetzen.

Dieser Zug der Hauptströmung des schiitischen Klerus ist aber keineswegs als Absage an die Kollaboration zu verstehen. Es geht ausschließlich um den Preis ihrer Einbindung, namentlich darum, welche Rolle die schiitische Geistlichenkaste im zukünftigen politischen System wird spielen dürfen. Das Dilemma der USA ist es, dass sie nicht einmal auf diese Minimalbedingungen eingehen wollen und können. Ohne substanzielle Zugeständnisse an die Eliten jedoch, sei es nun eine neu zusammengesetzte Elite unter Einschluss des Klerus oder jene alte aus sunnitischen Honoratioren oder auch der Versuch diese beiden nach einem ethnizisti-



schen Modell gegeneinander zu stellen und als Vermittler weiterhin eine Rolle zu behalten, erscheinen die amerikanischen Bemühungen vergebens. Somit untergräbt die Hartnäckigkeit Washingtons die eigenen verzweifelten Anstrengungen von der direkten kolonialen zu einer indirekten Herrschaft zu gelangen.

Volksaufstand mit zwei Brennpunkten

Flankierend zu den Integrationsversuchen musste es Ziel der Besatzer sein, den Hauptkräften des Widerstands noch vor der „Machtübertragung“ den Kopf abzuschlagen, um sie als politische Alternative gar nicht aufkommen zu lassen.

Obwohl sich Falluja von den anderen Städten am oberen Euphrat nicht wesentlich unterscheidet, ist es in den letzten Monaten zum Symbol des Widerstands geworden. Die Besatzer hatten sich aus der Stadt zurückgezogen und getrauten sich nur mehr sie am Tag zu Patrouillenfahrten zu betreten. Hier hatte die US-Armee besonders viele demütigende Verluste einstecken müssen.

Als im Frühling vier amerikanische Söldner getötet und ihre Leichen von der wütenden Bevölkerung geschändet wurden, nahmen die Besatzer dies zum Anlass, einen Generalangriff auf den Widerstand zu unternehmen. Um die Stadt wurde ein Belagerungsring gelegt, der auch darauf abzielte, die Zivilbevölkerung,

die den Widerstand fast vollständig unterstützt, zu bestrafen. Tagelang war die Versorgung mit Lebensmitteln und sogar Wasser unterbrochen. Mit schwerer Artillerie, Kampfhubschraubern und -flugzeugen, denen auf Seiten der Verteidiger nichts Vergleichbares gegenüber stand, wurden ganze Viertel in Schutt und Asche gelegt. Verschiedenen Quellen zufolge dürften dabei rund tausend Menschen, davon die übergroße Mehrzahl Zivilisten, ums Leben gekommen sein. Selbst Spitäler und Moscheen wurden attackiert.

Indes vermieden es die Besatzer tunlichst in einen wirklichen städtischen Partisanenkampf, wie er der israelischen Armee in Beirut in den 80er Jahren ihre bisher schwerste Niederlage zufügte, verwickelt zu werden. Der Widerstand hat in Falluja ein bisher nicht gekanntes Niveau erreicht. Von der städtischen Guerilla vollzog sich der Übergang zu einem regelrechten Volkskrieg, der breite Teile der Bevölkerung direkt einbezog. Partisanen und Volksaufstand flossen zusammen und übernahmen für einige Wochen die Kontrolle über die Stadt, die die Besatzer verlassen hatten. Sowohl aus militärischen aber vor allem aus politischen Gründen konnten die USA trotz drückender militärischer Überlegenheit den intendierten vernichtenden Schlag nicht führen. Als sich eine Verhandlungslösung abzeichnete, gelang es laut Aussagen von Abduljab-

bar al-Kubaysi, dem Führer der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA), schließlich einem Teil der Kämpfer samt ihrer Waffen die Stadt rechtzeitig zu verlassen.

Dass die USA schließlich den Belagerungsring aufhoben und die militärische Kontrolle einer von den Besatzern finanzierten „Falluja-Armee“ übertrugen, muss jedenfalls als Teilerfolg der Résistance gewertet werden. Noch ist über das Profil der Falluja-Armee nicht viel bekannt. Folgende Episode illustriert jedoch das Spannungsfeld, in dem sie geschaffen wurde. Ihr erster Kommandant, Jassim Saleh, zeigte sich bei Amtsantritt in der Generalsuniform der ehemaligen ba'histischen Armee. Schon vier Tage später wurde er durch Mohammed Latif ausgetauscht, der den Rang eines Generalmajors bekleidete.¹ Unter den gegebenen Kräfteverhältnissen kann davon ausgegangen werden, dass diese Armee weder in der Lage noch willens ist, gegen den Widerstand vorzugehen und ihn zu entzweifeln. Selbst die irakischen Hilstruppen der Amerikaner weigerten sich gegen Falluja vorzugehen. Ein Exempel zu statuieren gelang den Besatzern jedenfalls nicht.

Die zukünftige Rolle der Falluja-Armee bleibt von der Entwicklung der Kräfteverhältnisse abhängig. In die eine oder andere Richtung muss sich das Patt lösen. Wächst der Widerstand weiter und verbreitert er seinen politischen Einfluss, dann wird die Armee zumindest teilweise mit ihm sympathisieren und gegen ihn uneinsetzbar bleiben. Gelingen hingegen den USA Schritte zur Stabilisierung, so könnte die Falluja-Armee das Signal zur Einbindung der ehemaligen ba'histischen Militärs bedeuten, die so dem Widerstand entzogen würden.

Zweiter Brennpunkt des Volksaufstands war die Bewegung um den schiitischen Kleriker Muqtada al-Sadr. Auch hier entsprang die Eskalation einer kalkulierten Provokation der Besatzer. Sie verboten die Zeitung al-Sadr. Protestdemonstrationen endeten in einem Blutbad. So zwangen sie al-Sadr entweder klein

beizugeben und sich unterzuordnen oder aber zum Aufstand zu rufen. Er tat letzteres.

In zahlreichen Städten des Südens und vor allem auch in den Bagdader Armenviertel Madinat al-Sadr vertrieben die Mahdi-Milizen al-Sadr die von den Besatzern eingesetzten Behörden. Rathäuser wurden besetzt und neue Bürgermeister ernannt.

Bemerkenswert war die politische Dynamik, die der Aufstand auslöste. Während das schiitische städtische Subproletariat als die Hausmacht al-Sadr gilt, beteiligten sich unterschiedlichen Berichten zufolge auch die städtischen Mittelschichten am Aufstand. Durch die Parallelität mit der Verteidigung Fallujas nahm die Bewegung schließlich auch einen deutlich überkonfessionellen Charakter an. So wurden von schiitischen und sunnitischen Würdenträgern unter aktiver Beteiligung der Bevölkerung Hilfslieferungen für die Bevölkerung der belagerten Stadt zusammengestellt. Ein ziviler „Entsatzmarsch“ zu Fuß wurde von der US-Armee durchgelassen – scheinbar um eine weitere Radikalisierung der Stimmung zu vermeiden. Der von den USA intendierten Schaffung einer schiitischen und einer sunnitischen „Ethnie“, die nach dem althergebrachten Verfahren des Teile-und-Herrsche gegeneinander gestellt werden sollen, steht die Tendenz der nationalen Vereinigung gegen die Besatzung entgegen.

Militärisch erweist sich die Mahdi-Armee jedoch den Anforderungen kaum gewachsen. Im Gegensatz zur sunnitischen Guerilla, die sich vielfach aus ehemaligen Armeemitgliedern aller Ränge zusammensetzt und militärisch professionell vorgeht, handelt es sich um kaum ausgebildete Milizionäre, die einen entsprechend hohen Blutzoll zu zahlen gezwungen sind.

Mittlerweile konnten die USA viele Stadtverwaltungen wieder zurückerobern, auch wenn es nach wie vor zu bewaffneten Auseinandersetzungen und selbst zu Offensiven der Kämpfer al-Sadr kommt. Es ist damit zu rechnen, dass der ausklingen-

de Aufstand ganz niedergeschlagen werden wird. Doch eines der Ergebnisse des Aufstandes ist, dass al-Sadr mehrfach seine Anhänger aufgefordert hat die Besatzer anzugreifen, das heißt zum Guerillakrieg überzugehen. Seither kommt es nun auch in den schiitischen Gebieten immer wieder zu Hinterhalten und Attacken auf die Besatzungstruppen. De facto erweiterte sich die Résistance um eine schiitische Komponente.

Die Rolle Muqtada al-Sadr bleibt jedoch zwiespältig. Einerseits steht er unter dem Druck der städtischen Armut, die in den Kampf gegen die Besatzer eintreten will. Andererseits bleibt er Teil des Klerus und vermittelt dieses auch unter Druck Teherans. Der Klerus hat deutlich gemacht, dass er sich mit den USA auf eine neokoloniale Lösung einigen könnte, wenn in deren Rahmen seine Ansprüche erfüllt würden. Ihm ist auch die Islamische Republik auf einen Ausgleich mit den USA aus. Bei einem Angebot seitens der Invasoren kann also ein Rückzieher al-Sadr nie ausgeschlossen werden. Ein systematischer und konsequenter Widerstand darf von der al-Sadr-Führung daher nicht erwartet werden.

Abschließend betrachtet war zwar beiden parallelen Aufstandsbewegungen letztendlich nicht der volle Erfolg beschieden, doch die amerikanischen Pläne vor der „Machtübergabe“ mit dem Widerstand Tabula rasa zu machen, endeten in einem völligen Fiasko. Der Widerstand geht als Sieger nach Punkten aus diesem von Washington provozierten Konflikt hervor. Es scheint angezeigt von einer gelungenen Generalprobe des Aufstands zu sprechen. Dem irakischen Volk, der Welt und den Besatzern wurde deutlich gemacht, welches Potential ein von einer vereinigten Widerstandsfrente geführter kombinierter Volkskrieg und -aufstand zu entfalten in der Lage ist.

Selbst die USA mussten angesichts dieser Ereignisse eingestehen, dass die Souveränität des von ihnen eingesetzten Regimes nur äußerst begrenzt sein wird. Gemessen am politi-

schen Zweck der Operation, nämlich einem Marionettenregime Legitimität zu verschaffen und relevante Teile der Eliten und ihres Anhangs zu beteiligen, kann diese bereits im Vorherein als gescheitert betrachtet werden.

Abzug Spaniens

Auf internationaler Ebene gelang es den Vereinigten Staaten nach wie vor nicht, die Zustimmung der wichtigsten imperialistischen Staaten und damit der Uno zu erlangen. Im Gegenteil, mit dem Rückzug Spaniens und einiger kleinerer Länder aus der Koalition der Besatzer verstärkte sich die Isolation der Supermacht sogar noch.

Die öffentliche Meinung im Westen wendet sich zunehmend gegen die Besatzung. Bester Anzeiger dafür scheint der Skandal um Folterungen und Misshandlungen von gefangenen Irakern. Aus den Erfahrungen früherer US-Interventionen weiß man, dass solche Grausamkeiten zum üblichen Repertoire der US-Streitkräfte und noch mehr ihrer Handlanger gehören. Man konnte also mit Sicherheit davon ausgehen, dass dies sich auch im Irak zutragen würde, zumal in den USA immer offener die Folter als Mittel in ihrem „Krieg gegen den Terror“ rehabilitiert wird. Als Modell kann das Lager auf dem US-Marinestützpunkt Guantánamo gelten. Bemerkenswert ist vielmehr, dass die US-Medien selbst, die sich bis vor kurzen vollständig der patriotischen Selbstzensur unterwarfen, nun darüber berichten. Das deutet nicht nur auf Meinungsverschiedenheiten im Machtapparat selbst hin, sondern reflektiert die veränderte öffentliche Meinung, die danach verlangt.

Die Stärke des Widerstands und die internationale Isolation der USA hinsichtlich der Legitimierung ihres Besatzungsregimes sind mit einander verknüpft und bedingen sich. Derzeit scheint sowohl auf irakischer als auch auf internationaler Ebene die Situation für den Widerstand günstig, denn die USA können sich kein Abrücken von ihrer aggressiven, unilateralen Linie leisten.

Der Versuch ein American Empire zu errichten ist mit der Besatzung des Irak zweifellos in Schwierigkeiten geraten. Die Falken in Washington fordern mit ihrem permanenten und präventiven Krieg den Widerstand richtiggehend heraus. Sie vertiefen und verschärfen die globalen Widersprüche und treiben die Eskalation der Konflikte weiter voran. Eine Lösung würde ein Abrücken vom alleinigen Machtanspruch erfordern und damit den Anfang vom Ende des Empires nach sich ziehen.

Uno – keine Lösung

Der einzig gangbare Weg ein stabiles und international anerkanntes abhängiges neokoloniales Regime in Bagdad zu schaffen, scheint über substanzielle Zugeständnisse an die irakischen Eliten und die Einbindung der anderen imperialistischen Staaten zu führen. Für Washington würde dies das offene Eingestehen einer Niederlage bedeuten – unter den heutigen Bedingungen eine undenkbbare Vorstellung.

Worum sich die Vereinigten Staaten aber weiterhin unentwegt bemühen, ist die teilweise Absegnung ihrer Pläne durch die Uno. So setzen sie Generalsekretär Kofi Annan und auch den Sondergesandten Lakhdar Brahimi für ihre Pläne im Irak ein, ohne dass die UN-Institutionen dazu ihre Zustimmung gegeben hätten. Brahimi versucht zur Zeit ein möglichst glaubwürdiges Übergangskabinetts aus „Technokraten“ zusammenzustellen, um die Farce der „Machtübertragung“ doch noch inszenieren zu können.

In der traditionellen Friedens- sowie der Antiglobalisierungsbewegung setzen viele auf eine UN-Lösung. Abgesehen davon, dass eine solche Lösung angesichts der US-amerikanischen Machtbestrebungen utopisch und illusionär erscheint, würde sie auch keineswegs die legitimen Bestrebungen des irakischen Volkes nach Selbstbestimmung erfüllen. Denn den anderen imperialistischen Staaten geht es keineswegs darum, die volle nationale Souveränität, geschweige denn die Souveränität der

breiten Volksmassen des Irak herzustellen, sondern einzig darum, selbst einen Teil des Kuchens abzubekommen und sich nicht völlig den USA unterwerfen zu müssen. Unter der Fuchtel des Westens, also politisch und wirtschaftlich abhängig, soll der Irak in jedem Fall bleiben.

Darum muss nicht nur die Einmischung der USA und ihrer Verbündeten, sondern auch die der Uno abgelehnt werden. Denn letztlich vertritt auch die Uno die Interessen der imperialistischen Länder, woran auch die Tatsache nichts ändert, dass diese in der jüngeren Vergangenheit zunehmend versucht haben, die Uno zu sabotieren, wann immer sie ihnen nicht gefügig genug erschien.

Vereinigte Widerstandsfront und verfassungsgebende Versammlung

Demokratische Selbstbestimmung, die diesen Namen verdient, setzt den bedingungslosen Abzug sämtlicher Besatzungstruppen voraus. Die Kraft, die einzig dies zu bewerkstelligen in der Lage sein kann, ist heute der Widerstand des irakischen Volkes. Unter den bestehenden globalen Kräfteverhältnissen, wo es keine gewichtige staatliche Macht gibt, die den Widerstand unterstützen würde, kann sein Sieg nur unter einer langfristigen Perspektive konzipiert werden. Ohne Erschütterung des regionalen und internationalen Systems ist er ebenso undenkbar, wie ohne massive Solidarität aus dem Westen nach dem Vorbild der Bewegung gegen den Vietnamkrieg.

Wesentliche Voraussetzung ist in jedem Fall die Bildung einer politischen Alternative zur Besatzungsmacht und ihrer verschiedenen Versuche Marionettenregime zu schaffen. Der militärische Widerstand ist die konkrete Grundvoraussetzung der Befreiungsfront, reicht aber für eine tatsächliche Einigung der Widerstandsbewegung nicht aus. Dazu bedarf es einer vereinigten politischen Front aller Kräfte, die für den bedingungslosen Abzug der Besatzungstruppen kämpfen.

Es ist unvermeidlich, dass es zwi-

schen den Komponenten der Résistance politische, kulturelle und religiöse Unterschiede und Widersprüche gibt. Bisher konnten diese Differenzen, die die Bildung der politischen Front behindern, scheinbar noch nicht aus dem Weg geräumt werden, obwohl es auf der Ebene der Massenbewegung starke Tendenzen der Vereinigung gibt.

Innerhalb der sunnitischen Kreise des Widerstands verfließen zwar die Grenzen zwischen nationalistischen und islamischen Kräften. Dies scheint dem ba'histischen Führungsanspruch aber keinen Abbruch zu tun, der seine Kraft daraus bezieht, dass der militärische Widerstand vielfach von ehemaligen Armeeingehörigen geführt wird. Dies stößt mit dem ebenso alleinigen Führungsanspruch der Bewegung um Muqtada al-Sadr zusammen, der zwar erst zuletzt in den Widerstand eingetreten ist, dennoch aber die schiitische Bevölkerungsmehrheit ansprechen kann. Was die schwachen linken und kommunistischen Kräfte betrifft, die sich von der kollaborierenden IKP (Irakische Kommunistische Partei) losgesagt haben, so verweigern auch diese oftmals die Zusammenarbeit mit Ba'histen. Das gilt namentlich für die bedeutendste Kraft, die IKP (Zentralkommando).

Zwar sind sich die Kräfte des Widerstands darüber einig, dass die Besatzer verschwinden müssen, aber die Schwierigkeiten entspringen aus der Frage nach der politischen Alternative, die notwendig die gesellschaftlichen Zielvorstellungen mit einschließt. Das einzig wirklich vereinigende Ziel, nicht nur hinsichtlich der organisierten Kräfte sondern auch bezüglich der breiten Volksmassen, kann nur eine verfassungsgebende Nationalversammlung sein, mittels derer das Volk seine Souveränität ausübt. Dass diese Forderung bisher keine nennenswerte Rolle gespielt hat, scheint kein Zufall zu sein. Im sunnitischen Widerstand, dem der ganze gesellschaftliche Schichtenbau angehört, spielen die traditionellen Eliten eine wichtige Rolle. Eine Konstituante würde ihre Rolle aber stark

beschneiden. Der schiitische Widerstand wiederum stützt sich zwar viel klarer auf die Unterschichten und das Subproletariat, doch ist der politische Führungsanspruch der Geistlichen noch exklusiver. Auch in diesem Fall neigt eine verfassungsgebende Nationalversammlung dazu, die Rolle des Klerus zu schmälern, auch wenn dieser Zusammenhang keineswegs automatisch besteht. Was wiederum die Linke betrifft, so kokettiert diese mit Wahlen, die unter UN-Aufsicht stattfinden könnten. Denn sie verfügen selbst kaum über bewaffnete Kräfte, die als einzige die Voraussetzungen zur Einberufung einer Konstituante schaffen können.

Die verfassungsgebende Nationalversammlung ist also das Projekt, um das sich allein eine vereinigte Front des Widerstands bilden und eine echte politische Alternative zu den früher oder später stattfindenden (von den USA inszenierten) Wahlen bieten kann. Sie unterdrückt keineswegs die politische, kulturelle und religiöse Vielfalt des irakischen Volkes, brems aber durchaus vorhandene partikularistische Ansätze, wie den Herrschaftsanspruch des schiitischen Klerus oder der traditionellen sunnitischen Elite. Sie schiebt ebenso den amerikanischen Bestrebungen einen Riegel vor, die Religionsgemeinschaften der Schiiten und Sunniten zu Ethnien und damit zu staatskonstitutiven politischen Entitäten zu erheben, die im ständigen Widerspruch zu einander stehen und damit eines Vermittlers bedürfen – eine Rolle, die sich die USA selber zudenken und damit ihren bestimmenden Einfluss zu bewahren erhoffen.

Vielfach wird eingewandt, dass es nicht möglich sei ein westliches Modell auf den Irak anzuwenden. Vielmehr bedürfte es einer in der arabischen Tradition verankerten Variante der Staatsbildung, zum Beispiel einer irakischen Loya Jirga. Doch die afghanische Loya Jirga diente ganz klar westlichen Zwecken. Die traditionelle Elite, deren Versagen letztlich der Auslöser des Bürgerkrieges war, sollte zusammengeschlossen und an die Macht gehievt werden – un-

ter Ausschluss der Volksmassen. Dass die arabischen sozialen und traditionellen Eliten zur Kollaboration mit dem Imperialismus bereit sind, zeigt sich allerorts, insbesondere in Saudi-Arabien. Zwischen Bewahrung der Tradition, auch der reaktionärsten, und Eingliederung in den Weltmarkt besteht kein Widerspruch. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass dies auch für die irakischen Eliten gilt. Die Geschichte selbst belegt das vielfach. Derzeit wird eine solche Kollaboration zwar durch den Anspruch des American Empire, den Irak auf eine Provinz zu reduzieren, hintangehalten, aber die Besatzungsmacht arbeitet mit Hochdruck an einer sowohl für sie als auch für die Eliten gangbaren Variante.

Die verfassungsgebende Nationalversammlung erlangt ihren universellen Charakter durch die Universalität des Kapitalismus und Imperialismus. Der Weltmarkt durchdringt auch den abgelegensten Winkel dieser Erde und transferiert Wert in die kapitalistischen Metropolen. Der Imperialismus organisiert die politisch-militärischen Bedingungen, dass diese systematische Ausbeutung von statten gehen kann. Die so dem Weltmarkt ausgesetzten Völker finden in der nationalen Souveränität die unabdingbare Voraussetzung diesen Werttransfer zu unterbrechen oder zumindest zu begrenzen. Nachdem die Eliten meist von der Einbindung in den Weltmarkt profitieren, bleibt es den Volksmassen, den Unterklassen, diese Souveränität zu erkämpfen, deren wirkungsvollstes Instrument eine verfassungsgebende Nationalversammlung ist.

*Willi Langthaler
Mitte Mai 2004*

¹ siehe dazu das Interview mit Abduljabbar al-Kubaysi in dieser Ausgabe

Verfassungsgebende Nationalversammlung

Für die US-Propaganda sind „freie Wahlen“ das Synonym für wirkliche Demokratie – um so lächerlicher ist es dann, dass sie nach ihrem Feldzug für „Demokratie“ nicht einmal gelenkte Wahlen zulassen wollen.

„Freie Wahlen“ sagen noch gar nichts über den Charakter eines politischen Systems aus. Entscheidend sind vielmehr genau jene grundlegenden politischen Strukturen, die man in einer Verfassung niederzulegen pflegt. Auch im Irak geht es den USA letztlich darum, das politische System bereits vor einer Wahl so zu formen, dass das Regime unabhängig vom Wahlausgang ihnen treu ergeben bleibt aber dennoch den Eindruck macht, vom Wählerwillen bestimmt zu sein.

Darum ist der einzig wirklich demokratische Weg eine Verfassungsgebende Nationalversammlung, in der der Souverän, das Volk in Gestalt der von ihm gewählten Vertreter, öffentlich und frei über eine Verfassung

und damit den Charakter des Staates entscheidet.

Natürlich stellt sich auch hier wieder die Frage, wer beruft diese Konstituante ein und wie werden die zugehörigen Wahlen durchgeführt. Fest steht, dass unter Besatzung keine einzige Entscheidung als frei betrachtet werden kann. Das Ende der fremden Besatzung, selbst wenn sie durch ein UN-Mandat legitimiert werden sollte, ist die entscheidende Voraussetzung einer wirklich demokratischen Nationalversammlung. Daraus folgt, dass einzig und allein der Widerstand in all seinen Formen und insbesondere der bewaffnete die notwendige Ordnungsmacht für das Zusammentreten einer Konstituante stellen kann.

Allerdings gibt es auch unter jenen Kräften im Irak, die die Besatzung ablehnen und heute Widerstand leisten, Vorbehalte gegen eine Nationalversammlung in der die Vertreter der breiten Volksmassen das Sa-

gen haben. Ihre Befürchtung ist, dass sie ihrer Rolle als traditionelle Eliten verlustig gehen könnten. Das gilt sowohl für die ba'athistisch geprägte staatliche und militärische Bürokratie, für die religiös legitimierten traditionellen Eliten der Sunniten und insbesondere der Schiiten als auch für die nationalistisch geprägte Handelsbourgeoisie. All diese lehnen es zwar vehement ab zu einer Provinz des amerikanischen Reiches degradiert zu werden, ein US-höriges Regime mit einem gewissen Spielraum und formaler Souveränität wie es in den meisten arabischen Ländern der Fall ist, würden sie allerdings gerne akzeptieren. Eine wirklich demokratische Konstituante könnte solchen Plänen indes einen Strich durch die Rechnung machen und von einer formalen zu einer realen, auch in den sozialen Bereich vorstoßenden Demokratie mit antiimperialistischen und vor allem auch antikapitalistischen Momenten führen.



Klassenkampf im Irak?

Unter den spärlich gesäten Kräften im Westen, die den Widerstand unterstützen, wird oft der Einwand erhoben, dass der Klassenkampf im Irak nicht vernachlässigt werden dürfe, da sonst die Unterstützung auf eine Front mit der Bourgeoisie und den sozialen Eliten hinauslaufen würde.

Hier handelt es sich um schablonenhafte und dogmatische Anwendung marxistischer Kategorien. Grundfehler dieser Betrachtungswei-

se ist es zu übersehen, dass der irakische Befreiungskampf in der Substanz ein Klassenkampf ist. Die irakischen Volksmassen kämpfen gegen die imperialistische Bourgeoisie, die mit ihrem direktesten Instrument, ihrer Armee, gegen ihre Bestrebung nach Selbstbestimmung vorgeht.

Der Kampf um unmittelbare soziale Interessen ist nur eine mögliche Form des politischen Klassenkampfes, der oft genug zum Kampf um Sonderinteressen im Rahmen der kapitalisti-

schen Ordnung verkommt. Diesen zum Modell auch für die gegenwärtige Situation im Irak zu erheben, bedeutet nicht nur eine krasse Form von Ökonomismus, sondern verfängt sich auch im Eurozentrismus.

Im Unterschied zu anderen nationalen Befreiungskämpfen beteiligen sich die Überreste der Bourgeoisie und Teile der sozialen Eliten an diesem Befreiungskampf. Das ist den besonderen Umständen im Irak geschuldet, nämlich einerseits der

Fortsetzung auf Seite 30

Die Schlacht von Falluja, der Aufstand und die zeitweilige Volksmacht

Interview mit Abduljabbar al-Kubaysi,
Irakische Patriotische Allianz (IPA)

Inwieweit veränderte die Schlacht von Falluja die Situation im Irak?

Die Folge war eine vollständige Volksmobilisation und ein Aufstand, der all unsere Erwartungen übertraf. Jeder trug auf seine Weise dazu bei. Man sah sogar alte Frauen Munition zu den Widerstandskämpfern an den vordersten Linien tragen. Das Volk und die bewaffnete Widerstandsbewegung etablierten ihre Kontrolle über die Stadt. Doch nicht nur in Falluja war das der Fall, sondern an vielen Orten. Zum Beispiel kostete es die US-Besatzer in Samarra mehrere Wochen, den Aufstand zu unterdrücken. Auch in Bagdad verloren sie für eine bestimmte Zeit die Kontrolle. Zwischen dem 5. und dem 7. April waren viele Teile der Stadt unter der Kontrolle der Widerstandskräfte, die die Straßen patrouillierten. In diesem Zeitraum wurde die von den USA zerstörte öffentliche Ordnung wieder aufgerichtet. Es fanden keine willkürlichen Morde, keine Vergewaltigungen oder Raubüberfälle mehr statt.

Was denken Sie über die sogenannte „Falluja-Armee“, kommandiert von ehemaligen Generälen der irakischen Armee? Ist ihre Gründung ein Sieg für den Widerstand oder ist es ein neuer Versuch, kollaborierende bewaffnete irakische Kräfte zu schaffen?

Die Amerikaner mussten eine

Lösung finden. Sie werden versuchen, die neuerdings gegründete Falluja-Armee in so etwas wie ihre irakische Polizei zu verwandeln, das heißt in offen kollaborierende bewaffnete Kräfte. Jedoch kommen die meisten der Männer, die aufgenommen wurden, aus Falluja und nahmen am Kampf gegen die US-Armee teil. Sie stehen dem Widerstand nahe. An der Armee beteiligen sie sich, weil sie ihre Familien ernähren müssen. Wir erwarten, dass im Falle neuer Kämpfe die meisten von ihnen mit dem Widerstand gehen oder sich wenigstens weigern werden, dem US-Kommando zu folgen. So lange sie also ein lokales Phänomen bleibt, stellt die Falluja-Armee kein großes Problem dar. Dahinter jedoch steht eine bewusste politische Strategie. Die Amerikaner versuchen, viele ehemalige hochrangige ba'thistische Offiziere einzubinden. Sie führen eine politische Kampagne, um sie einzugliedern und ihnen Arbeit zu geben. Sollte sich das auf nationale Ebene hin ausweiten, wird es zu einem ernststen Problem. Deshalb lehnen wir diese Armee ab, und ebenso ähnliche Versuche anderswo.

Am 8. Mai fand eine von Scheich Jawad Chalisi und Muthanna Harith al-Darri geleitete Konferenz in Bagdad statt, die behauptete, Teil des Wider-

standes gegen die Besatzung zu sein. Inwieweit appellierten sie an die Uno und ihren Sondergesandten Lakhdar Brahimi, mit ihnen zu kooperieren.

Viele der Teilnehmer sind dem Widerstand nahestehende Leute. Doch es gibt auch offene und verdeckte Kollaborateure dabei, die mit Talabani oder Chalabi gehen. Dahinter steht eine Operation des Königs von Bahrain im Dienste der USA. Den Amerikanern wurde klar, dass sie die zwischen Widerstand und Besatzern schwankenden Kräfte kooperieren müssen. Sie müssen ihrer Behörde eine Verkleidung geben, von der sie hoffen, dass sie für die Menschen annehmbarer sein wird. Den sunnitischen Teilnehmern der Konferenz wurde zum Beispiel gesagt, dass sie die schiitischen Kräfte nicht die Macht übernehmen lassen dürften. Die Organisatoren nehmen für sich in Anspruch, das um der Unabhängigkeit des Landes willen zu tun und dass sie gegen die Okkupation und den Regierungsrat stünden. Wie können sie dann aber mit Lakhdar Brahimi zusammenarbeiten, während der bewaffnete Widerstand ihn zu einem Ziel erklärt hat, weil er der US-Besatzung die Legitimität der Uno zu verleihen sucht? Es kann keine Souveränität geben, so lange fremde Truppen im Irak sind. Deren Abzug ist eine Voraussetzung. Etwas anderes wer-



den wir nicht akzeptieren. Wir verurteilen jede Kollaboration mit den Besatzern, auch unter dem Deckmantel der Uno. Insofern ist der von der Konferenz am 8. Mai eingeschlagene Weg eine Gefahr für den Widerstand und wir lehnen sie ab.

Wird die für den 30. Juni festgesetzte sogenannte Übergabe der Souveränität irgendetwas verändern?

Die USA brauchen neue, saubere Gesichter für ihre Besatzungsverwaltung. Deshalb ersuchten sie die Vereinten Nationen und Brahimi die Situation für sie zu retten. Sie versuchen eine neue Fassade aufzuziehen. Doch das Volk weiß, dass sie betrügen. Uno und Brahimi sind nichts weiter als politische Agenten der Vereinigten Staaten. Die Realität zeigt, dass sie bloß den alten Regierungsrat umbenennen.

Wie steht es um die Bildung der politischen Widerstandsfront? Der Prozess scheint sich zu verzögern.

Der Aufbau der Front ist ein langer Weg. Unsere Erfahrung zeigt, dass viele Kräfte hoffen, einen Kompromiss mit den Besatzern zu erreichen. Als Verhandlungsmasse dient ihnen dabei der Widerstand. Die sogenannte Widerstandskonferenz in Bagdad ist nur ein weiterer Beleg dafür. Diese Leute spielen ein doppeltes Spiel. Auf der anderen Seite gehen die politischen Kräfte, die wirklich den Widerstand darstellen, ein sehr hohes Risiko ein, wenn sie sich in der Öffentlichkeit zeigen. Sie haben Schwierigkeiten sich im politischen Prozess zu engagieren und die unentbehrliche Front zu formieren. Deshalb müssen wir geduldig sein.

Wie kommentieren Sie den von Muqtada al-Sadr geführten Aufstand? Reagierte er auf eine amerikanische Provokation oder hat er sich besonnen und dem Widerstand angeschlossen?

Es war vor allem der gewaltige Impuls des Widerstands in Falluja, der ihn dazu brachte, sich am Kampf zu beteiligen. Die Situation und der Druck von unten brachte ihn auf die

Seite des Widerstands. Die meisten seiner Anhänger sind sehr arme Menschen, jung und arbeitslos. Sie fühlen sich als Bürger zweiter Klasse und wollen gegen die Demütigung durch die Besatzer kämpfen, weil sie nichts zu verlieren haben. Sie sind ganz anders als die reichen schiitischen Händler in Najaf und anderen Städten. Sie sind nicht an den Iran gebunden und verteidigen deshalb auch einen arabischen Irak. Doch nicht nur die Anhänger von Muqtada haben sich erhoben. Ungefähr die Hälfte der Aufständischen haben mit ihm nichts zu tun. Sie haben sich ihm nur angeschlossen, weil er gegen die Amerikaner kämpft. Das zeigt, dass der Aufstand keine religiöse, sondern eine politische Angelegenheit ist, für die Muqtada als Symbol fungiert. Darüber hinaus hat der Aufstand die Einheit des Kampfes zwischen Schiiten und Sunniten aufgezeigt, trotz der Spaltungsversuche durch die Besatzer. Sunnitische Vertreter haben schiitischen Aufständischen ihre Solidarität ausgedrückt und umgekehrt. Auf der Ebene der Massen ist dieses Gefühl der Solidarität im Widerstand sogar noch stärker. Das ist eine sehr positive Entwicklung und die Zusammenarbeit auch auf politischer Ebene wird verstärkt möglich sein.

*Das Gespräch führte Willi Langthaler
Paris, 15. Mai 2004*



„Der irakische Volksaufstand gibt uns in Europa Auftrieb“

Interview mit Subhi Toma, Mitorganisator der Pariser Solidaritätskonferenz mit dem irakischen Widerstand

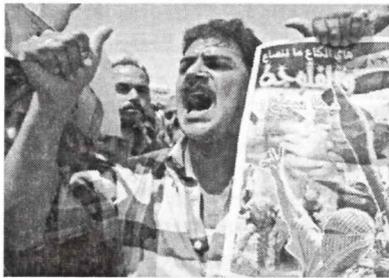
Subhi Toma ist Soziologe und lebt seit rund dreißig Jahren im französischen Exil. Im ba'athistischen Irak wurde er wegen seiner oppositionellen Haltung verfolgt und inhaftiert. Er engagierte sich aktiv gegen die Kriege von 1991 und 2003 und gründete die „Koordination gegen das Embargo“. Zusammen mit Dissidenten der Kommunistischen Partei Frankreichs und Exil-Irakern organisierte er die „Internationale Solidaritätskonferenz mit dem irakischen Widerstand“, die am 15. Mai in Paris stattfand.

Ihre Konferenz bediente sich gleichzeitig der Regenbogenfahne, die sich die Friedensbewegung als Symbol gab, und der offiziellen irakischen Nationalflagge, die für den Widerstand steht. Wie passt das zusammen?

Da besteht kein Widerspruch, im Gegenteil. Seit 1991 engagieren wir uns für den Frieden und gegen die Aggression gegen den Irak. Frieden kann nur durch das Ende der Besatzung hergestellt werden und das wiederum erfordert den Widerstand. Die Generalversammlung der Uno legte nicht nur fest, dass bewaffneter Widerstand legitim ist, sondern sprach Drittstaaten explizit das Recht zu, diesen zu unterstützen.

Welche Reaktionen auf ihre Initiative gibt es aus der französischen Linken?

Die Bewegung gegen den Krieg war hier so vielfältig wie konfus. Zwar sprach man sich gegen den Angriff aus, doch ein Großteil der Linken heulte dennoch mit den Wölfen und forderte den Sturz des Regimes Saddam Hussein, was die amerikanische Intervention über die Hintertüre rechtfertigte. Denn wer sonst außer die USA



hätten Saddam denn stürzen sollen? Die Position der Unterstützung des Widerstands wird heute nur von einer kleinen Minderheit vertreten. Doch die Erfolge des Widerstands, wie beispielsweise der Volksaufstand vom vergangenen April, werden dieser Haltung Auftrieb geben. So hat unser Aufruf die Unterstützung von mehreren Hundert Leuten gefunden, unter ihnen einige sehr prominente Intellektuelle wie Samir Amin, Tariq Ali und Michel Chossudovsky. Auch die Medien mussten auf die Niederlagen der USA reagieren. Heute getraut sich kaum noch eine französische Zeitung pauschal vom Terror und von al-Qa'ida zu sprechen, sondern man schreibt vom Widerstand und von Besatzung, wie wir das Kind von Anfang an beim Namen nannten. Die Lügen zur Rechtfertigung des Krieges sind in sich zusammengebrochen und damit schwinden die Vorurteile gegenüber dem Widerstand.

Welche nächste Schritte planen Sie?

Wir werden weiterhin die öffentliche Meinung mittels Demonstrationen und Konferenzen zu sensibilisieren und zu mobilisieren versuchen. Auf europäischer Ebene haben wir vor eine Koordination all jener Kräfte zu bilden, die den Widerstand unterstützen. Darum war die Anwesenheit von Gruppen aus Italien, Spanien, Deutschland und einigen anderen Ländern ein sehr positives Zeichen. Unsere Bewegung gewinnt an Fahrt. Wir müssen immer wieder darauf hinweisen, dass es nicht nur um ein irakisches Problem geht, sondern dass der permanente und präventive Krieg der USA, der zur Besatzung meiner Heimat führte, eine Gefahr für alle Völker darstellt, gegen die man sich zusammenschließen muss.

*Das Gespräch führte Willi Langthaler
Paris, 15. Mai 2004*

Muqtada und die Nase des Kamels

Zur Rolle des Iran im Irak

Seit der bis dahin weitgehend von sunnitischen Kräften getragene nationale Befreiungskampf im Irak Unterstützung durch die Mahdi-Armee des schiitischen Predigers Muqtada al-Sadr erhalten hat, wird insbesondere in US-amerikanischen Medien und politischen Kreisen erneut die Frage nach der Rolle gestellt, welche die – schiitische – Islamische Republik Iran im Irak spielt und entsprechend die Frage nach der gegenüber diesem Mitglied der von Präsident Bush so genannten „Achse des Bösen“ einzuschlagenden Politik.

Seit der Besetzung der US-Botschaft in Teheran nach der Revolution, die mit dem Schah einen der engsten Verbündeten der USA in der Region beseitigt hat, bestehen zwischen den USA und dem Iran keine diplomatischen Beziehungen mehr. Ungeachtet dessen und der Platzierung des Iran auf jener Achse wäre es aber zumindest verkürzt, das Verhältnis zwischen beiden Staaten eindimensional in diesem Sinn zu betrachten. Das aber scheint nicht unerwartet die Sichtweise der neokonservativen Extremisten zu sein, die unter George W. Bush einen bis dahin nicht gekannten Einfluss erlangt haben. So haben neokonservative Propagandisten wie Michael Rubin, Larry Diamond, Leitartikler der Washington Times oder William Safire in der New York Times nicht gezögert, die Erhebung der Mahdi-Armee zu nutzen, um ihre schon zu Beginn der Besetzung vorgetragene Position, dass es jetzt an der Zeit sei, mit dem Regime im Iran aufzuräumen, mehr oder weniger offen zu bekräftigen. Wie u.a. der Rücktritt von Richard Perle, einem der lautesten Vertreter dieser Politik, vom Vorsitz des "Defense Policy Board" deutlich gemacht hatte, hatten diese Kräfte in letzter Zeit eher etwas an Einfluss verloren.

Dazu haben zweifellos auch der Zusammenbruch ihrer Voraussagen über irakische Massenvernichtungswaffen und insbesondere über die allgemeine Unterstützung, welche die Besatzungstruppen zu erwarten hätten, beigetragen. Gerade dieser letzte Punkt wurde am 10. Mai noch einmal höchst offiziell bekräftigt, als

der Leiter des angesehenen Bagdader Forschungszentrums "Iraq Center for Research and Strategic Studies", Sadoun Dulame, das Ergebnis einer von der Besatzungsbehörde in Auftrag gegebenen Umfrage bekannt gab. Wollten einer entsprechenden Umfrage zufolge vor einem Jahr nur 17% der Iraker den sofortigen Abzug der Besatzungskräfte, wurde dieser Wunsch jetzt von einer deutlichen Mehrheit der Bevölkerung geteilt. Die Umfrage war wohlbemerkt im April, d.h. vor dem jüngsten Skandal über die systematische Folter an Kriegsgefangenen durch die „Befreier“, durchgeführt worden.

Was dem Iran und in einem Aufwasch auch einem weiteren Achsenmitglied in der Region, Syrien, aktuell vorgeworfen wird, ist eine finanzielle, aber auch direkte Unterstützung des Aufstands durch Irans Revolutionsgardisten und die auch vom Iran unterstützte libanesische Hizbullah. Dieser Vorwurf wird nicht nur von neokonservativen Ideologen erhoben, sondern auch von Teilen des US-Militärs. Am 12. März beschuldigte der Chef des US Central Command, General John Abizaid, beide Länder der Einmischung, weigerte sich allerdings den Vorwurf zu präzisieren. Als Begründung für die angebliche Politik des Iran gegenüber dem Irak wurde von Rowan Scarborough in der *Washington Times* bezugnehmend auf ungenannte militärische Quellen angeführt, dass „ein demokratischer Irak die Todesglocken für die Mullahs bedeutet“. Zu den – ungenannten – Stichwortgebern für die Anhänger dieser Positi-

on gehören im übrigen die iranischen Volksmujahedin, die im Interesse ihrer im Irak von den US-Kräften internierten Kräfte alles daran setzen, jegliche Verständigung zwischen den USA und dem iranischen Regime zu untergraben. Sie behaupten deshalb seit langem, dass die Mullahs Zehntausende Revolutionsgardisten und Agenten und entsprechende Mengen an Waffen in den Irak geschickt hätten, um dort eine ihnen hörige Islamische Republik zu installieren.

Bei genauerem Hinsehen muss aber an der These der US-Neokonservativen einiger Zweifel angemerkt werden. Die irakischen Schiiten einschließlich ihrer auf religiöser Basis organisierten Kräfte können keineswegs umstandslos als Anhänger des iranischen Regimes betrachtet werden. Die dem Regime in Teheran am engsten verbundene Kraft ist der „Oberste Rat der Islamischen Revolution im Irak“ (SCIRI), dessen Badr-Brigaden vom Revolutionswächtercorps aufgebaut wurden. Der SCIRI jedoch sitzt zusammen mit der schiitischen Da'wa-Partei, die in der Saddam Ära ebenfalls Zuflucht im Irak gefunden hatte, im von der Besatzungsmacht etablierten Regierungsrat (IGC). Der oberste religiöse Führer der Schiiten im Irak, der im Iran geborene Großayatolla Ali al-Sistani, gilt nicht als Anhänger der Herrschaft der islamischen Rechtsgelehrten, des der iranischen Verfassung zugrunde liegenden Prinzips der *Velāyat-e Faqih*. Anhänger der *Velāyat-e Faqih* jedoch ist zweifellos Muqtada al-Sadr. Das jedenfalls gehe, so der US-amerikanische Irak-Spezialist Prof. Juan Cole, aus einem Interview hervor, das Muqtada im vergangenen im vergangenen Sommer in *al-Hayat* gegeben hat. Er verdankt seine Stellung im Irak nicht seinem eigenen religiösen Rang, sondern zum einen der Tatsache, dass er der Sohn eines Ayatollah ist, der – mit größter Wahrscheinlichkeit – vom Saddam-Regime ermordet wurde, und zum anderen, dass er im

April 2003 vom iranischen Ghom residierenden aber irakischen Großayatollah Kadhim Husseini al-Hairi zu seinem Stellvertreter im Irak ernannt wurde. Muqtada aber gilt wie seine Familie gleichzeitig als irakisch nationalistisch und erkennt deshalb die Führung von Irans Revolutionsführer Ali Khamenei über die Gesamtheit aller Zwölfer-Schiiten nicht an.

Der Iran ist natürlich daran interessiert, seinen Einfluss im Nachbarland insbesondere gestützt auf die rund 60 Prozent der Bevölkerung stellenden Schiiten auszudehnen. Das dient gleichzeitig der Sicherung der Grenze gegen die arabisch-nationalistischen Ansprüche, wie sie zuletzt in den 80er Jahren blutig vom Regime Saddam Husseins vorgetragen wurden. Gleichzeitig dient das der Wiederherstellung der regionalen Hegemonie, wie sie zu Zeiten des Schahs bestand, und vor allem der Stabilisierung der klerikalen Herrschaft in Teheran.

Zu diesem Zweck baut das iranische Regime seit dem Sturz Saddams seine Beziehungen zu möglichst vielen schiitischen Kräften aus. Allerdings geschieht das offenbar weniger durch militärische Unterstützung, die im Irak angesichts der jahrzehntelangen Militarisierung der gesamten Bevölkerung ohnehin kaum jemand braucht, als vielmehr mittels des Ausbaus eines sozialen Netzes über die Moscheen. Dieses Netz ist angesichts der Unfähigkeit der Besatzung, die sozialen Nöte der Bevölkerung zu lindern, von eminenter Bedeutung.

Auf dieser Grundlage ist die iranische Politik gegenüber dem Irak und der Besatzung langfristig angelegt und durch ein vorsichtiges Taktieren gekennzeichnet. Auch wenn Revolutionsführer Khamenei jüngst verkündete „früher oder später werden die Amerikaner gezwungen sein, den Irak in Schande und erniedrigt zu verlassen“, ändert das nichts daran, dass der Iran keineswegs daran interessiert ist, den Falken in Washington iringendeinen Vorwand für ihre Aggression zu liefern. Offensichtlich geht es dem iranischen Regime vielmehr da-

rum, langfristig eine mit ihm sympathisierende schiitische Herrschaft zu ermöglichen und gleichzeitig den Druck auf die amerikanische Besatzungsmacht auf einem Niveau zu halten, der dieser nicht etwa einen Vorwand für einen Angriff auf den Irak gibt, sondern sie vielmehr die Vermittlung des Iran suchen lässt.

Genau das ist schließlich auch geschehen. Mitte April betonte Irans Außenminister Kamal Kharazi, es habe eine Menge an Kontakten mit den USA bezüglich des Irak gegeben und die USA hätten den Iran ersucht, dabei zu helfen, die Krise dort zu lösen. In diesem Sinne bemühe sich der Iran. Etwa gleichzeitig räumte auch General Abizaid ein, dass es im Iran „Elemente“ gebe, die den Einfluss von Muqtada al-Sadr zu begrenzen suchten.

Natürlich kann der Iran nur dann eine entsprechende Rolle im Irak spielen, wenn die Besatzungsmacht dort Probleme hat. Das iranische Regime, das in den Wahlen vom 20. Februar seine ohnehin unfähige liberale Fraktion definitiv ausgebootet hat, bereitet sich darauf vor, sich unter der starken politischen Hand der um Ayatollah Khamenei und Hojatolleslam Rafsanjani gescharten rechten Fraktion wirtschaftlich dem Westen weiter zu öffnen und nach chinesischem Modell erneut zur regionalen Hegemonialmacht aufzusteigen. Eine Explosion im Irak mit unbekanntem Ergebnis und bestenfalls partieller Kontrolle durch Teheran liegt nicht im Interesse einer solchen Perspektive.

Wieweit die USA die iranische Strategie nutzen oder verhindern können liegt andererseits wesentlich an der Entwicklung des Widerstands im Irak. Prof. Juan Cole erinnert angesichts der jetzigen Vermittlungsrolle des Iran eine arabische Geschichte. Angesichts der Kälte draußen erlaubt ein Beduine seinem Kamel, die Nase unter das Zelt zu stecken. Dann jedoch schiebt es langsam den Kopf hinein, um schließlich das gesamte Zelt einzunehmen, während der unglückliche Hausherr die kalte Nacht im Freien verbringen muss.

Dass das iranische Kamel seine Nüstern nur überaus bedachtvoll unter die Zeltwand schieben kann, hat seinen Grund auch im sich ständig verändernden Gleichgewicht zwischen den Akteuren im Irak, nicht zuletzt auch den religiös-schiitischen. In Anbetracht seines niedrigen religiösen Rangs hat Muqtada al-Sadr seit dem Sturz des Saddam-Regimes seine sich aus den ärmsten Teilen der schiitischen Bevölkerungsgruppe rekrutierende Basis und ihre damit zumindest in der Form besonderen Radikalität in die Wagschale geworfen und eher öfter als seltener eine aggressive Haltung gegenüber den schiitischen Konkurrenten vom besonders pietistischen und „liberalen“ Ayatollah Khui über al-Sistani bis zum SCIRI eingenommen. Sein bis heute andauernder Widerstand gegen die Besatzer hat ihm über die schiitisch-sunnitische Grenze hinweg inzwischen ein hohes Ansehen in der Bevölkerung verschafft und ihn der erwähnten Umfrage zufolge zum zweitrespektiertesten Mann im Irak gemacht. Wenn dem so ist, dann ist es nicht verwunderlich, wenn der SCIRI seine Felle davonschwimmen sieht. Das jedenfalls dürfte der Hintergrund des offenen Angriffs sein, den der Wiener Repräsentant des SCIRI in einer Erklärung zwar nicht gegen al-Sadr, wohl aber gegen die Widerstandskräfte im sunnitischen Fallujah vorgebracht hat.

Angesichts dessen, dass deren Widerstand ebenso wie der Sadrs zumindest fürs erste zu einer breiten und aktiven interkommunitären Solidarität geführt hat, ist die Kritik am Widerstand in Falluja implizit auch eine am Widerstand al-Sadrs. Teil der Schaukelpolitik des Iran ist andererseits auch die Tatsache, dass der ehemalige Staatspräsident und jetzige Vorsitzende des Rates für besondere Angelegenheit, Rafsanjani, al-Sadrs Bewegung als „heroisch“ bezeichnet hat. Das geschah sicher nicht zufällig nur einige Tage nachdem der Direktor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), Muhammad al-Baradei, erklärt hatte, dass sich die Geduld der „internationalen Gemeinschaft“ ge-

genüber Irans Nuklearprogramm, das übrigens mit US-Unterstützung zur Schahzeit initiiert worden war, ihrem Ende zuneige. Andererseits hat sich jedoch Ayatollah Hairi in Ghom von seinem Schützling jüngst vorsichtig distanziert.

Das iranische Regime in all seinen heute ausschlaggebenden Fraktionen ist bedingt zum einen durch seine traditionellen Beziehungen zum einflussreichen Basar und zum anderen durch die engen Verbindungen, welche die Mullahs an der Macht – weder fähig noch willens, mit diesem zu brechen – im Laufe der vergangenen 25 Jahre zum internationalen Kapital eingegangen sind, keineswegs an einem als abenteuerlich gesehene Bruch mit dem Imperialismus und folglich auch mit den USA als dessen Führungsmacht interessiert, wohl aber an einer besseren Position innerhalb der globalen imperialistischen Strukturen. Die Beziehungen zu den verschiedenen Kräften im Irak geschehen im diesem Spannungsfeld.

Das gilt auch für die zu den tendenziell extremistischen und dem Selbstverständnis nach militant antiimperialistischen der Sadr-Bewegung, die weder an eine starke schiitische Basarbourgeoisie gebunden ist, die sich im Irak angesichts der sunnitischen Vorherrschaft kaum entwickeln konnte, und deren Führer sich mangels langjähriger politischer Herrschaft im Irak auch noch nicht eigenständig ökonomisch in die herrschende Bourgeoisie und damit Rolle eines Juniorpartners oder auch nur Klienten der imperialistischen Mächte hocharbeiten konnten.

Anton Holberg

Anton Holberg lebt als freier Journalist in Deutschland.

Söldner im Irak

Ob alle Soldaten der US-geführten Besatzung im Irak wirklich zur Koalition der Willigen gehören, muss nach den Ereignissen insbesondere des letzten Monats bezweifelt werden. Sicher jedoch gehört eine nach den USA das zweitstärkste Kontingent noch vor den Briten stellende Gruppe von Menschen dazu, die zudem noch einige besondere Vorteile bieten: Ihre Mitglieder erledigen Aufgaben, die selbst den professionellen Soldaten der Besatzungsarmee zu gefährlich sind, und sie werden, wenn die Sache schief geht, nicht in den offiziellen Verluststatistiken geführt, was sich insbesondere im US-amerikanischen Wahljahr für den obersten Kriegsherrn in Washington auszahlen mag. Ihr einziger Nachteil: Sie sind mitunter – gestaffelt nach Hautfarbe – recht teuer. Die Rede ist von den rund 20 000 bei propagandistischem Bedarf als „zivile Mitarbeiter“ geführten Söldner aus aller Herren Länder, die von den schon seit Jahren im Zuge der allgemeinen Privatisierungswelle – also auch der des Krieges – aufblühenden Söldnerfirmen, die heute – ebenfalls dem Stil der Zeit folgend – generell als „Private Military Contractors“ (PMC) oder gar als „Berater für internationale strategische Sicherheit“ firmieren, angeheuert wurden.

Wie der Überfall auf den Irak und mehr noch die wachsende Unwilligkeit der irakischen Bevölkerung, sich mit dem Ergebnis abzufinden, das Geschäft belebt hat, kann exemplarisch am Fall einer dieser „aggressive Sicherheit“ verkaufenden Firmen, der *Global Risk Strategies* gezeigt werden. Hatte sie vor dem Angriff der USA auf Afghanistan erst zwei Mitarbeiter, so arbeiten heute im Irak tausend Mann für sie im Bereich des Objekt- und Personenschutzes. Alleine britische Söldnerfirmen haben dem Direktor der Londoner PMC *Janusian* zufolge ihren Umsatz seit der Besetzung des Irak von 320 Millionen Dollar auf 1,8 Millionen erhöht. Die Dienstleistungen der PMC

finden im Irak umfassende Verwendung gleichermaßen bei privaten Firmen, den Besatzungsbehörden selbst, der Uno oder auch im Bereich von Entwicklungsprojekten. Im Haushalt der staatlichen US-Entwicklungshilfe, die vom irakischen Widerstand offenbar weniger als humanitärer Segen, denn als Teil des Besatzungsprojekts betrachtet wird, sind die Ausgaben für die privaten Sicherheitsfirmen letztlich von sieben auf zehn Prozent erhöht worden. Die US-Söldnerfirma *Blackwater*, der auch Besatzungschef Paul Bremer seine persönliche Sicherheit anvertraut hat, behauptet, dass inzwischen ein Viertel des Haushalts aller „Entwicklungshilfeprojekte“ im Irak an PMCs gehe.

Zu den Aufgaben, die von PMCs wahrgenommen werden, gehören etwa die Bewachung des internationalen Flughafens von Bagdad durch die Firma *Custer Battles*, der Schutz der Ölfelder und Pipelines durch die britisch-südafrikanische *Erinys*, zu deren 100-Millionen-Dollar-Vertrag die Aufgabe gehört, zu diesem Behufe eine 14 000 Mann starke private irakische Truppe zusammenzustellen, die britische *Global Risk*, die die Mitglieder der US-Besatzungsbehörde schützt, die britische *Armor Group*, die das gleiche für die Mitarbeiter der US-Konzerne *Bechtel* und *KBR* tut, oder die US-Firma *DynCorp*, die – bislang mit zweifelhaftem Erfolg – die neue irakische Polizei trainiert. Die Trennung zwischen den Aufgabenbereichen der Armee und der PMCs ist des Öfteren fließend, beispielsweise wenn im vergangenen Jahr eine US-amerikanische PMC herangezogen wurde, um den Ort zu sichern, an dem ein vom Widerstand nahe Falluja abgeschossener US-Transporthubschrauber niedergegangen war, und um die Rettungsoperation durchzuführen.

Dass die Auftraggeber dieser Firmen so eindrucksvolle Geldbeträge für ihre Leistungen aufbringen müssen, liegt nicht zuletzt auch an den bisweilen exorbitanten Gehältern

der Söldner. So berichtete kürzlich *Al-Abram Weekly*, dass die dort bezahlten Gehälter bereits der britischen Kommandotruppe SAS Kopfschmerzen bereiteten, weil sie zahlreiche ihrer teuer ausgebildeten Soldaten an den Privatsektor verloren habe. In Bagdad kostet ein Vier-Mann-Team ehemaliger SAS den Schutzbedürftigen täglich fünftausend Dollar. Der normale SASler kassiert ein Monatsgehalt von 10 000 Dollar und mehr, seine Chefs schon 150 000 Dollar im Jahr. Allerdings geht es auch billiger. Die dem Empire so treu ergebenen und einst in der Kopfschmerz jagd geschulten nepalesischen Gurkhas, von denen die *ArmorGroup* 700 angeheuert hat, müssen sich mit einem Zehntel dieses Gehalts zufrieden geben. Das ist so, obwohl sie etwa im vergangenen Jahr das von Dick Cheney's ehemaliger Firma *Halliburton* unterhaltene Rashid-Hotel bewachten und sogar am Präsidentenpalast ausgemacht wurden. Und man wird ihnen auch kaum wie ihren irakischen Kollegen mangelnde Disziplin ohne „weiße Aufsicht“ nachsagen können. Diese jedenfalls setzen denn ihr Leben angesichts der 70prozentigen Arbeitslosigkeit im Land auch schon für nur 150 Dollar im Monat aufs Spiel.

Dass die Söldner – jedenfalls die ausländischen – so teuer sind, hat zum einen mit ihrer Gefährdung zu tun. So wurden beispielsweise die vier US-Söldner der Firma *Blackwater*, deren Leichen dann an einer Brücke in Falluja aufgehängt wurden, von den Widerstandskräften erwischt, als sie Anfang April versuchten, im Konvoi durch ein Stadtviertel zu fahren, in das sich die GIs schon lange nicht mehr trautes. Andererseits sind nicht wenige von ihnen auch ausgewiesene Kenner in einem Gewerbe, in dem der normale Soldat generell weniger Praxis nachweisen kann, und manche sogar bekannte Persönlichkeiten. So arbeiten etwa für die erwähnte Firma *Blackwater* im Irak 122 ehemalige Angehörige der chilenischen Armee. Ehemalige, weil sie wegen ihrer Aktivitäten zur Zeit der faschistischen Pinochet-Herrschaft aus der Armee herausgesäu-

bert werden mussten. Jetzt arbeiten sie für 18 000 Dollar monatlich indirekt für die CIA, die ja auch schon ihrem früheren Dienstherrn 1973 an die Macht verholfen hatte. Ein anderes rund dreitausend Mann zählendes Kontingent rekrutiert sich aus Südafrikanern, die ihre einschlägigen Erfahrungen im Dienste des Apartheid-Regimes gemacht haben. Das kam ans Tageslicht, als am 28. Januar 2004 bei einem Bombenanschlag auf das Shaheen-Hotel Frans Strijdom ums Leben kam. Er gehörte der südafrikanischen Presse zufolge zur Polizeispezialeinheit „Koevoet“, die berüchtigt für ihren Einsatz gegen die Befreiungsbewegung in Namibia war. Bei der gleichen Gelegenheit wurde Deon Gouws verletzt. Er war Mitglied der Geheimpolizei „Vlakplaas“ und der Todesschwadron CCB. Als solcher war er ein Kollege von Gray Branfield, der Anfang April von irakischen Aufständischen getötet wurde. Nachdem er bis 1980 in einer paramilitärischen Einheit in Rhodesien tätig gewesen war, ging Branfield nach Südafrika und war 1981 als Mitglied der CCB an der Ermordung des ANC-Repräsentanten in Zimbabwe beteiligt. Im Vergleich zu diesen Herren war der vom Widerstand entführte und dann erschossene italienische Söldner ein kleines Licht – offenbar auch im Rotlichtmilieu von Genua, von wo aus sein wohl eher bescheidener Erfolg ihn dann in den Irak führte. Dass Leute dieses Schlags wenig Probleme damit haben, „Eingeborene“ abzuschießen, ist offensichtlich. Ende 2003 schossen Söldner, die bei Samarra einen Geldtransport sichern sollten, als dieser angegriffen wurde, wild um sich und töteten acht zufällig vorübergehende Zivilisten, darunter mehrere Frauen.

Das Wort von der „Befreiung“ des Irak durch die USA mutet bei solchen „Befreiern“ etwas merkwürdig an.

Anton Holberg

„Als Iraker den Irak befreien“

Interview mit dem Journalisten Gerhard Tuschla
über seinen Irak-Aufenthalt im April 2004

Du warst im letzten Jahr mehrere Male im Irak. Wie hat sich für dich die Situation zwischen Herbst 2003 und Frühjahr 2004 verändert?

Jetzt ist es so, dass kein Mensch im Irak die Amerikaner mehr will. Kein Mensch mehr schenkt ihren Lügen Glauben. Ursprünglich erwarteten 30% der Iraker Positives von den Amerikanern, im Juli 2003 waren es ca. 10%, im September 2003 praktisch 0%. Es heißt: „Verschwindet! Ihr seid nur da, um unser Land auszubeuten!“ Heute gehören brennende amerikanische Panzer zur täglichen Realität. Der Freiheitskampf des irakischen Volkes hat sich zu einem Guerrillakampf entwickelt, der von immer mehr Gruppen getragen wird, der alle Bevölkerungsschichten erfasst. Im Gegensatz zur Situation vor ein paar Monaten ist der Kampf jetzt allerdings weniger organisiert und koordiniert, weil es einen unerwartet großen Zustrom von Kämpfern wegen der Ereignisse in den letzten Monaten gegeben hat.

Wer sind diese Kämpfer? Die amerikanische Propaganda versucht ja nach wie vor, den Widerstand des irakischen Volkes als Werk von „eingeschleusten Terroristen“ zu diffamieren.

Meinen Erfahrungen nach ist für die Iraker das zentrale Anliegen, als Iraker den Irak zu befreien. Der national-islamische Widerstand rekrutiert keine ausländischen Kämpfer, um die Selbstständigkeit zu wahren, und auch aus Angst vor Unterwanderung. Für den radikalen islamistischen Widerstand unter der Führung von Muqtada al-Sadr kann ich das nicht mit Sicherheit sagen. In ihren Reihen könnten auch nicht-irakische Kämpfer sein.

Was ist jetzt die dringlichste Aufgabe der Widerstandsfront?

Die politische Koordination. So stark der Widerstand heute auch ist,

er ist noch nicht der Embryo einer Gegenmacht.

Im November noch arbeiteten Zellen von zehn bis fünfzehn Kämpfern, wobei es in einer Stadt ca. zehn Zellen gab, und vier Städte zusammen unterstanden einem gemeinsamen Kommando. Das war eine wirkungsvolle Struktur im ganzen Land. Jetzt gibt es durch die Zunahme an Kämpfern neue Zellen, die nur lokal operieren und ihre Operationen nicht abstimmen. Die politische Koordination all dieser Aktionen ist eine dringliche Aufgabe.

Wichtig ist auch der Kampf an der politischen Front mit der Herausgabe einer wöchentlichen Zeitung. „Muqawama“ (Widerstand), das Organ der Irakischen Patriotischen Allianz, ist bis jetzt in einer Auflage von je 3000 Stück sechsmal erschienen. Natürlich versuchen die amerikanischen Besatzer diese legale politische Arbeit zu unterbinden. So haben sie zum Beispiel die 3000 Stück der zweiten Auflage vollständig aufgekauft, damit sie nicht von den Irakern gelesen werden.

Wie ist es zu den Aufständen in den schiitischen Gebieten gekommen? Wie unterscheidet sich der schiitische und der sunnitische Widerstand? Gibt es hier Zusammenarbeit?

Der Aufstand in den schiitischen Gebieten wie in Karbala oder im ehemaligen Madinat Saddam in Bagdad unter dem Einfluss von Muqtada al-Sadr ist radikal religiös bedingt. Wie genau die Zusammenarbeit jetzt aussieht entzieht sich meiner Kenntnis, aber im November hat es die Zusammenarbeit gegeben. Abduljabbar al-Kubaysi von der IPA, die für eine starke, geeinte Widerstandsfront arbeitet, fürchtet allerdings, dass ein extrem islamistisch orientierter Aufstand dem eingeschlagenen Weg der vereinigten Widerstandsfront schaden könnte.

Du warst zur Zeit der heftigen Kämpfe in Falluja. Was sind deine Erfahrungen?

In Falluja halten 99,9% der Menschen zusammen. Sie sind die Résistance, ein geeinter Widerstand, der nicht gebrochen werden kann. Die Ermordung der Söldner war für die Amerikaner nur ein Vorwand um gegen den Widerstand in Falluja massiv vorgehen zu können. Sie töteten an die 700 Zivilisten, darunter an die 150 Kinder und ebenso viele Frauen, die durch Kopfschüsse ermordet wurden. Laut Berichten von Ärzten wurden Verletzte noch im Krankenhaus von amerikanischen Soldaten getötet. Das war ihr Massaker, aber den Widerstand konnten sie nicht brechen. Der militärische Teil zog sich mit den Waffen zurück. Und als die Amerikaner irakische Soldaten zur Aufrechterhaltung der Ordnung nach Falluja schickten, wollten sie ihr Gesicht retten. Da machte ihnen der General, der in der Saddam Uniform nach Falluja ging, wohl einen Strich durch die Rechnung.

Eine letzte Frage: Wie leben die Menschen im besetzten Irak?

Denkbar schlecht bei 80% Arbeitslosigkeit. Die Lebensbedingungen haben sich negativ entwickelt. Insgesamt sind die Preise für Lebensmittel sehr gestiegen, zum Beispiel für Fleisch um 10%. Bis Juni 2004 läuft das Versorgungsprogramm der Uno noch. Deswegen und wegen des starken Zusammenhalts der Familien, wo gegenseitige Hilfe selbstverständlich ist, müssen die Menschen nicht hungern.

*Das Gespräch führte
Elisabeth Lindner-Riegler*

Weiter Gefängnis für Abna' al-Balad

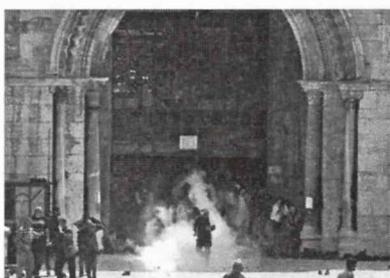
In der letzten Ausgabe der Intifada berichteten wir über die Verhaftungen und Verwüstungen bei Abna' al-Balad.

Das zuständige israelische Gericht hat die Haft für die Führer von Abna' al-Balad bis zum Ende des gerichtlichen Verfahrens verlängert.

Sokol, Richter am Bezirksgericht Haifa, akzeptierte den Antrag des Staatsanwaltes und ordnete an, dass der Generalsekretär Genosse Muhammad Kana'ana und sein Bruder, Mitglied des Zentralkomitees Husam Kana'ana, bis zum Ende der gerichtlichen Verfahren, die gegen sie angeordnet wurden, in Haft zu verbleiben hätten.

Der Richter ignorierte die Forderungen der Anwälte der Inhaftierten vollkommen und bemühte sich die Widersprüche und Lücken in den Ausführungen des Staatsanwaltes zu übergehen. Dieses Verhalten ist typisch dafür, wie israelische Gerichte mit Anklagen gegen Araber, welche „die Sicherheit“ betreffen, verfahren.

Am herausragendsten war die vollkommene Ignoranz des Richters der Tatsache gegenüber, dass Genosse Muhammad Kana'ana nur angeklagt ist, politische Treffen abgehalten zu haben in seiner Rolle als Führer einer legalen politischen Organisation, die nach einer demokratischen und friedlichen Lösung für den blutigen Konflikt sucht, den das zionistische ras-



sistische Regime dem Nahen Osten aufzwingt. Indem jede palästinensische politische Aktivität als „terroristisch“ kriminalisiert wird, versucht der israelische Unterdrückungsapparat uns weg von einer politischen Lösung und näher zu noch mehr Blutvergießen zu bringen.

Da unsere Genossen bereits seit mehr als drei Monaten in Haft sind und die gerichtlichen Anhörungen für Muhammad und Husam nicht vor Juli und September beginnen werden, ist davon auszugehen, dass sie eine lange Zeit im Gefängnis verbringen müssen, noch bevor sie am Ende womöglich verurteilt werden. Die Entscheidung des Gerichts von heute, dem 13. Mai 2004, erfolgte am selben Tag, an dem die Führer der islamischen Bewegung, Scheich Ra'ed Salah und vier seiner Genossen genau ein Jahr in israelischer Haft verbracht haben, während die gerichtlichen Schritte in ihren Fällen nur sehr langsam weiter gehen.

Israelische Gerichte, zusammen mit dem Shabak und anderen „Sicherheitsdiensten“, die Besatzungsarmee und die Polizei zeigen sich wieder deutlich als Teil einer rassistischen Unterdrückungsmaschine, die der systematischen Entwurzelung des palästinensischen Volkes dient.

Freiheit für die Führer von Abna' al-Balad!

Freilassung aller friedensliebenden Palästinenser aus den israelischen rassistischen Gefängnissen!

*Presseerklärung von Abna' al-Balad
13. Mai 2004*

Abna' al-Balad ist eine linke, patriotische palästinensische Bewegung, die in den Gebieten, die 1948 von den Zionisten erobert wurden, aktiv ist. Sie steht für die Abschaffung aller Formen des Rassismus, für das Recht auf Rückkehr für alle palästinensischen Flüchtlinge und die Errichtung eines sekularen, demokratischen Palästinas.

نفض *nafaḍa* schütteln, abschütteln, ausschütteln, abstauben; erschauern lassen; genesen, sich erholen. II. Stamm (intensiv-transitiv): نفض *naffaḍa* kräftig schütteln, ausklopfen. IV. Stamm (kausativ-deklarativ): أنفض *'anfaḍa* ganz aufbrauchen. VIII. Stamm (reflexiv-intransitiv): إنتفض *'intafaḍa* sich schütteln; erschauern, erzittern. إنتفاضة *'intifāḍa* Beben, Erhebung, Aufstand, **Intifada**. Vgl. Akkadisch *na-pāsu(m)* schütteln; Syrisch *napaš* ausschütteln, ausleeren; Hebräisch נפס *nāpaš* schütteln, verstreut sein; נפס *nepes* Sturm (ἄπας λεγόμενον in Jesaja 30:30), Explosion

„Operation Regenbogen“

Am 11. Mai 2004 waren elf israelische Besatzungssoldaten in Gaza-Stadt von palästinensischen Widerstandskämpfern getötet worden. Die Besatzungstruppen hatten zuvor mehrere Werkstätten und eine Spielzeugfabrik zerstört. Danach belegte die israelische Armee die Stadt zwölf Stunden lang mit Feuer aus Maschinengewehren, Panzern und von Hubschraubern aus. 88 Palästinenser wurden verletzt, 14 davon lebensgefährlich, darunter viele Kinder.

Anschließend griffen die Besatzungstruppen das Flüchtlingslager Rafah an der Grenze zu Ägypten an. Angeblich wollte die Armee Tunnel zerstören, über die Waffen aus Ägypten nach Palästina geschmuggelt werden. Tatsächlich wurden jedoch vor allem die beiden recht ruhigen Viertel Tell al-Sultan und Brazil angegriffen; die militanteren Viertel wie al-Shabura, Block O und Yibna wurden verschont – oder fürchteten die Besatzer den Widerstand dort?

Nur wenige Kämpfer von Hamas und Jihad wurden getötet, die Viertel an der Grenze zu Ägypten wurden nicht „gesichert“. Das Gerede vom „Rückzug aus Gaza“ erweist sich als eine weitere phantastische Lüge des Schlächters Sharon.

Der einzige Holocaust-Überlebende im israelischen Kabinett, Justizminister Josef Lapid, sagte nach Berichten israelischer Medien: „Ich sah im Fernsehen, wie eine alte Frau die Trümmer ihres Hauses in Rafah nach ihren Medikamenten durchsuchte. Sie erinnerte mich an meine Großmutter, die während des Holocausts aus ihrem Haus vertrieben wurde.“

Die Armee verhängte eine Ausgangssperre, schoss ohne Vorwarnung auf alles, was sich bewegte und Bulldozer begannen teilweise ohne Vorwarnung, Häuser einzureißen, in denen sich noch Menschen aufhielten. Ein Panzer schoss in eine friedliche Demonstration und tötete mindestens zehn Menschen, darunter mehrere Kinder.

Die vorläufige Bilanz des Massakers: über vierzig getötete Palästinenser,

die meisten davon unbewaffnet; Hunderte Verletzte; Dutzende zerstörte Häuser, 4 000 Obdachlose.

In Tel Aviv und anderswo geht das Leben – dank der großzügigen Unterstützung durch die USA und dank der EU, Israels größtem Außenhandelspartner – normal weiter.

Quellen: Jerusalem Post, Ha'aretz, Guardian, UNRWA

Fernsehanstalt als Straßenräuber

Rashut ha-Shiddur, die staatliche israelische Rundfunk- und Fernsehanstalt, errichtete kürzlich Straßensperren im israelisch besetzten Ostjerusalem und in Galiläa und konfiszierte Personalakten und Führerscheine von PalästinenserInnen mit israelischer Staatsbürgerschaft. Auch nach israelischen Gesetzen handelt es sich um eine absolut illegale Vorgangsweise. Selbst das Kontrollieren von Ausweisen ist der Rundfunkbehörde nicht gestattet.

Den Beraubten wurde mitgeteilt, dass sie ihre Dokumente zurück erhalten würden, wenn sie ihre ausstehenden Rundfunkgebühren begleichen würden. *Rashut ha-Shiddur* ist derzeit noch immer im Besitz einiger Dutzend auf diese Art und Weise geraubten Dokumente.

Die Anstalt gab in einer Erklärung zu, Menschen zur Herausgabe ihrer Dokumente zu nötigen, behauptete jedoch, keine Ausweise zu „konfiszieren“: Die Besitzer der Dokumente seien während der Kontrolle „geflohen“ und hätten ihre Ausweise zurückgelassen.

Die Tageszeitung Ha'aretz berichtete, dass *Rashut ha-Shiddur* seit Jahren diese illegalen Straßensperren betreibt und auf diese Weise zig-Millionen Shekel erpresste. Der Löwenanteil der Beute stammt von Menschen, die gar keinen Fernseh- oder Radioapparat registriert hatten. *Rashut ha-Shiddur* versieht die PalästinenserInnen an den Straßensperren „spontan“ mit Schulden – angeblich ausständige Beiträge von bis zu sieben Jahren – und droht mit der sofortigen

Konfiszierung ihrer Fahrzeuge.

Die Straßensperren des rabiatischen Radios sind nach wie vor aufrecht, die Maßnahme gegen die israelischen Staatsbürger zweiter Klasse wird von der paramilitärischen israelischen Grenzpolizei unterstützt – in offener Verletzung bestehender Gesetze des Staates Israel.

Quelle: Ha'aretz

Enteignungen in Ostjerusalem

Am 29. April brach die israelische Polizei und Armee in das Cliff Hotel in Abu Dis im Westjordanland bei Ostjerusalem ein. Seitdem wird den Besitzern, acht Geschwistern der Familie Ayyad, der Zutritt zu ihrem Eigentum verweigert. Die gewaltsame Aktion ist der Höhepunkt eines kafkaesken juristischen Verfahrens.

Der Staat Israel konfiszierte das Land und das Hotel der Familie auf Grundlage eines Gesetzes, dass die Enteignung von „Abwesenden“ ermöglicht. Dieses Gesetz diente dem Staat Israel zur Enteignung des Großteils palästinensischen Grundbesitzes. Der Prozess um das Cliff Hotel zeigt die Absurdität dieser Verfahren.

Seit dem Bau der Apartheidmauer in Ostjerusalem lebt die Familie Ayyad getrennt von ihrem Hotel, doch nur einige Dutzend Meter entfernt – das reichte dem Staat, um sie als „Abwesende“ zu enteignen: Die Mauer wurde auf dem Land der Familie gebaut, der Familie wurde der Zutritt verweigert und anschließend wurden sie als „Abwesende“ enteignet!

Vom Hotel aus überblickt man das palästinensische Parlamentsgebäude und es gilt der israelischen Armee daher als strategischer Punkt.

Das Hotel hat dreißig Zimmer und die Familie renovierte es unlängst um umgerechnet 300 000 Euro. Nun wird es von der israelischen Armee als Basis missbraucht.

Quellen: Aheret/Aher, Jerusalem Times

Intifada in Zahlen

28. September 2000 bis 1. März 2004

- 2 859 getötete PalästinenserInnen, davon
 - 527 Kinder unter 18 Jahren (19%)
- 1 728 durch scharfe Munition
- 308 Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren, davon
- 152 „unabsichtlich“ getroffene Passanten und
- 35 Kinder

- > 41 000 verletzte PalästinenserInnen, davon
 - 7 000 Kinder, davon 2 500 am Schulweg
- 16 000 Schwerverletzte
 - 25 Ärzte, Krankenpfleger und Rettungsfahrer im Dienst getötet
 - 425 verletzt
 - 121 Rettungsautos angegriffen und beschädigt
 - 36 Rettungsautos völlig zerstört
 - 85 Tote aufgrund von aufgehaltenen Rettungsautos

 - 12 Journalisten von der Armee getötet
 - 295 verletzt
 - 5 palästinensische Journalisten in israelischer Administrativhaft (Gefängnisstrafe ohne Gerichtsverfahren)

 - 6 000 Palästinenser in israelischen Gefängnissen, davon
 - 1 700 in Administrativhaft
 - 350 palästinensische Kinder in israelischen Gefängnissen, davon
 - 30 in Administrativhaft

Unzählige Fälle von Folter und Verweigerung medizinischer Versorgung in israelischen Gefängnissen

Quellen: B'Tselem, Palestinian Center for Human Rights, UNO-Menschenrechtskommission, Palästinensischer Roter Halbmond, LAW Society, al-Haq, BBC, Unicef

Kontroverses Denkmal in Melbourne

Zionistische Organisationen in Australien protestierten gegen ein Denkmal, das die israelische Politik kritisiert.

Vor einer Mauer mit dem Bild einer israelischen Flagge ist ein Text angebracht: „Seit der Gründung des Staates Israel 1948 wurden 200 000 Palästinenser getötet, 5 000 000 wurden zu Flüchtlingen, 21 000 Quadratkilometer Land wurden annektiert, 385 Dörfer und Städte wurden zerstört, 300 Milliarden Dollar wurden für das Militär ausgegeben, über 100 Massenvernichtungswaffen wurden hergestellt, 65 Uno-Resolutionen wurden ignoriert.“

Ted Lapkin, Vertreter einer zionistischen Gruppe, sagte, das Denkmal fördere anti-israelische Ansichten.

Quelle: Ha'aretz

Auswirkungen der Mauer auf Jerusalem

Der Bau der Apartheidmauer hat auch auf die PalästinenserInnen, die in Ostjerusalem leben, erhebliche Auswirkungen. Israel eroberte Ost-

jerusalem 1967 und annektierte das Gebiet. In den letzten Jahrzehnten entzog das Regime vielen die Berechtigung, sich in ihrer Heimatstadt aufzuhalten. Derzeit leben nach Angaben der israelischen Regierung 60 000 bis 90 000 PalästinenserInnen mit israelischen Personalausweisen in den Teilen von Ostjerusalem, die nach dem Mauerbau vom Rest der Stadt abgeschnitten werden.

Die Mauer in Ostjerusalem ist fast fertig gestellt. Sie verläuft durch dicht verbautes Gebiet. Acht Meter hohe Betonelemente werden in die engen Gassen gestellt, Hunderte Häuser enteignet und zerstört. Der Verlauf wurde so gewählt, dass israelische Siedlungen innerhalb der Mauer, palästinensische Stadtteile aber möglichst außerhalb der Mauer zu liegen kommen.

Rund 5 000 Schulkinder werden täglich versuchen müssen die Mauer zu überwinden, um zur Schule zu gelangen. 750 000 Einwohner von Jerusalem werden durch die Mauer ohne Zugang zu Spitälern leben. Hunderttausende werden von ihren Arbeitsplätzen abgeschnitten.

Quelle: Ha'aretz

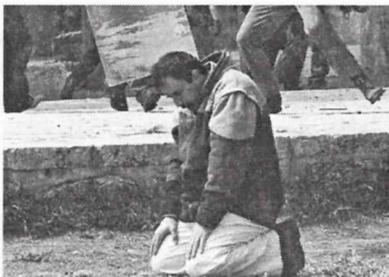
Georg Kreisel



Das eingemauerte und enteignete Cliff Hotel bei Ostjerusalem

Repression gegen Antiimperialismus

Am 1. April wurden in einer von der italienischen Staatsanwaltschaft angeordneten antiterroristischen Operation in Italien, Belgien, Holland, Griechenland, Deutschland und der Türkei über 60 demokratische und antiimperialistische Aktivistinnen und Aktivisten verhaftet. Während sich in der Türkei die Aktion zu einer Verhaftungswelle ausweitete, die Lokale etlicher Vereine und Institutionen sowie von oppositionellen Medien verwüstet wurden, mussten in der EU bis auf Italien praktisch alle Verhafteten wieder freigelassen werden. In Italien hingegen waren die Anklagen gegen Moreno Pasquinelli, Maria Grazia Ardizzone, Alessia Monteverdi, Zeynep Kılıç und Avni Er 18 Monate lang vorbereitet worden. So sollen allein 56 000 Stunden Telefonmitschnitte gemacht worden sein. Über

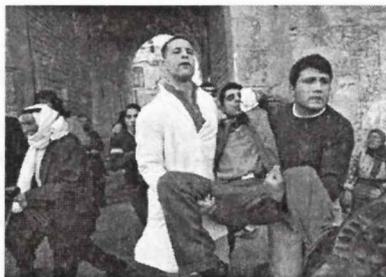


die Angeklagten im Hochsicherheitsgefängnis Rebibbia wurde fünf Tage lang totale Isolationshaft verhängt.

Die Anklage gegen die beiden türkischen Aktivisten lautet auf Mitgliedschaft in der DHKP-C, einer Organisation, die seit Jahrzehnten gegen das undemokratische Regime in der Türkei kämpft. Den drei italienischen Aktivisten der *Antiimperialistischen Koordination* wird Unterstützung der terroristischen Organisation vorgeworfen. In seinem aus dem Gefängnis geschmuggelten Brief antwortete Pasquinelli: „Der Artikel 29 des EU-Vertrages sieht den Schutz der Menschenrechte, des Rechts auf Freiheit der Meinung und der Information vor – alles Rechte, die vom türkischen Militärregime mit Füßen getreten werden. Die EU selbst räumt deren Nichteinhaltung ein, indem sie

diese zur Bedingung für den Beitritt der Türkei machte.“

Juristisch steht die Aktion ... auf tönernen Füßen. ... Der politischen Motivation verdächtig macht sich die Anklage auch dadurch, dass die Webseite der Komitees „Irak Libero“ (Freier Irak) mit der Begründung, sie verbreite die Propaganda der DHKP-C, gesperrt wurde – obwohl laut den Anwälten die Seite die Partei mit keinem Wort erwähnte. In der jüngsten Vergangenheit zählte die Antiimperialistische Koordination zu den konsequentesten Teilen der Bewegung gegen den Irak-Krieg. Trotz massiver Einschüchterungsversuche setzt sie sich entschieden gegen die völkerrechtswidrige Besetzung des Irak und für die Unterstützung des legitimen Volkswiderstands ein. Vor diesem Hintergrund erweist sich die Verhaf-



tungswelle vom 1. April unzweifelhaft als ein Akt politischer Repression, der darauf abzielt, den Widerstand der Bevölkerung gegen Gewalt und Unterdrückung durch undemokratische Regime sowie die politische Solidarität mit diesem Widerstand zu kriminalisieren.

Das Gericht in Perugia, in welchem die Vorverhandlung zur Untersuchungshaft der inhaftierten AntiimperialistInnen abgehalten wurde, ordnete am 23. April die Freilassung der drei italienischen Angeklagten an. Die beiden türkischen AktivistInnen befinden sich jedoch nach wie vor in Haft. Die Solidaritätskampagne, die seit den Ereignissen des 1. April lanciert wurde, wird bis zur Freilassung der beiden Inhaftierten weitergeführt werden (siehe Berichterstattung auf den folgenden Seiten).



Brief aus dem Gefängnis

von Moreno Pasquinelli, Rebibbia

An die Nationale Leitung des Komitees Freier Irak

An alle regionalen Komitees

Geschätzte Freunde und Genossen!

Wie Ihr wisst, hat die Staatsanwaltschaft gleichzeitig mit unserer Verhaftung auch die Internetseite des Komitees Freier Irak schließen lassen, weil, wie wir der Weisung entnehmen können, diese Seite der „Verbreitung der Aktivität der terroristischen Organisation DHKP-C“ gedient hätte.

Eine eindeutig falsche Behauptung, denn auf unserer Homepage wurde nichts veröffentlicht, das auch nur entfernt mit der DHKP-C in Verbindung gebracht werden könnte. Das beweist einmal mehr die politischen Ziele des Angriffs der Repression, dessen Opfer wir geworden sind.

Er ist auch, wenn nicht vor allem, ein Angriff auf die Bewegung der Solidarität mit dem antiimperialistischen Widerstand des irakischen Volkes, einer Bewegung deren höchster Ausdruck die Komitees Freier Irak sind.

Ihr kennt auch die Vorwürfe mit denen wir verhaftet wurden: „Mit vollem Wissen und erklärtem Ziel“ hätten wir „die terroristischen Aktivitäten“ der türkisch-kurdischen Befreiungsbewegung DHKP-C unterstützt. Das ergibt den Vorwurf „Teil der terroristischen Vereinigung DHKP-C“ zu sein.

Wir werden nun alle Teilelemente dieser Vorwürfe zurückweisen, denen jede Basis und Plausibilität fehlt.

Wessen ich tatsächlich schuldig bin, ist einem von einem antidemokratischen Militärregime (dem türkischen) gesuchten und verfolgtem Aktivisten geholfen zu haben. Ich habe ihm geholfen eine Wohnung zu finden, Arbeit und eine Aufenthaltsgenehmigung. Dessen bekenne ich mich schuldig. Die Anklage behauptet, dass unser türkischer Freund eine zentrale Rolle für die Infrastruktur „terroristischer“ Aktivitäten der

DHKP-C innegehabt hätte. Das wird sie erst beweisen müssen, ebenso wie sie zu zeigen hat, dass die Aktionen der DHKP-C terroristisch wären. Worüber es aber keinen Zweifel gibt, ist die Tatsache dass ich, Maria Grazia oder Alessia von konkreten Aktivitäten unseres türkischen Freundes nichts gewusst haben. Das behauptete nicht nur ich, in dem 600seitigen Haftbefehl bringt die Polizei keinen einzigen Hinweis darauf!

Der Haftbefehl stützt sich auf die „gemeinsame Position“ des Rats der imperialistischen Europäischen Union vom 27. Dezember 2001, der den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus betrifft (Beschluss Nr. 930, 931). Dieser Beschluss hält aber auch fest, dass „die Strafbarkeit von der Teilnahme oder Finanzierung oder Unterstützung von Aktivitäten gegeben ist, wenn die Kenntnis vorhanden ist, dass dieses zu den kriminellen Aktivitäten der terroristischen Organisation beiträgt.“ Tatsächlich wird die Anklage aber niemals in der Lage sein zu beweisen, dass wir Teil der DHKP-C wären, oder auch nur indirekt von angeblichen „kriminellen Aktivitäten“ gewusst hätten.

Ich weise darauf hin, dass im Artikel 29 des Vertrages der Europäischen Union der Kampf gegen „den Terrorismus“ im Kontext des „Schutzes der Freiheit, der Sicherheit und der Gerechtigkeit ... der Menschenrechte und der menschlichen Würde, des Rechts auf freie Meinungsbildung und -äußerung“ steht. Alles Rechte, die vom türkischen Militärregime gebrochen werden, was von der Europäischen Union auch als Vorwand verwendet wird, um Beitrittsgespräche mit der Türkei zu verhindern.

Die Anklageschrift nimmt schließlich auch auf den Artikel 270^{bis} Bezug, in dem eine „terroristische Vereinigung“ als „Vereinigung mit internationaler Zielsetzung“ definiert wird. Wie es unmöglich ist die türkisch-kurdische Guerrilla als „terroristisch“ zu disqualifizieren, ist es

noch schwieriger sie in das Konstrukt eines „internationalen Terrorismus“ einzuordnen, weil sie ausschließlich in der Türkei operiert und nur militärische Ziele angegriffen hat.

In dieser Situation hat ein Spruch des obersten Gerichtshofes vom 25. Dezember 2003 große Bedeutung, der eine Interpretation des Paragraphen 270^{bis} darstellt. Der Gerichtshof hat festgestellt, dass „Akte des internationalen Terrorismus verfolgt werden können, *aber nicht* wenn sie ausschließlich einen Drittstaat betreffen“. Dabei wurde auch festgestellt, dass unter dieser Aktivität „das Ziel die verfassungsmäßige Ordnung zu stürzen und den pluralistischen und demokratischen Charakter des Staates aufzuheben“ zu verstehen sei.

Nun, in der Türkei gibt es keinen pluralistischen und demokratischen Staat, jeder weiß um die Unterdrückung von Oppositionellen und der nationalen Minderheiten. Das Parlament besitzt nur eingeschränkte Macht, welche tatsächlich in den Händen der Militärführung und einer mafiaartigen Oligarchie liegt. Nicht das türkische Regime – das der Staatsanwaltschaft in Rom und Perugia bei dieser grotesken Aktion beigegeben ist – sondern jene, die es bekämpfen (unter ihnen die DHKP-C), verteidigen die Menschenrechte und den (fehlenden) Rechtsstaat.

Das bringt mich zur wichtigsten Überlegung. Es steht nicht nur unsere persönliche Freiheit auf dem Spiel, mit dieser geht es auch um das Schicksal unseres Kampfes um die Wahrheit, den wir nicht nur im Rahmen der Ereignisse im Irak führen, sondern auch um die Zukunft Italiens.

Wir müssen das politische Paradigma zu Fall bringen, auf das sich die Anklage gegen uns stützt. Das ist die kriminelle Gleichsetzung von Freiheitskampf und Terrorismus. Tatsächlich: Wenn es gelingt uns wegen „Teilnahme (!) an der terroristischen Organisation DHKP-C“ zu verurtei-

len, dann könntet auch Ihr alle, die ihr den legitimen irakischen Widerstand unterstützt, ins Gefängnis geworfen werden. Auf dem Weg der Zerschlagung der Demokratie wäre das also tatsächlich ein entscheidender Einschnitt, wie wir schon andernorts festgestellt haben: „Wo das geschieht, handelt es sich nicht nur um eine Verletzung des Rechtsstaates, sondern de facto um die Aufhebung des Rechtsstaates. Denn dann gilt das Recht des Staates die wesentlichste Bewegung zu illegalisieren, die das Imperium der USA als entscheidende Bedrohung der menschlichen Zivilisation anklagt. All das weist hin auf die schwere Verantwortung der Regierung Berlusconi-Pisanu.“

Mit diesem Schreiben wollte ich Euch mitteilen, dass Ihr unserer Unschuld in Bezug auf die vorgebrachten Beschuldigungen sicher sein könnt. Wir wissen, was auf dem Spiel steht: Das Recht, den irakischen Widerstand zu verteidigen, fällt zusammen nicht nur mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung, sondern auch mit dem Recht auf Souveränität der italienischen Bevölkerung.

Es lebe der irakische Widerstand!

Italien raus aus dem Irak!

USA raus aus Italien!

*Moreno Pasquinelli
Rebibbia, 5. April*

Fortsetzung von Seite 16

Vorgeschichte, die den weitgehenden Ausschluss der Eliten aus dem imperialistischen System mit sich brachte, und andererseits der direkten kolonialen Besetzung, die in der jüngeren Geschichte keinen Präzedenzfall kennt.

Die einzige Chance der USA die Lage unter Kontrolle zu bekommen besteht im Ausgleich mit der ehemals herrschenden Klasse. Daraus resultiert gleichzeitig auch die größte Gefahr für den Widerstand.

Für die Erlangung tatsächlicher Souveränität des Volkes wäre ein solches Abkommen, das sich in einem stabilisierten Marionettenregime niederschlagen würde, verheerend. Der anhaltende militärische Widerstand ist derzeit die größte Barriere gegen ein solches Abkommen. Langfristig und wirklich entscheidend ist allerdings die Bildung einer politischen Front für eine konstituierende Nationalversammlung, die einen solchen Verrat von vornherein ausschließt – insofern als die Verwirklichung der Forderung den vollständigen Truppenabzug voraussetzt und andererseits den Volksmassen die Macht in die Hand legt. Den Eliten, die heute auch die zwei Zentren des Widerstands bilden, wird damit die Möglichkeit zu Separatabkommen – zur Kollaboration – genommen.

Mit der Herausbildung der politischen Widerstandsfront auf der Basis der Konstituante könnte sich ein neues Zentrum, eine neue Führung etablieren, die über eine organische Verbindung mit den Unterklassen verfügt und sich auf diese stützt.

Der Klassenkampf im Irak muss sich heute in erster Linie auf die Frage der verfassungsgebenden Nationalversammlung konzentrieren. Die sozialen Eliten, die rudimentäre Bourgeoisie tritt dieser mit einer natürlichen Skepsis gegenüber, weil sie spürt, dass sie ihren Führungsanspruch bedroht. Durch die Bildung der Front können die bürgerlichen Kräfte zurückgedrängt, geschwächt und isoliert und gleichzeitig eine neue Führung der Unterklassen herausgebildet werden, die nicht nur auf die nationale Unabhängigkeit, son-

dern auch auf die soziale Gerechtigkeit zielt.

Auf diesem Weg ist der Wiederaufbau einer bewusst und ausdrücklich antikapitalistischen Kraft denkbar. Allein von den unmittelbaren sozialen Forderungen der städtischen Armut, der Reste des Proletariats und der Bauernschaft auszugehen, während sich, für jeden sichtbar, alles um die Besetzung und nationale Selbstbestimmung dreht, ist hingegen nicht möglich. Diese Forderungen dürfen dem nationalen Befreiungskampf nicht als Alternative gegenübergestellt, sondern müssen als dessen integraler Bestandteil verstanden werden.

Der Wiederaufbau einer kommunistischen Bewegung im Irak hat ein schweres Erbe zu überwinden, nämlich den systematischen Verrat der Irakischen Kommunistischen Partei, die zu einem Instrument des amerikanischen Imperialismus geworden ist. Die neuen Pioniere der Bewegung müssen sich als beste Kämpfer gegen die Besetzung erweisen um überhaupt das Tor zu einem kommunistischen Neubeginn wieder aufstoßen zu können.

Derzeit erscheint nämlich der Islam – so unbestimmt und so utopisch seine gesellschaftlichen Vorstellungen auch sein mögen – den Volksmassen als einzige Alternative zum Imperialismus. Der Kommunismus kann nur in Anknüpfung an und nicht in Gegenüberstellung zu den islamischen Stimmungen neu entfaltet werden.

Antiimperialisten sind keine Terroristen

Über die fortschreitende Entdemokratisierung der EU und den Kampf um Meinungsfreiheit

Als Teil der internationalen Kampagne gegen die Repressionswelle vom 1. April 2004 fand in Perugia Mitte April ein fünftägiger Hungerstreik statt. In der zentralen Fußgängerzone wurde ein käfigartiges Zelt aufgestellt, mit dem symbolisch an die verabscheuungswürdigen Zustände im US-Gefangenenlager Guantánamo auf Kuba erinnert werden sollte. Unter den Hungerstreikenden befanden sich u. a. auch Bettina Eckert von Initiativ e. V. aus Deutschland, Angelika Hipfinger und Sonja Hinsch von der österreichischen Sektion der Antiimperialistischen Koordination. Nach ihrer Rückkehr wurden sie von der Intifada-Redaktion befragt.

Was ist die Vorgeschichte zu diesem Hungerstreik?

Am ersten April wurden in einigen europäischen Ländern und der Türkei zeitgleich Razzien durchgeführt. Dabei wurden zahlreiche Personen vorübergehend festgenommen, in Italien waren allerdings bis letzte Woche immer noch fünf Personen inhaftiert.

Was die Razzien in der Türkei angeht, wurden primär Vereine durchsucht, die sich aktiv an der Umsetzung demokratischer Rechte in der Türkei beteiligen. Die Türkei stellt immer noch eine Militärdiktatur dar, in der u. a. Oppositionelle eingesperrt werden. Diese Gruppen waren gleichzeitig auch diejenigen, die sich an der Organisation der Nato-Gegangipfel beteiligten.

In Italien, auf dessen Anfrage hin die europaweite Aktion durchgeführt wurde, wurden die drei Mitglieder der Antiimperialistischen Koordination, Moreno Pasquinelli, Maria Grazia Ardizzone und Alessia Monteverdi, und zwei SympathisantenInnen der DHKC, Avni Er und Zeynep Kılıç, inhaftiert. Die Anklage gegen Avni und Zeynep lautet „Handlungen in Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten“, jene gegen die drei Mitglieder der Antiimperialistischen Koordination „Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Organisation“.

Das Ziel dieser Operation waren die Diffamierung und Kriminalisierung von Organisationen, die sich öffentlich gegen den Abbau demokratischer Grundrechte und gegen den Kriegszustand äußern – wie es auch die Antiimperialistische Koordination getan hat.

Mit infamen Lügen und Konstrukten wird nun schon seit längerem versucht eine demokratische und konsequente Antikriegshaltung als „terroristisch“ zu bezeichnen, damit nicht auffällt, wer in Wirklichkeit die Terroristen sind: der amerikanische und europäische Imperialismus und ihre Kriegspolitik. Wochenlange Bombardierungen, eine völkerrechtswidrige Besatzung, Massakrierungen der irakischen Bevölkerung und die Militärdiktatur in der Türkei – das ist „Demokratie“. Demonstrationen gegen Krieg und Besatzung, Proteste von demokratischen Vereinen gegen die Militärdiktatur in der Türkei – das ist „Terrorismus“. Und die Erde ist eine Scheibe. Durch die unglaublichen Lügenkonstrukte der Terrorismusbeschuldigung kann in der Europäischen Union ein Prozess der Entdemokratisierung in unschätzbarem Ausmaß vorbereitet werden. Demokratische Rechte wie Meinungsfreiheit und Pressefreiheit werden beschnitten, im Gefangenenystem werden demokratische Rechte abgebaut. Und dies steht sicherlich erst

am Anfang einer noch breiter angelegten Kampagne.

Allerdings wurde in Italien durch diese Operation und die folgenden Anklagepunkte gegen die Inhaftierten eine Debatte eröffnet, die die Glaubwürdigkeit der Staatsanwaltschaft bzw. der Anklageschrift anzweifelt. Auch auf parlamentarischer Ebene gab es Reaktionen, denn einige Abgeordnete haben parlamentarische Anfragen gestellt, die eine Überprüfung der Vorkommnisse in diesem Fall fordern.

Um die öffentliche Aufmerksamkeit auf die ungerechtfertigten Verhaftungen zu lenken, haben wir uns für die demokratische Protestform des Hungerstreiks entschieden. In diesem Zusammenhang sollte aber auch erwähnt werden, dass einer der Gefangenen (Moreno Pasquinelli) während der Isolationshaft, die über alle fünf verhängt wurde, in den Hungerstreik getreten ist, um gegen diese Maßnahme zu protestieren.

Wieso hat diese Aktion letzte Woche stattgefunden, die Gefangenen waren doch bereits seit drei Wochen inhaftiert?

Freitag letzter Woche war der Tag der Haftprüfung vor dem zuständigen Ausschuss. Dieser Termin wurde ins Auge gefasst, um die Öffentlichkeit über die unglaublichen Verstöße gegen den Rechtsstaat, die in diesem Fall geschehen, zu informieren. Selbstverständlich vertraten wir auch unsere ablehnende Haltung gegenüber der Weltpolitik der US-amerikanischen Regierung und ihrer Verbündeten.

In der Innenstadt von Perugia (Umbrien) wurde ein Zelt aufgebaut, das mit Transparenten und Fahnen ausgestattet wurde. Es gab einen Büchertisch und einen kreativen Nachbau von Zellen des Guantánamo-Ge-

fängnisses auf dem amerikanischen Militärstützpunkt auf Kuba, womit die menschenverachtende Behandlung in diesem Gefangenenlager veranschaulicht werden sollte.

In welchem Bezug steht Guantánamo zu den Verhafteten bzw. zu deren Fall?

Der Zusammenhang besteht darin, dass den Angeklagten Unterstützung des internationalen Terrorismus vorgeworfen wird. In Guantánamo werden ebenfalls angebliche Terroristen festgehalten, wobei das Wort TerroristIn in der heutigen Zeit als Synonym für WiderstandskämpferInnen gegen die Logik der Unterdrückung, Unterwerfung und Ausbeutung nach amerikanischen Vorgaben verwendet wird.

Hier muss auch die „Schwarze Liste“ erwähnt werden. Auf dieser Liste werden Gruppen und Organisationen aufgeführt, die sich nicht dem neoliberalen und imperialistischen System beugen wollen, und auch dazu aufrufen sich diesem zu widersetzen. Dabei ist es völlig egal, welche Herkunft die Organisation im Speziellen hat, also ob religiös oder politisch. Vor einigen Jahren wurde in Europa die so genannte „Schwarze Liste“ verabschiedet. Diese Liste illegalisiert, dem Beispiel der Vereinigten Staaten folgend, Organisationen, die sich im Kampf gegen die westliche Weltordnung befinden. Mit den Verhaftungen vom 1. April zeigt die Europäische Union ein weiteres Mal, dass demokratische und antiimperialistische Kräfte, die sich u. a. gegen die Militärdiktatur in der Türkei und die völkerrechtswidrige Besetzung im Irak richten, kriminalisiert werden.

Was geschah am Tag der Haftprüfung?

An diesem Tag versammelten wir uns mit rund sechzig Menschen vor dem Gefängnis in Perugia. Wir riefen Slogans für die Gefangenen und ließen sie wissen, dass wir sie nicht vergessen haben, und dass wir trotz der schikanösen Verlegung des Termins vom Gericht ins Gefängnis da waren. Die Gefangenen wurden also von uns empfangen und nach der Anhörung im Gericht wieder von uns ver-

abschiedet.

Am folgenden Tag wurden die Ergebnisse des Ausschusses bekannt gegeben. Die drei ItalienerInnen wurden haftverschont, die beiden anderen Personen werden allerdings weiterhin in Haft gehalten. Bei einer der beiden Gefangenen wurden übrigens Verfahrensfehler während der Verhaftung kritisiert. Sie wusste bis zur Anhörung nicht, wessen sie angeklagt ist. Zu einem Prozess kommt es in allen fünf Fällen.

*Das Gespräch führte
Margarethe Berger*

Einig gegen Recht und Freiheit

Die „zeitgleiche Operation“ vom 1. April 2004

Am 1. April 2004 wurde in Europa und in der Türkei eine groß angelegte Polizeiaktion mit dem Prädikat „zeitgleiche Operation“, initiiert von der italienischen Staatsanwaltschaft, begonnen. Der Vorwand für diese Operation war „die Bekämpfung des Terrorismus“. Wer waren nun diese so genannten „Terroristen“, gegen die die Türkei, Italien, Deutschland, Griechenland und Belgien geschlossen vorgingen?

In Europa wurden in Perugia (Italien) drei Mitglieder der *Antiimperialistischen Koordination* und zwei Türken, SympathisantInnen der DHKC, verhaftet, das Amsterdamer Pressebüro Özgürlük polizeilich gestürmt, eine Person kurzfristig verhaftet und Materialien beschlagnahmt. Auch das Brüsseler Halkın Sesi TV und Radio wurde gestürmt und mehrere Personen verhaftet, die schnell wieder entlassen wurden. In Griechenland wurde ein Mann mit deutscher Staatsbürgerschaft verhaftet, der türkischen Flüchtlingen geholfen hatte. Am 12. Mai 2004 fand der Prozess statt. Die griechische Regierung entschied, ihn nach Deutschland abzuschicken. Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt, Ende Mai wird erneut verhandelt.

In der Türkei wurden das Kulturzentrum İdil, der Verein für grundlegende Rechte und Freiheiten (Temel Haklar ve Özgürlükler Derneği), die Angehörigenorganisation Marmara-Tayad, der Istanbuler Jugendverein, das Rechtsbüro des Volkes (Halkın Hukuk Bürosu) und das Radio Stimme Anatoliens (Anadolu'nun Sesi Radyosu) gestürmt.

Bei den betroffenen Vereinen und Organisationen handelt es sich durchgehend um demokratische Vereine, die nach den Gesetzen der einzelnen Länder angemeldet sind. Es sind politische Vereine und Organisationen, die sich gegen Krieg, gegen die Militärdiktatur in der Türkei, gegen die Unterdrückung des kurdischen Volkes, für die politischen Häftlinge und gegen den voranschreitenden Neoliberalismus einsetzen. Der Vorwurf, der ihnen gemacht wird, ist, Teil der DHKC zu sein.

Diese Vereine sind aber nicht Teil der DHKC. Merkwürdig ist, dass auch innerhalb Europas die Mitgliedschaft in einer in Europa legalen Organisation scheinbar strafbar sein kann. Die DHKC ist in Europa nicht verboten, der einzige Staat, der diese Organisation verboten hat, ist der türkische Staat. Führt die Europäische Union nun schon die Gesetze der Militärdiktatur in der Türkei aus, in der Tausende Leute gefoltert und ohne Beweise eingesperrt werden? Schon vor dem 1. April 2004 hat der türkische Staat versucht, einzelne Länder in der Europäischen Union dazu zu bewegen, in die Rolle ihrer Handlanger zu schlüpfen und die ihnen unliebsamen Personen zu inhaftieren. Bis jetzt weigerten sich die einzelnen Länder diesen Gesuchen nachzukommen. Aber die fortschreitende Entdemokratisierung auch in Europa trägt ihre Früchte. Diese Entwicklung ist gefährlich. Menschen werden aufgrund eines Meinungsdeliktes der Prozess gemacht und sie werden eingesperrt.

In der Türkei ist die Repression gegen Organisationen, die für Demokratie kämpfen, nichts Neues. Sie foltert, sperrt ohne Verhandlungen ein, schließt politische Gefangene in Isolationshaft. Jegliche Form des Widerstandes gegen die verbrecherischen Methoden des türkischen Staates wird kriminalisiert.

Die Angehörigenorganisation Tayad

Ein gutes Beispiel dafür ist Tayad, die Organisation der Angehörigen der sich im Hungerstreik gegen die Isolationshaft befindenden politischen Gefangenen. Um auf das Elend und den Verstoß gegen die demokrati-

schen Grundrechte der Gefangenen aufmerksam zu machen, traten auch die Angehörigen der Todesfastenden in den Gefängnissen in das Todesfasten ein. Ein Jahr nach dessen Beginn in und außerhalb der Gefängnisse wurde das Zentrum der Todesfastenden außerhalb der Gefängnisse, Küçük Armutlu, ein armer Vorort von Istanbul, von der Polizei gestürmt. In dieser Polizeioperation wurden vier Personen durch die Polizei ermordet, dreizehn verletzt. Augenzeugen berichten, dass die Polizei schießend das Viertel bis zum Haus der Hungerstreikenden durchschritt, obwohl weder die Bewohner noch die Todesfastenden bewaffneten Widerstand leisteten.

Das Todesfasten dauert mittlerweile über drei Jahre. Bereits hunderte Menschen sind gestorben. Um den Hungerstreik zu bekämpfen werden die WiderstandskämpferInnen oft zwangsernährt. Dabei wird das für das Nervensystem notwendige Vitamin B nicht hinzugefügt, wodurch die Betroffenen an dem Wernicke-Korsakoff-Syndrom erkranken. Diese Krankheit führt zu bleibendem Gedächtnisschwund, einer Gangstörung und Augen- und Muskellähmungen. Mittlerweile leiden fünfhundert Menschen unter dieser Krankheit. Viele von ihnen wurden dennoch wieder eingesperrt.

Der Kampf der Tayad ist ein demokratischer. Dennoch werden sie vom türkischen Staat als „Terroristen“ bezeichnet. Die aktuelle Repressionswelle gegen Tayad und andere demokratische Vereine dauert bereits Monate an. Der 1. April 2004 stellt lediglich den bis zu diesem Zeitpunkt traurigen Höhepunkt dar. Der Vorsitzende des Marmara Tayad wurde verhaftet. Mit ihm befinden sich Kenan Ustabaş, Sema Koç und Yeliz Kılıç in Polizeigewahrsam. Weitere sechs Personen, die am 1. April festgenommen und hinterher wieder freigelassen wurden, werden jetzt steckbrieflich gesucht. (vgl. Tayad-Komitee Ham-

burg, „Die Repression wird uns nicht einschüchtern.“) Am 15. Mai 2004 wurden während Protesten vor dem Veranstaltungsort des Eurovisionswettbewerbss zwei Demonstranten, Feridun Osmanağoğlu und Sezai Demirtaş, verprügelt und verhaftet. (www.tayad.de, 21. Mai 2004)

Das Kulturzentrum İdil

Ein anderes Beispiel ist das Kulturzentrum İdil. Seine Lokale wurden am 1. April 2004 gestürmt, Verhaftungen wurden durchgeführt. Festgenommen wurden zwei Mitglieder der bekannten Musikgruppe Grup Yorum, Ali Aracı und Beril Güzel, die Chefredakteurin der Zeitschrift Tavr, Gamze Mimaroglu, ein Mitarbeiter des Radios Anadolu'nun Sesi (Stimme Anatoliens), Devrim Koç und Eylem Yerli, eine Mitarbeiterin im Café. Die Begründung für diese Operation war, das Lokal sei Stützpunkt der DHKP-C. Das Kulturzentrum İdil ist eine legale, offiziell angemeldete demokratische Massenorganisation. Auch alle anderen während der Stürmung des Kulturzentrums verhafteten Personen sind ausschließlich Mitglieder legaler und offiziell angemeldeter Vereine (vgl. Presseerklärung von Grup Yorum und dem İdil-Kulturverein zu den europaweiten Razzien am 1. April 2004).

Die Musikgruppe „Grup Yorum“

Beispielhaft sei noch einmal Grup Yorum aufgegriffen. Grup Yorum wurde seit ihrem nun zwanzigjährigen Bestehen verfolgt, Konzerte und ein Album, *Feda*, verboten, ihre Mitglieder unter Hausarrest gestellt, gefoltert und eingesperrt. So wurde beispielsweise İhsan Cibelik, Mitglied von Grup Yorum, 1993 verhaftet. Nach seinem Zwangstransfer in die F-Typ Zellen im Jahr 2000 trat er, wie viele andere, in das Todesfasten ein. An seinem 253. Tag des Todesfastens wurde er mit der Bemerkung „wenn du sterben willst, geh und stirb draußen“ ohne eine Anfrage seitens İhsans entlassen. Außerhalb des Gefängnisses erkrankte er an dem unheilbaren Wernicke-Korsakoff-

Syndrom, das durch das Todesfasten verursacht wird. Am 22. Januar dieses Jahres wurde er trotz seiner schweren Krankheit wieder eingesperrt (vgl. www.grupyorum.net/kampanya).

JuristInnen werden vom türkischen Staat verfolgt

Auch ein Jurist ist von der Repressionswelle, die mit dem 1. April 2004 begann, betroffen. Der Rechtsanwalt Behiç Aşçı vom Rechtsbüro des Volkes (Halkın Hukuk Bürosu) wurde verhaftet und ins F-Typ-Gefängnis von Tekirdağ gebracht. Am 1. Mai wurde er wieder freigelassen (vgl. www.tayad.de, 1. Mai 2004).

Ein Resümee

Diese Aufzählungen können lediglich Beispiele bleiben. Doch das Schema bleibt das gleiche. Egal ob politische Aktivität nach den Gesetzen der einzelnen Länder erfolgt oder nicht, dies ist nicht das Kriterium für ihre Kriminalisierung. Kriterium ist vielmehr, ob eine politische Bewegung eine Gefahr für die eigene Legitimität in der Bevölkerung darstellt. In der Türkei existiert eine breit in der Bevölkerung verankerte demokratische Bewegung gegen die Militärdiktatur. Darum muss die Regierung versuchen die revolutionären Kräfte im Volk mit allen Mitteln zu zerschlagen – zu illegalisieren, zu foltern, in Isolationshaft zu sperren.

Die Militärdiktatur in der Türkei hat seit ihrem Bestehen ein umfassendes Netz an Repression geschaffen, in der linke und demokratische Stimmen unterdrückt werden. Eine qualitativ neuere Entwicklung ist jedoch, dass die Europäische Union, begonnen mit der Aufstellung der „schwarzen Liste“ von offiziell nie verbotenen Organisationen, also Organisationen, gegen die kein Prozess geführt wurde, genauso jegliche rechtsstaatlichen Versicherungen über Bord geworfen hat. Wie geplant findet ein Angleichen der europäischen und der türkischen „Demokratie“ statt. Und wenn beide brav sind und sich anstrengen, dann dürfen sie vielleicht auch Mitglied der USA werden.

Sonja Tschurlovits

Gegen Repression und „Schwarze Listen“

Internationaler Kongress am 12. Juni 2004 in Florenz

Anlässlich der Verhaftungen vom 1. April 2004 findet in Florenz am 12. Juni ein internationaler Kongress gegen Repression und für demokratische Grundrechte statt. Im Folgenden veröffentlichen wir den gekürzten Aufruf.

1. Die Repression gegen die revolutionären Befreiungsbewegungen der unterdrückten Völker ist am Zunehmen, sowohl in Europa als auch in der ganzen Welt. Der imperialistische Kapitalismus, zunehmend unfähig mit den Instrumenten der Organisation sozialen Konsenses zu regieren, entfesselt eine Hexenjagd gegen alle, die sich gegen die herrschende Weltordnung auflehnen. Am heftigsten trifft die Repression die Völker, welche in der ersten Reihe des Kampfes gegen den amerikanischen Imperialismus stehen und den Widerstand fortsetzen. Aber auch im Herzen des Westen selbst schlägt sie zu. Die sogenannten „Schwarzen Listen“ sind eines der bevorzugten Werkzeuge gegen die Bewegungen vorzugehen, die nicht bereit sind sich zu beugen. Wir haben es mit einem totalitären Instrument zu tun, das ihren Erstellern eine tyrannische Machtfülle zugesteht. Die Aufstellung der Schwarzen Listen gerät in Konflikt mit dem juristischen Rahmen der einzelnen Staaten. Sie dient dazu systematisch Widerstand mit Terrorismus gleichzusetzen, das Schlüsselmotiv der reaktionären Propaganda unserer Epoche. Um die „Guantánamoisierung“ der Welt zu verhindern,

müssen wir gegen die Schwarzen Listen der Vereinigten Staaten und der EU mobilisieren. Wir müssen eine demokratische Front gegen die Bedrohung schmieden, die ein Sieg des imperialen Machtanspruches bedeuten würde.

2. Diese Notwendigkeit ist sogar noch dringlicher in Anbetracht des Versuches die Legitimität des heroischen Widerstandskampfes des irakischen Volkes zu leugnen. Im Irak tobt eine entscheidende Schlacht. Ihr Ergebnis wird große Auswirkungen auf die Perspektiven der Kämpfe in anderen Ländern des Nahen Ostens und der ganzen Welt haben. Es ist kein Zufall, dass die Versuche einer Kriminalisierung ausgerechnet in Hinsicht auf den irakischen Widerstand am stärksten sind. Darum ist dies eine entscheidende Frage unseres politischen und kulturellen Kampfes. Wir erklären daher zwei grundlegende Dinge: a) Das Recht des irakischen Volkes Widerstand zu leisten (das allen angegriffenen Völkern zusteht), um konkret seine Selbstbestimmung auszuüben; b) die absolute Ablehnung der Gleichsetzung von Widerstand und Terrorismus in Erinnerung an das „Achtung Banditen“, das die Nazis den Partisanen während des Zweiten Weltkriegs entgegenstellten.

3. In Italien wurden zwei türkische Aktivisten der DHKC und drei der Antiimperialistischen Koordination inhaftiert. Weitere Festnahmen fanden in anderen eu-

ropäischen Ländern und speziell in der Türkei statt. Diese internationale Operation wurde im juristischen Rahmen der Schwarzen Listen zusammengebraut. Die Freiheit dieser Genossen ist ein Ziel für die gesamte Bewegung gegen den Krieg, in Opposition zum imperialistischen Kurs im Allgemeinen und im Besonderen zur gegenwärtigen Besetzung des Irak. Wir laden jeden ein, sich der Mobilisierung für ihre Befreiung anzuschließen, um diese wirklich demokratische Schlacht zu gewinnen und die Welle der Repression zu stoppen.

Aus all diesen Gründen und in unserem Bemühen eine geeignete Antwort zu finden, veranstalten die unterzeichneten Organisationen einen internationalen Kongress gegen die Repression und die Schwarzen Listen, festgesetzt für den 12. Juni 2004 in Florenz, Italien.

**Schluss mit den
„Schwarzen Listen“!**

**Für das Recht
auf Widerstandes
gegen Unterdrückung!**

**Imperialismus ist
Terrorismus!**

**Solidarität mit den
von der Repression
betroffenen Kräften!**

**Befreit die inhaftierten
GenossInnen!**

Das Antiimperialistische Sommerlager 2004

Zum vierten Mal findet dieses Jahr das Antiimperialistische Lager in Assisi, Italien, statt. Dieses Jahr wird es in der ersten Woche im August die Gelegenheit geben, internationale Repräsentanten von politischen Organisationen, die Widerstand gegen die Neue Weltordnung leisten, zu treffen, mit ihnen zu diskutieren und gemeinsame Initiativen zu beschließen. Die Initiativen des letzten Sommerlagers haben ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Kampagne „Zehn Euro für das irakische Volk im Widerstand“ erzeugte nicht nur ein großes Medienecho. Es gelang ihr auch innerhalb der Antikriegsbewegung einen starken Pol für den Widerstand zu bilden.

Das diesjährige Programm wird mit einer Pressekonferenz eröffnet, die auf die im April erfolgten Verhaftungen zweier türkischer GenossInnen sowie von drei führenden Aktivistinnen und Aktivisten der Antiimperialistischen Koordination in Italien eingehen und deren politische Hintergründe beleuchten wird. Wie auch die Jahre zuvor wird es drei parallel laufende Foren am Vormittag und ein Hauptplenum am Nachmittag geben. Die Themenschwerpunkte



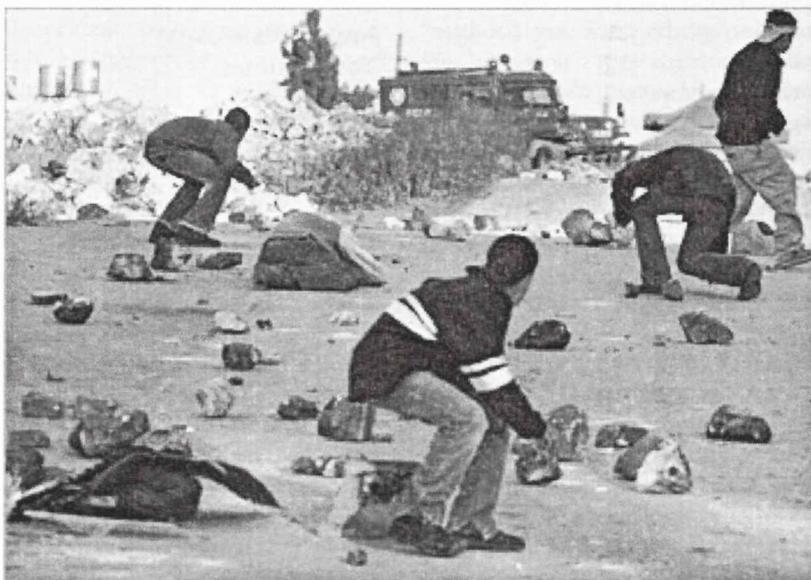
werden zum einen das Verhältnis Europas zu den USA sein, und die Frage ob in Europa, genauer in der Europäischen Union ein potenzieller Gegenpol zur absoluten US-amerikanischen Vorherrschaft, entstehen könnte. Außerdem wird die Situation in Lateinamerika, insbesondere Mexiko, anlässlich des vor zehn Jahren erfolgten zapatistischen Volksaufstandes, Brasilien und Venezuela diskutiert werden und es wird selbstverständlich ein

Schwerpunkt auf den irakischen und palästinensischen Widerstand gelegt. Auch andere Schauplätze, wo Völker für ihre Selbstbestimmung kämpfen, werden beleuchtet, wie Kaschmir oder das Baskenland.

Außerdem soll eine internationale Verständigung über einen zu organisierenden Internationalen Aktionstag für den irakischen Widerstand erreicht werden und das Lager soll für ein Treffen aller existierenden *Komitees für einen Freien Irak* genutzt werden.

Wie auch in den letzten Jahren darf auch diesmal mit einem breiten Medieninteresse gerechnet werden, insbesondere als die politische Situation in Italien nach den Verhaftungen im April in Perugia wohl als verschärft betrachtet werden kann.

Nachstehend veröffentlichen wir den Aufruf des Antiimperialistischen Lagers 2004.



Widerstand und Hoffnung

Aufruf für das Antiimperialistische Lager in Assisi (Italien), 2.–6. August 2004

Die Menschheit versinkt in Angst, während sie mit einem Zug auf den Abgrund zusteuert. Dieser Abgrund ist der gnadenlose globale Krieg. Der Zug wird von den Vereinigten Staaten von Amerika geführt, genauer, von einer Gruppe Abenteurer, die von einer toten und stillen Welt träumen mit nur einem einzigen Gott, dem Dollar; mit einer einzigen Flagge, den Stars and Stripes, mit nur einer einzigen Sprache, jener der amerikanischen Unterdrückung.

vom Zaun bricht, der eine Person für schuldig befindet, wenn sie nicht zu seinem Gott betet, mag wohl glauben morgen bereit zu sein ins Paradies zu kommen, er wird jedoch sicher dazu beitragen, das Diesseits in ein Inferno bar jeder Hoffnung zu verwandeln. Deshalb ist die einzig verbleibende Hoffnung dieser Welt der Widerstand, der Kampf der Völker für Freiheit und Selbstbestimmung.

Das amerikanische Ziel ist es nicht nur, die armen und unter-

wo Diktatur ist, wird es immer einen Kampf für Demokratie geben, wo Ungerechtigkeit herrscht, wird es niemals Frieden geben.

Heute legt das irakische Volk Zeugnis für den Widerstand ab, indem es fest gegen die amerikanischen Kriegsverbrecher und ihre paranoiden Entwürfe zur „Guantánamoisierung“ der Welt steht. Der irakische Widerstand schlug den Weg ein, der von der palästinensischen Intifada ge-ebnet wurde. Durch den Aufbau einer vereinigten Front aller kämpfenden Kräfte wird der Widerstand weiter an Stärke gewinnen und in einen nationalen Befreiungskrieg münden. Diese Front, der Embryo einer zukünftigen Regierung eines befreiten Irak, wird fähig sein – sobald die Besatzer verjagt sein werden – die Iraker aufzurufen eine demokratische verfassungsgebende Versammlung zu wählen, welche die volle und ungeteilte Souveränität des irakischen Volks ausüben wird.

Die Zukunft der Menschheit hängt vom Ausgang des Kampfes im Irak ab. Die heroische Stadt Falluja, deren Einwohner die mit hochentwickelter Bewaffnung kämpfenden Söldner verjagt haben, zeigt, dass das irakische Volk fähig ist zu gewinnen, wie das vietnamesische Volk gewonnen hat. Der entscheidende Faktor – im Krieg mehr noch als im Frieden – ist nicht die technologische Überlegenheit, sondern die Gründe, die Menschen zum Kämpfen treiben.

Wir müssen uns mit dem Widerstand des irakischen Volkes verbünden und der Menschheit dabei helfen sich von der nordamerikanischen Bedrohung zu befreien.

Die Zukunft der Welt hängt vom Sieg des Irak ab.

Zum irakischen Widerstand werden

Arundhati Roy



Antiimperialistisches Lager Assisi 2.-7.8.04

Diese Abenteurer sind getrieben von einer Vision, die weder Kompromisse noch halbe Sachen zulässt: dem „Kampf der Kulturen“, nicht nur gegen den Islam sondern gegen jeden, der an eine Kooperation zwischen Völkern glaubt und der Friede als das Heiligste aller Dinge ansieht. Sie haben ihrer Doktrin einen Namen gegeben: „permanenter und präventiver Krieg“, der nicht nur den kriegstreiberischen Charakter des nordamerikanischen Regimes widerspiegelt, sondern auch die Idee, die USA seien eine überlegene Nation mit spezieller Mission, nämlich die weltweite Vorherrschaft auszuüben, koste es was es wolle. Das Alibi, das sich diese Doktrin gibt, basiert auf der „terroristischen Bedrohung“. Derjenige, der unterschiedlose Gewalt gegen wehrlose und unschuldige Zivilisten

drückten Nationen zu unterjochen, sondern auch jene, die bislang noch einige Freiheiten genossen haben. Wie der Patriot Act und die „antiterroristische“ Schwarze Liste beweisen, stehen die elementarsten demokratischen Rechte auch im Westen auf dem Spiel, besonders in den USA selbst. Gewaltsame rassistische und chauvinistische Kreuzritter versuchen die antiimperialistischen und revolutionären Kräfte sowie die Immigrantorganisationen zu kriminalisieren. Sie mögen ebenso bereit sein die Friedensbewegung zum Schweigen zu bringen.

Der antiimperialistische Widerstand hat unzerstörbare Wurzeln, die bis zum Anfang der imperialen nordamerikanischen Bestrebungen reichen. Wo Unterdrückung ist, wird auch immer Aufstand zu finden sein,

Internationaler Aktionstag für den irakischen Widerstand

25. September 2004

Im Irak wird ein Kampf von historischer Bedeutung geführt. Nach zwei Aggressionskriegen und einem mörderischen Embargo, das zwei Millionen Leben gekostet und das ganze Land ausgeblutet hat, kämpft das irakische Volk gegen die illegitime und brutale Besetzung der USA und ihrer Verbündeten. Der heroische Widerstand des irakischen Volkes gegen die angloamerikanischen Invasoren ist gemäß dem internationalen Recht und der UN-Charta legitim, inklusive dem Recht auf bewaffnete Mittel zurückzugreifen. Das irakische Volk fordert sein unveräußerliches Recht auf nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit ein. Aber auf dem Spiel steht viel mehr, namentlich die Zukunft des US-amerikanischen Versuchs ein globales Imperium zu errichten.

Der Kampf des irakischen Volkes ist der Kampf aller Bewegungen, Völker und Nationen, die für ihre Befreiung vom imperialistischen Weltsystem, das von den USA geführt wird, kämpfen. Deshalb müssen wir konsequent hinter dem irakischen Widerstand stehen. Wenn es uns gelingt, ihren Kampf für die Zerschlagung des US-amerikanischen Versuchs ein Marionettenregime aufzubauen, zu

unterstützen, und es schließlich möglich sein sollte die Besatzer zu verjagen, wird das ein Sieg für die ganze Menschheit sein.

Es wird nicht nur dem Kampf in Palästina und Afghanistan einen neuen Impuls geben, sondern es wird zu einer neuen Offensive der Befreiungskämpfe in aller Welt führen.

Deshalb rufen wir die demokratischen Kräfte dieser Welt, die Antikriegs-, und die Antiglobalisierungsbewegung auf, gemeinsam einen internationalen Aktionstag für den Sieg des irakischen Widerstands zu organisieren, mit Demonstrationen auf der ganzen Welt, und zwar am 25. September 2004, dem Samstag vor dem Jahrestag der neuen palästinensischen Intifada.

Stoppt die Besetzung in Irak und Palästina!

Imperialistische Truppen und Stützpunkte raus!

Nieder mit dem US-amerikanischen Präventivkrieg und ihrem Imperium!

Mumbai, 18. Januar 2004



**for the
IRAQI RESISTANCE**

Unterstützende Organisationen:

1. Irakische Patriotische Allianz
2. Irakische Kommunistische Partei (Kader)
3. Patriotische Demokratische Kommunistische Strömung, Irak
4. Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP)
5. Radikale Linke Afghanistans (LRA)
6. Nationaler Befreiungsrat, Bangladesch
7. Sozialistisches Ideen-Forum, Jordanien
8. Askapena, Baskenland
9. Antiimperialistische Koordination
10. Kenianische Sozialistische Demokratische Allianz
11. Kommunistische Mazdor-Kisan-Partei (CMKP), Pakistan
12. Aktionseinheit „Stoppt den Krieg“, Japan
13. Nationale Allianz für Demokratie und Wiedervereinigung von Korea (NADRK)
14. Koordination Simón Bolívar, Venezuela
15. Linke Front, Ungarn
16. Freier Irak, Komitees für den Widerstand des irakischen Volkes, Italien
17. Revolutionäre Volksbefreiungsfront (DHKC International), Türkei
18. Dänisches Komitee für einen freien Irak
19. Solidaritätsnetzwerk für den irakischen Widerstand, USA
20. Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, USA
21. Bewegung gegen die US-amerikanische und israelische Globalisierung und Hegemonie, Libanon
22. Internationale Leninistische Strömung
23. Aktionskreis 24. März, Jena, Deutschland
24. Jugoslawisch-Österreichische So-

- lidaritätsbewegung (JÖSB)
25. Revolutionär Kommunistische Liga, Thüringen, Deutschland
 26. Volksdemokratische Liga Sierra Leone (PDL)
 27. Arabischer Palästina-Club (APC), Österreich
 28. Aktion für Einheit und Sozialismus, Tschad
 29. Initiativ e. V., Duisburg, Deutschland
 30. Nordöstliches Koordinierungskomitee für Menschenrechte (NE-COHR), sieben nordöstliche indische Bundesstaaten
 31. Assoziation zur Verteidigung des Lebens und der Freiheit (APRODEVIL), Peru
 32. Klub der Abgänger der irakischen Universitäten und Hochschulen in Jordanien
 33. Kana'an-Redaktion, Palästina
 34. Kana'an-online-Redaktion, Palästina
 35. The Arab Muntada, Ramallah, Palästina
 36. Al-Wehda Weekly Newspaper, Jordanien
 37. Zentrum für theoretische Studien und Bürgerrechte, Damaskus, Syrien
 38. Nationaler Verband der jordanischen Studenten
 39. Jordanischer Demokratischer Jugendverband
 40. Studenten- und Jugendbüro der jordanischen Arbeiter-Kommunistischen Partei
 41. Nationale Demokratische Front Südkoreas
 42. Sozialistische Freiheitspartei, USA
 43. Komitee „Freier Irak“, Österreich
 - tischen Arbeiterpartei Russlands – Partei der revolutionären Kommunisten (RKRP-RPK)
 8. Awni al-Kalemji, Sprecher der Irakischen Patriotischen Allianz
 9. Andrew Kahn, Student, New York City, USA
 10. Dr. Hisham Bustani, Jordanien
 11. Dr. Abdel-Sattar Kasem, Präsidentschaftskandidat, Palästina
 12. Sarah al-Qudah, Journalist, Jordanien
 13. Farhan al-Matar, Journalist, Syrien
 14. Jamal A. Rashid, Kameramann, Palästina
 15. Nidal Hashem, Karikaturist, Jordanien
 16. Zeina Sfeir, Filmemacher, Libanon
 17. Muwaffaq Mahadin, Schriftsteller, Jordanien
 18. Stevan Mirković, General a.D. der Jugoslawischen Volksarmee
 19. Degaulle Adili, arabischer jordanischer Aktivist, USA

Unterstützende Einzelpersonen:

1. Shaykha Maulani Aeisha Muhammad, USA
2. Ahmed Karim, Irak
3. Nuri al-Muradi, Irak
4. Djimadoum Ley-Ngardigal, Tschad
5. Blagovesta Dončeva Georgieva, Sofia, Bulgarien
6. Harsh Thakor, Menschenrechtsaktivist, Bombay, Indien
7. Sergej Novikov, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Arbeiterpartei Russlands

Gegen den Nato-Gipfel: Resistanbul 2004

In Istanbul wird vom 28. bis 29. Juni 2004 ein Gipfeltreffen der Nato stattfinden, an dem sich auch Bush beteiligen wird. Das wahre Ziel dieses Gipfels ist es, im Namen des Imperialismus die Vorherrschaft der Nato Angriffsmacht im Mittleren Osten und in Asien zu sichern.

Recep Tayyip Erdoğan und George W. Bush

Gemeinsam mit den anderen imperialistischen Staaten wollen die USA das „Große Mittelost-Projekt“ umsetzen, um ihre Vorherrschaft in den Regionen des Mittleren Ostens, Afrikas und Asiens zu sichern. Mit Unterstützung der imperialistischen Staaten, die sich auf dem G-8 Gipfeltreffen im US-Bundesstaat Florida einfinden werden, soll das Mittelost-Projekt im Juni auf dem Nato-Gipfel in der Türkei die Tagesordnung bestimmen.

Die heutige Politik der Nato

Um die revolutionären Bewegungen zu beseitigen und die „Gefahr“ der Revolution auszulöschen, wird neben der Vernichtungspolitik gegen revolutionäre Organisationen versucht, eine unmittelbare Interventionskraft zu schaffen, wie z. B. durch den Plan C in Kolumbien, im asiatischen Raum durch Militärstützpunkte in den Philippinen, und in der Türkei durch ständige Militärtruppen.

Es wird auch in Erwägung gezogen, die Unterwerfungspolitik in den sogenannten F-Typ-Isolationszellen, die in der Türkei verstärkt eingesetzt werden, auf die anderen neokolonialen Länder zu übertragen.

Es wird darauf gezielt gegen revolutionäre Bewegungen weltweit eine Gefängnispolitik einzusetzen, welche sich in Guantánamo konkretisiert und von ihrer Ausrichtung her den Konzentrationslagern der Nazis nicht fern liegt.

Die Nato, die den Plan der USA im Mittleren Osten befolgt, setzt

ihre Unterstützung für die Besatzungsmächte im Irak und in Palästina, sowie ihre Unterdrückungspolitik gegen die Völker in der Region fort. Mit diesem Ziel versucht sie im Mittleren Osten das Mittelost-Projekt der USA und in der Region die Umzingelung durch die USA und Israel aufrechtzuerhalten. Die einzige Funktion der Nato, Uno u.ä. internationaler Institutionen ist es heute, die Politik der USA umzusetzen.

Die Beziehungen zwischen Nato und Türkei

Die Rolle, die der Türkei innerhalb der Nato zugeteilt wird, ist jene der Gendarmerie der USA im Mittleren Osten und in Asien. Die USA versuchen gegenüber islamischen Ländern das „laizistisch-islamische“ Modell des kollaborierenden türkischen Staates als Beispiel darzustellen. Die Türkei stellt nach den USA die stärkste Militärmacht in der Nato dar.

Die türkische Konterguerilla der Nato, welche in den 50er Jahren aufgebaut wurde, ist in naher Vergangenheit zu einem bestimmenden Element der scheinparlamentarischen und offenen Militärjunta der faschistischen Regierungen geworden. Heute ist die Konterguerilla-Organisation, wenn auch nur teilweise, so wie in Europa nicht liquidiert, sondern durch Verfassungen zu einer institutionalisierten Kraft geworden.

Wir rufen alle Menschen, Institutionen und Organisationen, die sich gegen das Diktat der USA im Mittleren Osten und in den umliegenden Regionen sowie gegen Kriege, Besatzungen, Schwarze Listen und Isolationsgefängnisse stellen auf, den Gegengipfel der mehr als hundert Organisationen, Institutionen und Gewerkschaften umfassenden „Allianz gegen Nato und Bush“, in der Türkei zum Nato-Gipfel vom 28. bis 29. Juni 2004 in Istanbul, zu unterstützen und daran teilzunehmen. Wir rufen alle Organisationen,

die sich gegen die Nato und den Militarismus stellen, alle revolutionären Organisationen und Parteien weltweit, und alle Personen und Organisationen, die sich gegen die Verbrechen der Nato auf die Seite des Befreiungskampfes der Völker stellen, auf, die internationale Solidarität mit der Plattform *Resistanbul 2004* zu verstärken und an den Aktivitäten gegen den Nato-Gipfel in Istanbul teilzunehmen.

**Nein zu Krieg und Besatzung!
Nato raus aus dem
Mittleren Osten!**

**Schluss mit der
Nato-Kriegsmaschinerie!**

**Weg mit den Stützpunkten
der Nato und der USA!**

**Widerstand ist nicht
Terrorismus!**

30. April 2004
Resistanbul 2004

Der Aufruf wurde von der Redaktion leicht gekürzt



Brandherd Nahost oder: Die geduldete Heuchelei

Eine Veranstaltung mit Felicia Langer

Am 17. Mai 2004 sprach Felicia Langer, eine unermüdliche Kämpferin für das palästinensische Volk, vor ca. 140 Menschen über die aktuelle Situation in Palästina.

Sie verurteilte den Bau der Apartheidmauer auf palästinensischem Boden, die, zweimal so lang wie die Grüne Grenze, Landraub und eine stille Vertreibung der Menschen bedeutet. Sie veranschaulichte mit vielen Beispielen wie Israel das Leben in den besetzten Gebieten für die Palästinenser zur Hölle macht, wie zum Beispiel mit 608 unbemannten und 56 bemannten Sperren, die, wie die Mauer, die Menschen einsperren. Die an die zweihundert gezielten Tötungen, bei denen auch achtzig Zivilisten umkamen, verurteilte Frau Langer als Kriegsverbrechen. Für sie bedeutet die Politik Israels eine fast genozidale Politik gegen die Kultur, Institutionen und das Leben der Palästinenser.

Und die Welt schweigt und macht sich damit der Mittäterschaft schuldig. Diese Botschaft war ein zentrales Anliegen. So wie der Kampf gegen den Apartheidstaat Südafrika der internationalen Solidarität bedurfte, wäre die internationale Soli-



darität mit dem legitimen Aufstand der Palästinenser gegen die Besatzer und gegen Apartheid essenziell.

Der Vorwurf des Antisemitismus bei jeglicher Kritik an den Taten Israels ist für Felicia Langer eine Keule, die diese Stimmen verstummen lassen soll. Für sie ist die israelische Politik antiisraelisch. Die Lehre aus dem Holocaust kann nicht sein, diesen für die Legitimierung der Politik des

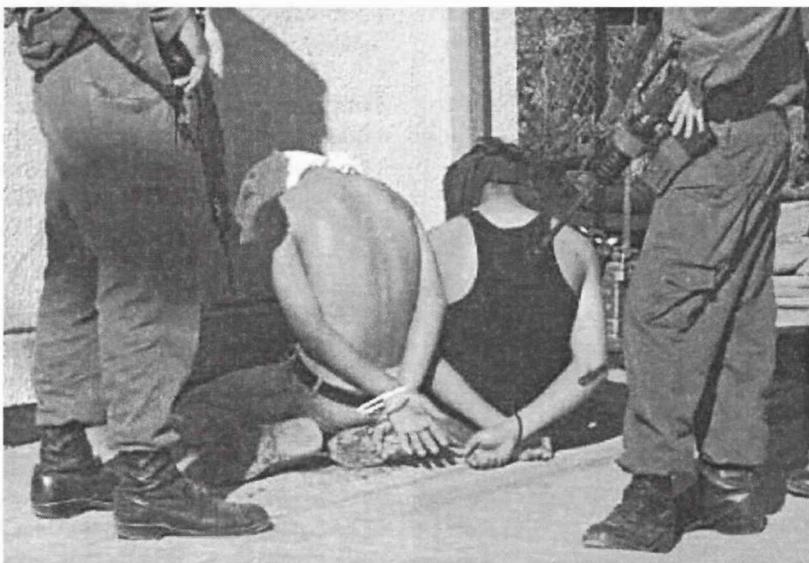
Staates Israels zu missbrauchen, sondern menschlich zu sein, sich einzumischen und Israel zu verurteilen.

Elisabeth Lindner-Riegler

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der Antiimperialistischen Koordination in Wien.

Anmerkung eins: Bei den Folterungen der irakischen Gefangenen haben die Amerikaner wohl auch von Israel gelernt. Felicia Langers ehemalige Klienten, palästinensische Gefangene, mussten mit den gleichen Kapuzen Demütigungen ertragen. Nur gab es damals keine Bilder.

Anmerkung zwei: Im Gegensatz zum ersten Besuch Felicia Langers vor ca. zwei Jahren wurde diese Veranstaltung nicht von Zionisten und Antinationalen gestört. Wohl um Frau Langer zu verunglimpfen, wurde sie jedoch in einer zionistischen Publikation als Vertreterin der PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas) angekündigt, was laut Fritz Edlinger (*Gesellschaft für Österreichisch-Arabische Beziehungen*, Veranstalter) als Schmähung nicht taugt, da die PFLP eine gute, unterstützenswerte Politik mache.



Benny Morris – ein israelischer Historiker mit der Mentalität der europäischen Siedler

In der Folge veröffentlichen wir einen auf YellowTimes.org erschienenen Artikel des Journalisten Gabriel Ash als Antwort auf das Interview, das der israelische Historiker Benny Morris im Januar der israelischen Tageszeitung Ha'aretz gab. In besagtem Interview rechtfertigte Morris Gewalt und Genozid an den Palästinensern.

Der israelische Historiker Benny Morris überschritt neuerlich eine Grenze, als er seine akademische Qualifikation und sein Ansehen dafür hergab, einen zukünftigen Völkermord an den Palästinensern „moralisch“ zu rechtfertigen.

Benny Morris ist der israelische Historiker, der in der Geschichtsschreibung über das Jahr 1948 der palästinensischen Sicht in besonderem Maße Recht gab. Das Leben von ungefähr siebenhunderttausend Menschen wurde zerstört, als sie von der jüdischen Miliz (und später von der israelischen Armee) zwischen Dezember 1947 und Anfang 1950 aus ihrer Heimat vertrieben wurden. Morris ging die israelischen Archive durch und berichtete akribisch über die Vertreibung. Er dokumentierte jedes „ethnisch gesäuberte“ Dorf und jeden Gewaltakt, von dem Aufzeichnungen vorhanden waren, und stellte diese Ereignisse in den Kontext der

militärischen Ziele und Wahrnehmungen der Täter.

Die Apologeten Israels versuchten vergeblich die Glaubwürdigkeit von Morris als Historiker anzugreifen. Von der anderen Seite wurde er ebenfalls angegriffen und beschuldigt, dass seine Schlussfolgerungen nicht tiefgreifend genug wären und er die versteckten Aussagen zu wenig beachtet hätte, da er behauptete, der Vertreibung wäre kein genauer Plan zugrunde gelegen. Trotzdem ist sein Buch „The Birth of the Palestinian Refugee Problem, 1947–1949“ eine wichtige und zuverlässige Aufzeichnung der Vertreibung.

In Hinblick auf die überarbeitete Neuauflage erschien ein Interview mit Morris in der Tageszeitung Ha'aretz. Die neuen Materialien und Dokumente, die zur Überarbeitung des Buches führten, zeichnen ein noch düstereres Bild.

Das neue Archivmaterial sind

Aufzeichnungen über Routinehinrichtungen von Zivilisten, von 24 Massakern, unter anderem eines in Jaffa, und von mindestens zwölf Fällen von Vergewaltigungen verübt von Militärs – Material, das laut Morris wahrscheinlich nur die Spitze des Eisbergs ist.

Außerdem sagt er, dass die neu entdeckten Dokumente für die weiterreichenden Schlussfolgerungen seiner Kritiker sprächen, denn die Vertreibung war genau geplant gewesen und konkrete Anweisungen dazu wurden schriftlich gegeben, wobei einige davon Ben Gurions Handschrift tragen.

Morris fand auch Dokumente, die belegen, dass die Evakuierung von Frauen und Kindern aus bestimmten Dörfern von arabischer Seite angeordnet wurde. Er behauptet nun interessanterweise, dass diese Tatsache die zionistische Propaganda unterstütze, dass nämlich die Palästinenser ihre Dörfer verließen, weil es ihnen die eindringenden arabischen Staaten befohlen hätten. Es ist eigenartig – der Versuch arabischer Kommandos die Zivilbevölkerung vor Vergewaltigung und Mord zu schützen, soll die zionistischen Märchen glaubwürdiger machen?

Der missglückte Versuch, Unvoreingenommenheit zu demonstrieren, ist jedoch das geringste Problem, denn im Zuge des Interviews entpuppt sich Morris immer deutlicher als gespalten: Morris, der Historiker, präsentiert Fakten professionell und mit der nötigen Vorsicht – Morris, der Intellektuelle, ist krank.

Seine Krankheit ist geistiger und politischer Natur. Er lebt in einer Welt, die nicht von Mitmenschen sondern von rassistischen Abstraktionen und Stereotypen bevölkert wird. Das Interview strotzt von Bildern wie „Die palästinensischen Bürger von Israel sind eine Zeitbombe“ nicht Mit-



menschen. Der Islam sei „eine Welt, in der menschliches Leben nicht denselben Wert hat wie im Westen“ und die Araber seien (wie die) „Barbaren“ vor den Toren des Römischen Reiches. Die palästinensische Gesellschaft sei „ein Serienmörder“, der hingerichtet werden sollte und „ein wildes Tier“, das in einen Käfig gesperrt werden müsste.

Diese Krankheit, an der Morris leidet, wurde vor über vierzig Jahren von Frantz Fanon diagnostiziert. Ausgehend von seinen Erfahrungen im unterworfenen Afrika schrieb er, dass „die koloniale Welt eine manichäische Welt ist. Es genügt den Siedlern nicht, mit Hilfe ihrer Armee und Polizei den Lebensraum der ansässigen Bevölkerung physisch einzuschränken. Als ob der totalitäre Charakter der kolonialen Ausbeutung noch mehr Ausdruck bräuchte, stellen die Siedler die indigene Bevölkerung als Quintessenz des Bösen dar ... Sie hat keine Moral, ... ist der Feind jeglicher Werte. ... Sie ist das zersetzende Element, das alles zerstört, was in seine Nähe kommt ... das unbewusste und unrettbar verlorene Instrument von blinden Kräften“ (aus: Die Verdammten dieser Erde). Und weiter: „Die Begriffe, die die Siedler verwenden, wenn sie über die indigene Bevölkerung sprechen, sind der Zoologie entlehnt.“

Die Metaphern von Morris spiegeln die Bezeichnungen anderer Israelis für Palästinenser wider: Begin nannte sie „Tiere auf zwei Beinen“, für Eitan waren sie „hirnlose Kakerlaken“ und für Barak, besonders feinsinnig, „Lachse“¹. Morris ist nur ein Fall in der Psychopathologie des Kolonialismus.

Guter Völkermord, schlechter Völkermord

Wenn die Siedler auf Indigene treffen, die sich nicht demütig verhalten, tritt die Krankheit ins nächste Stadium – mörderische Soziopathie. Morris, der über das Ausmaß des Terrors gegenüber den Palästinensern im Jahre 1948 genau Bescheid weiß, sieht ihn als gerechtfertigt an, denn die Alternative wäre der Völkermord der Palä-



stinenser an den Juden gewesen. Dieser Gedanke ist reinste Hysterie. So gibt Morris auch sofort eine plausible Erklärung: Die Vertreibung war die Voraussetzung für die Gründung eines jüdischen Staates, das heißt sie diente einer bestimmten politischen Idee und war kein Akt der Notwehr.

Die politische Erklärung, dass die Vertreibung die demographischen Verhältnisse zugunsten der jüdischen Bevölkerung schaffen sollte, ist Konsens unter den Historikern. Die Behauptung, dass den Juden Völkermord drohte, wird jedoch (von Morris) in einer offensichtlicheren, rassistischen und aus der Luft gegriffenen Behauptung wiederholt: „Wenn es ihr möglich ist, wird (die islamische Gesellschaft) Völkermord begehen.“

Für Morris ist das alles selbstverständlich. Für ihn hat Ben Gurion leider versagt, denn er erreichte kein „araberreines Palästina“. Also schlägt Morris weitere ethnische Säuberungen unter den Palästinensern, einschließlich der israelischen Staatsbürger, vor. Nicht jetzt, aber „innerhalb von fünf bis zehn Jahren“ können diese in einem „apokalyptischen Szenario“, wie beispielsweise in einem regionalen Krieg mit unkonventionellen Waffen, einem möglicherweise nuklearen Krieg, „der in den nächsten zwanzig Jahren geführt werden könnte“, stattfinden. Für Morris ist die Möglichkeit eines nuklearen

Krieges in der absehbaren Zukunft nicht das furchtbare Resultat eines Unterfangens, das nie begonnen werden sollte, sondern ein Meilenstein, dessen Folgen in der Kontinuität der zionistischen Politik durchaus vorstellbar sind. Er kann sich einen Krieg mit unkonventionellen Waffen zwischen Israel und nicht näher definierten regionalen Staaten als legitimes Mittel vorstellen, um „das unvollendete Werk von 1948 zu vollenden“.

Er spricht ausdrücklich von einer weiteren Vertreibung, und indem er gleichzeitig nach einer moralischen Entschuldigung für die vergangenen und zukünftigen Vertreibungen sucht, präsentiert er ein allgemeineres Argument, das nicht nur Vertreibung sondern auch Völkermord rechtfertigt.

Der Vormarsch der Zivilisation und die Leichen der Unzivilisierten

Man muss sich genauer ansehen, wie Morris rassistisches Denken als Legitimation von Völkermord verwendet. Wegen seiner schamlosen Offenheit ist das Interview mit ihm auch eine besonders gute Einführung in das zionistische Denken.

Sein Rassismus ist nicht auf die Araber beschränkt. Völkermord, sagt er, ist gerechtfertigt, wenn damit „das Gute“ erreicht werden kann. Aber welches gute Ziel rechtfertigt die „er-

zwungene Auslöschung“ eines ganzen Volkes? (Morris verwendet übrigens das Wort „hachhada“ [Vertilgung, d. Red.], ein hebräisches Wort, das mit dem Ausrotten einer Tierart assoziiert wird. Außerdem sollte Morris darüber informiert werden, dass es die Indianer Nordamerikas noch gibt – siehe unten).

Die Errichtung einer fortschrittlicheren Gesellschaft rechtfertigt also Völkermord: „Ja, sogar die große amerikanische Demokratie konnte nicht ohne die erzwungene Auslöschung der indigenen Bevölkerung etabliert werden. Es gibt Zeiten, in denen das umfassende, höchste Gute grausame Taten rechtfertigt.“ Solche Vergleiche zwischen der Zukunft, die die Palästinenser erwartet, und dem Schicksal der indigenen Bevölkerung Nordamerikas, ist unter den israelischen Apologeten durchaus üblich.

Die Herrenmenschenideologie von Morris, in der die „westliche Zivilisation“ menschliches Leben mehr schätzt als der Islam, ist in der moralischen Akzeptanz von Völkermord, wenn er dem „Fortschritt“ dient, begründet. ...

Das ist dieselbe Logik, mit der die Zionisten behaupten konnten, Palästina sei ein unbewohntes Land gewesen, trotz seiner Million Einwohner. Es läuft alles auf eines hinaus: Ob ein Dutzend Araber oder eine Million Araber getötet werden ist nur ein technisches Detail. Es ist akzeptabel, wenn es notwendig ist die politischen Ziele der Juden zu verteidigen, denn die Juden sind Teil des überlegenen Westens, während die Araber zu den Minderwertigen gehören. ...

Die Hautfarbe der Juden

Morris versichert uns, dass seine Werte die des zivilisierten Westens sind, nämlich die Werte einer universellen Moral, des Fortschritts usw. Aber dann nimmt er für sich das Primat besonderer Loyalitäten in Anspruch und bezieht sich dabei auf Albert Camus. Um seine Loyalität sowohl zum westlichen Universalismus als auch zum jüdischen Partikularismus als Einheit zu sehen, muss man offensichtlich vergessen, dass

diese beiden Identitäten in der Geschichte im Widerspruch zueinander standen.

Es ist kaum verständlich, wie Morris mit seinem Wissen um den ethnischen Darwinismus umgeht. Er wurde ja benutzt um die Abschichtung von Millionen Nicht-weißen wie der schwarzafrikanischen Sklaven, der Indigenen Amerikas, der Araber und anderer zu rechtfertigen; genauso sollte er aber auch den Versuch der Auslöschung der Juden rechtfertigen. Wie kann Morris die Legitimation von Völkermord im Dienste der „Zivilisation“ unterstützen, wenn dieses Konzept den Völkermord an den Juden beinhaltet? Wie kann er gleichzeitig behaupten, dass der Holocaust eine der Rechtfertigungen für den Zionismus ist? Vielleicht sieht sein zerrissener Verstand die Verbindung nicht ... oder vielleicht lebt er eine der Psychopathologien der Unterdrückten aus, nämlich die Identifikation mit dem Unterdrücker.

Vielleicht spielt es sich im Kopf von Morris – halb Stammesdenken und halb universalistisches Gedankengut – so ab: Die Juden wurden ermordet um einer höheren, reiner arischen, europäischen Zivilisation Platz zu machen, und die Juden, die heute in der israelischen Armee dienen, sind gleichzeitig Teil und nicht Teil dieser Gruppe. Sie gehören dazu, wenn Morris die Stammestotems beschwört um Loyalität zu rechtfertigen; doch wenn er sich dem universalen Prinzip der „höherstehenden Zivilisation“ zuwendet, dann sind diese Juden wie ausgelöscht, wie arme Verwandte, derer man sich schämt, sie werden aufs Abstellgleis der großen Masse der entmenslichten Nicht-Weißen geschoben. Im Gegensatz dazu sind die Juden Israels – die sich als Europäer verstehen – vom Zionismus chemisch gereinigt und gebleicht, Weiße geworden, und mit ihrer „neuen Hautfarbe“ beanspruchen sie das Privileg, das die Weißen schon immer hatten: das Privileg, die Angehörigen der „weniger entwickelten Rassen“ zu massakrieren.

Falsches Zeugnis

Es wäre wunderbar, wenn Morris der Historiker seine objektive Distanz aufrechterhalten könnte, während Morris der Zionist mit den Dämonen des eurozentrischen Rassismus tanzt; doch die Mauer des Professionalismus – und in Morris' Fall ist es eine sehr dicke und beeindruckende Mauer – hält dem Ansturm des Hasses nicht stand.

Morris lügt zum Beispiel über sein Verständnis des Gipfels in Camp David 2000. In Ha'aretz sagte er: „Als die Palästinenser Baraks Angebot im Juli 2000 und Clintons Vorschlag im Dezember 2000 ablehnten, verstand ich, dass sie nicht bereit waren eine Zwei-Staaten-Lösung zu akzeptieren. Sie wollten alles. Lydda und Akka und Jaffa.“

Doch in seinem Buch „Righteous Victims“ erklärt Morris das Scheitern der Verhandlungen folgendermaßen: „Die PLO-Führung hatte allmählich verstanden – oder schien verstanden zu haben –, ... dass Israel 78% des historischen Palästina behalten würde; doch die PLO wollte die übrigen 22 Prozent. ... In Camp David hatte Barak der Gründung eines palästinensischen Staats ... [auf nur] 84–90% dieser 22 Prozent zugestimmt. ... Israel sollte auch das Gebiet zwischen einem stark vergrößerten Jerusalem und Jericho kontrollieren und damit das Herz des zukünftigen palästinensischen Staats entzwei schneiden ...“ Das Kapitel über die 90er Jahre in Morris' „Righteous Victims“ lässt einiges zu wünschen übrig, doch man kann den Wunsch nach distanzierter Analyse erkennen. Im Gegensatz dazu liefert Morris in Ha'aretz Behauptungen, die jeder Grundlage entbehren und von denen er weiß, dass sie falsch sind.

Morris lügt über die jüngste Geschichte, liefert ein grob verzerrtes Bild von den Gefahren für die Juden in Palästina 1948 – eine Periode, für die er Experte ist –, und seine Behandlung allgemeinerer historischer Zusammenhänge ist einfach lächerlich, eine erstaunliche Mischung von Andeutungen und Klischees. So möchte Morris uns z. B. daran erinnern, dass „das arabische Volk einen

großen Teil unserer Erde gewann – nicht durch seine eigenen Tugenden und Fähigkeiten, doch durch Eroberung, Mord und Zwangskonversion der neuen Untertanen“. (Was will er damit sagen? War die ethnische Säuberung Palästinas ein Werk jüdischer Tugenden und Fähigkeiten und nicht Eroberung und Mord?)

Das ist nicht Geschichte, sondern rassistische Beschimpfung. Spanien zum Beispiel wurde im Prinzip in einer einzigen Schlacht 711 n. Chr. von einer Bande nordafrikanischer Berber, die gerade erst zum Islam übergetreten waren, erobert. Spanien wurde innerhalb von zwei Jahrhunderten mit sehr wenig religiösem Zwang völlig islamisiert und arabisiert, und von einer ethnischen Säuberung kann nicht die Rede sein. Als jedoch die letzten islamischen Herrscher 1492 durch die

ösen Wahn in Europa im 16. Jahrhundert, im Vergleich zum Serien-Völkermord in Afrika und Amerika und schließlich zu den Schlächtereien des 20. Jahrhunderts relativ milde aussieht. Woher kommt also dieser Hass? Warum ist Morris Feuer und Flamme für die Islamophobie?

Leben in einem anderen Land

Die israelische Siedlergesellschaft, besonders ihr europäischer Anteil, die Aschkenasim, und der Teil, der sich selbst als „Friedenslager“ oder als zionistische Linke usw. definiert, basiert auf dem Hass gegen alles Östliche und Arabische. ... „Araber“ ist ein Schimpfwort, das für alles und jeden, einschließlich Juden, verwendet werden kann. Der Hass ist das einigende Element. Es ist das Verbindungsglied der Ausführungen von Morris in Ha-

nungsmacher der letzten zwei Jahrzehnte europäische Juden waren). Für Morris ist alles Östliche korrupt und Ursache jeder Korruption. ... Was die psychologischen und politischen Ursachen dieses Hasses (auf alles Östliche) betrifft, findet man einige interessante Gemeinplätze, die bei Morris (und im israelischen Diskurs allgemein) immer wieder vorkommen. Morris beschuldigt Arafat, dass er Israel als „Kreuzfahrerstaat“ bezeichnet, als fremdes Element, das schließlich dorthin zurück geschickt werden wird, wo es herkommt. Vielleicht stimmt diese Anschuldigung. Aber es ist nicht Arafats Schuld, dass Morris ein Fremder im Nahen Osten ist. Warum sollte Arafat Israel nicht als Kreuzfahrerstaat sehen, wenn Morris selbst ihn so sieht? „Wir sind der verwundbare Teil von Europa in diesem Raum, so wie es die Kreuzfahrer waren.“

So wie ein großer Teil der israelischen Elite besteht Morris darauf, ein Fremder zu sein, der den Nahen Osten verachtet und von einem obskuren Europa, das aus der Distanz verherrlicht und rein erscheint, träumt. Wenn Israel ein Kreuzfahrerstaat ohne Wurzeln ist und deshalb auch verschwinden könnte, ist das nicht denen anzulasten, die diese Beobachtung machen, sondern jenen Israelis, die wie Morris den Nahen Osten hinter hohen Mauern und Stacheldraht beherrschen möchten.

Was Israels Zukunft betrifft, ist Morris sehr pessimistisch und er teilt diesen Pessimismus mit anderen in Israel. Das Ende für Israel scheint immer zu drohen, scheint hinter jeder Entwicklung zu stehen, sei es die Geburtenrate der Beduinen oder der Internationale Gerichtshof. Und natürlich gefährdet in dieser Logik jede der palästinensischen Forderungen das Überleben. Dieses Gefühl der existenziellen Gefährdung kann bis 1948 zurückverfolgt werden und wurde seither von allen Regierungen gehegt und gepflegt, weil es die ständige Gewalt des Staates und die Hegemonie des militärischen Apparates rechtfertigen soll. Irgendwann einmal könnte es sich um eine selbsterfüllende Prophezeiung handeln.



christliche Armee von Ferdinand und Isabella vertrieben wurden, verweigerte ein großer Teil derselben Bevölkerung Spaniens – die Jahrhunderte zuvor bereitwillig den Islam angenommen hatte –, das Christentum, trotz der Verfolgung durch die Spanische Inquisition. 1608 wurden schließlich 600.000 spanische Muslime vertrieben.

Die islamische Welt hatte natürlich ihren Anteil an Krieg und Gewalt. Doch das obige Beispiel zeigt, dass die islamische Zivilisation im Vergleich zum mörderischen religi-

ösen Wahn mit Ben Gurions ersten Eindringen von Jaffa im Jahre 1905; Er empfand Jaffa als dreckige und deprimierende Stadt.

In einem anderen Artikel, in der Zeitschrift *Tiqqun*, macht Morris „den Ultrationalismus, den Provinzialismus, den Fundamentalismus und den Obskurantismus“ der arabischen Juden in Israel für den schlechten Zustand des Landes verantwortlich (obwohl Begin, Shamir, Rabin, Peres, Netanyahu, Barak, Sharon und die meisten der israelischen Generäle, Führungspersönlichkeiten und Mei-

Aber die existenzielle Angst geht tiefer. Sie wurzelt im unterdrückten Wissen (das von Morris angesprochen und gleichzeitig verdrängt wird) von der Unrechtmäßigkeit, die dem politischen System und der Identität Israels inhärent ist. „Israel“ ist pure Gewalt. Mit den Worten von Morris heißt das: „Es läuft darauf hinaus, dass wir nur mit Gewalt erreichen können, dass sie (die Palästinenser) uns akzeptieren.“ Aber rohe Gewalt ist gefährlich, denn die Zeit nagt an ihr, Müdigkeit zersetzt sie, und je mehr sie angewendet wird, desto mehr zerstört sie die Akzeptanz und Legitimität, die sie eigentlich erreichen will.

Für Israels Zukunft ist daher die fundamentale Frage, ob die Israelis den Kolonialismus überwinden können. Die Prognose ist düster. In einem Artikel im *Guardian* erklärt Morris, dass die Anerkennung des Rückkehrrechts der palästinensischen Flüchtlinge die israelischen Juden ins Exil treiben würde. Aber warum würden Juden Israel verlassen müssen, wenn Israel ein bi-nationaler demokratischer Staat wird? Das Argument ist nur verständlich, wenn man die koloniale Verachtung des Nahen Ostens, die Morris so ausgezeichnet beschreibt, sieht. Unter diesem Aspekt hat Morris leider Recht. Viele israelische Juden, besonders die europäischen Juden, die eine zweite Staatsbürgerschaft haben, würden eher emigrieren als gleichberechtigt mit den Palästinensern in einem bi-nationalen Staat zu leben.

Dazu noch einmal Frantz Fanon: „In dem Moment, in dem die koloniale Herrschaft zusammenbricht, ist der Siedler weder an Zusammenarbeit noch am Verbleib im Land interessiert.“

Gabriel Ash ist in Rumänien geboren und in Israel aufgewachsen. Er lebt in den USA.

1 Barak spricht im Zusammenhang mit dem palästinensischen Widerstand von einem „Lachs-Syndrom“: Nach drei Generationen erlahme das Verlangen von Lachsen, gegen den Strom zu schwimmen. (Anm. d. Red.)

2 *hachehada*, „Vertilgung“. (Anm. d. Red.)

Der Artikel wurde von der Redaktion übersetzt und leicht gekürzt.

In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfs dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gazastreifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org

Antiimperialistische Koordination
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich

Bank: PSK (1018 Wien)

Kto-Nr. 92 125 137

Bankleitzahl: 60 000

BIC: OPSK AT WW

IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Seit 1. Juni 2003 kommen für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Überweisungsbetrag max. € 12 500,-
- BIC und IBAN sind korrekt angegeben
- Auftraggeber und Empfänger übernehmen die eigenen Inlandsentgelte.

Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

Redaktion

Margarethe Berger, Doris Höflmayer, Georg Kreisel, Willi Langthaler, Elisabeth Lindner-Riegler, Ali Nasser, Sonja Tschurlovits

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: ATOS-Origin, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Die Geschichte von Diya'

Das Foto habe ich in Bleda, einem Armenviertel der Altstadt von Basra, aufgenommen. Diya', das Kind auf dem Foto, half mir meine Fotoausrüstung heranzutragen und er führte mich und meine Kollegen durch die alten Gassen. Diya' wurde zu meinem kleinen Bruder. Wie man auf dem Foto sieht, hat er ein richtiges Baby-face und mit seinem Lächeln dringt er in dein Herz ein, ganz ohne Vorwarnung. Ich bereue es, keine Großaufnahme von seinem Gesicht gemacht zu haben, jenseits des Kriegsthemas, nur um die Bedeutung des Ausdrucks seiner Augen zu zeigen. Und da wir von Augen sprechen, rate mal, was sein Name bedeutet, Diya'? Diya' bedeutet Licht auf Arabisch, oder Erleuchtung ... das Licht kann man von weit her sehen, wie es seine Strahlen aussendet. Ich kann diesen Namen nicht anders beschreiben, denn das ist es, was er bedeutet. Ich habe versucht mit diesem Foto auszudrücken, was ich über die Kinder des Irak denke. Was bedeutet Kindheit: Hoffnung in ihren Augen, Schuldlosigkeit in ihrem Blick und in ihrem Handeln. Wir sind daran gewöhnt, überall Bilder von Toten zu sehen, in der letzten Zeit vor allem aus Irak und Palästina. Die Wirkung dieser Fotos erreicht die Lebenden nicht mehr. Nichts hält sie mehr an, über diese Toten nachzudenken und nichts bringt sie dazu, etwas zu tun. Wir brauchen neue Medien, neue Poster. Wir brauchen andere Fotos, auch eine andere Kriegsfotografie. Fotos von Kindern sprechen immer von Schuldlosigkeit und Hoffnung, sie sprechen von jenen Menschen, die am wenigsten Schuld an einem Krieg haben, die es sich nicht ausgesucht haben, dort zu sein. Und wahrscheinlich erinnern sie uns vor allem an unsere eigenen Kindheit und an unsere Kinder. Und dann fragen wir uns: Würde ich nicht alles menschenmögliche machen um meine Kinder vor der Gefahr zu be-

schützen? Diese Kinder, die wir auf den Fotos oder im Fernsehen sehen, haben auch Eltern. Was empfinden ihre Eltern in dieser gefährlichen Situation? Was haben diese Kinder der Welt angetan, dass sie in so viel Angst und Unsicherheit leben müssen? Nur diese Gefühle lassen uns eingehender über Krieg nachdenken und halten uns davon ab, den Krieg zu unterstützen oder einfach nichts gegen ihn zu unternehmen. Ein Foto kann viel mehr erreichen, als man sich das vorstellt und auch mehr als der Fotograf sich erträumt.

Ich würde gerne noch mal zu Diya' zurückkehren um ihm zu sagen, was für einen großen Gefallen er mir gemacht hat, als er sich meiner Kamera stellte. Er war damit einverstanden, den Augenblick festzuhalten und so wurde ich für ein 9-jähriges Kind zu einem engen Freund.

Fouad Saleh

